

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement - Preis: 3,50 M., monatlich 1,10 M.,  
vierteljährlich 3,20 M., frei ins Haus.  
Eingehende Nummern 3 M., Sonntag-  
nummern mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 M. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragene in die Post-Verkehrs-  
Anstalt. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhalten bleibt außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
eine oder deren Raum 40 Pfg. für  
vollständige und gewöhnliche Inserate  
und Bekanntmachungen 30 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schließ-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Der 40. Jahreskongress der britischen Trade-Unions.

London, 7. September. (Fig. Ver.)

Der soeben geschlossene Trade-Unions-Kongress in Bath bedeutet einen Fortschritt der britischen Arbeiterbewegung zur politischen Selbstständigkeit und zu einem besseren Verständnis ihrer Aufgaben. Das geht sowohl aus dem Jahresbericht und aus der Rede des Präsidenten wie aus den Verhandlungen hervor. Der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees des Kongresses zieht aus den politischen Ereignissen der letzten 18 Monate die Lehre, daß die Arbeiterklasse eine politische Macht ersten Ranges bilde, die wohl imstande sei, die gegenwärtige Ungleichheit der Gesellschaft zu beseitigen. Die bisherigen Erfolge müßten die Arbeiterbewegung anspornen, weitere Reformen durchzusetzen, ganz besonders den Achtstundentag für die Bergleute, Alterspensionen, die Beschränkung der Ueberstundenarbeit und die Verstaatlichung des Grund und Bodens.

Der Arbeiterabgeordnete Gill, der den Vorsitz führte, erinnerte an den ersten Trade-Unions-Kongress, der vor 40 Jahren in Manchester stattfand. Damals waren nur 34 Delegierte anwesend, die 118 000 Arbeiter vertraten. Heute gebe es so viele Arbeiterabgeordnete auf dem Kongress als damals Delegierte! Bedeutende Sozialreformen wurden in den letzten vier Jahrzehnten errungen, aber es bleibe noch viel zu tun. Die wichtigste Aufgabe sei augenblicklich der Kampf um Alterspensionen von 5 M. die Woche für alle Bürger im Alter von 60 Jahren.

Eine der wichtigsten Debatten war die über die Herstellung der Einigkeit zwischen der Arbeiterfraktion und den liberalen Arbeiterabgeordneten im Parlament. Wie bekannt, sitzt die Arbeiterfraktion auf den Oppositionsbänken, während die liberalen Arbeiterabgeordneten zur Regierungspartei, das heißt zu den Liberalen gehören. Auf dem vorjährigen Kongress wurde eine Resolution angenommen, die eine Einigung der Arbeiterelemente empfahl. Im Laufe des Jahres fanden mehrere gemeinschaftliche Sitzungen statt, ohne indes die Einigungsresolution ausführen zu können. Die liberalen Arbeiterabgeordneten verlangten, daß zur Arbeiterpartei nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zugelassen würden, das heißt: sie verlangten den Ausschluß der Sozialisten! — Die Arbeiterpartei lehnte diesen Vorschlag als undiskutabel ab und berief sich auf den Beschluß des Trade-Unions-Kongresses vom Jahre 1899, auf Grund dessen die sozialistischen Organisationen eingeladen wurden, an der Bildung des Labour Representation Committee mitzuwirken. Die Vertreter der Arbeiterpartei erklärten, sie seien bereit, mit den liberalen Arbeiterabgeordneten zusammenzugehen, wenn diese sich verpflichteten, bei Wahlen den Arbeiterkandidaten nicht entgegenzutreten, auch wenn diese Kandidaten gegen die Liberalen auftraten. Dieser Bedingung wollten die liberalen Arbeiterführer, die von der liberalen Partei ausgehalten werden, nicht zustimmen, und tatsächlich traten zwei liberale Arbeiterabgeordnete (Maddison und Vivian) im Wahlkreis Jarrow zugunsten des Liberalen und gegen Pete Curran auf.

Das Parlamentarische Komitee des Trade-Unions-Kongresses berichtete nun über den Mißerfolg und fügte hinzu, es werde sich auch fernerhin bemühen, die beiden Richtungen zu vereinen. Darüber kam es in Bath zu einer erregten Debatte.

Der erste Redner war der Delegierte Gould aus Hull. Er sagte: „Ich beantrage, den Abschluß, der von der Fortsetzung der Unterhandlungen spricht, zu streichen. Das Parlamentarische Komitee des Trade-Unions-Kongresses ist nur der Zuhälter der liberalen Partei. Ich hoffe, der Kongress wird sich dahin aussprechen, daß die Arbeiterpartei mit unseren sozialistischen Genossen weiter arbeite und sich die Hyänen der liberalen Partei vom Leibe halte.“

Der Präsident unterbrach den Redner und meinte, er müßte nicht derartige Schimpfworte gebrauchen.

Gould: „Ich bin außer Stande, einen anderen Ausdruck für Individuen zu finden, die sich „Arbeiterführer“ nennen und dennoch nach Jarrow und Colne Valley gingen, um gegen Curran und Grayson aufzutreten.“ (Beifall und Widerspruch.)

In der Debatte nahmen die angesehensten Arbeiterführer des britischen Trade-Unionismus teil. Der Vergarbeiterführer Gnoch Edwards meinte, es sei tatsächlich ein Skandal, daß Leute, die sich Trade-Unionisten nennen, einem so verdienstvollen und tüchtigen Gewerkschaftler wie Curran entgegenzutreten. Shackleton sagte, es sei ganz unmöglich, eine einheitliche Arbeiteraktion herzustellen, so lange die Herren Maddison und Vivian im Dienste des Liberalismus gegen die Arbeiterpartei wirken. (Stürmischer Beifall.)

Hier ist noch zu bemerken, daß Maddison der Gegenkandidat des Genossen Gynman in Burnley war.

Der Kongress beschloß, die Unterhandlungen zwischen der Arbeiterpartei und den liberalen Arbeiterabgeordneten fortzusetzen. Viel Aussicht auf Einigung ist nicht vorhanden, aber es ist sicher, daß im nächsten Parlament diese Unterhandlungen nicht mehr nötig sein werden. — Von den 25 liberalen Arbeiter-

abgeordneten, die gegenwärtig im Parlament sind, wird höchstens ein halbes Dutzend wiedergewählt werden. Dafür sorgen schon die Verhältnisse und die Arbeiterfraktion.

Auch die Diskussion über die Resolution betreffend die Beseitigung oder Beschränkung der Macht des Oberhauses war ziemlich lebhaft und lang. Die radikaleren Elemente verlangten einen Zusatz, der besagte, daß die liberale Regierung die ganze Angelegenheit nicht ernst nehmen und die Oberhausfrage nur aufs Tapet gebracht habe, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken. Als Beweis dafür wiesen sie auf die Tatsache hin, daß die liberale Regierung mehreren ihrer reichen Anhänger die Peerswürde verliehen habe.

Anderen Delegierten war die Resolution nicht entschieden genug. Sie wollten die Abschaffung und nicht die Beschränkung der Macht der Lords. Interessant war die Bemerkung des Delegierten Great (Schuharbeiter in Leicester), daß die ganze Resolution keinen Zweck habe. Das Haus der Lords sei mit der monarchischen Institution eng verknüpft. Solange jedoch die Monarchie nicht erschüttert sei, werden auch die Lords bestehen! Der König von England sei nun aber sehr populär; durch sein gewandtes Benehmen habe er die Lebenszeit der englischen Monarchie um ein Jahrhundert verlängert. Er (Redner) sei überzeugter Republikaner, aber man müsse den Tatsachen ins Gesicht blicken.

Der Kongress wies die Resolution zurück und nahm einstimmig eine in unzweideutigen Worten abgefaßte Resolution an, die die Abschaffung der Lords verlangt und die liberale Regierung auffordert, keine Peers mehr zu machen.

Die Friedensstörungen von Belfast wurden vom letzten Delegierten Boyd zur Sprache gebracht. Er redete als Augenzeuge der traurigen Vorgänge und gab die positive Erklärung ab, daß die Unruhen erst begannen, als das Militär auf der Bildfläche erschien. Der Streik wäre ohne jeden ersten Zwischenfall abgelaufen, wenn die städtischen Behörden nicht das Militär requiriert hätten. Der Doderführer Sexton sagte, die Eingriffe des Militärs haben in Belfast geradezu eine Revolution hervorgerufen. Die protestantischen und die katholischen Arbeiter haben nimmermehr ihre religiösen Zwistigkeiten vergessen und unterstützen sich kameradschaftlich. Die Protestanten sammelten für die katholischen Doder 1500 M. Man könne jetzt die größten Arbeiterversammlungen in Belfast abhalten, ohne daß man die früheren religiösen Vorurteile wahrnehme.

Der Kongress beschloß eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, den Bürgermeistern das Recht, Militär zu requirieren, zu entziehen.

Der Kongress sprach sich ferner gegen jede Form von Militarismus aus, ohne indes die Angelegenheit ernster zu diskutieren.

Die Resolution betreffend Einführung von Schiedsgerichten nach neuseeländischem Muster wurde mit 1008 000 gegen 343 000 abgelehnt.

Der Kongress sprach sich fast einstimmig für die Verweltlichung des gesamten Schulwesens aus.

Miß Mac Arthur, die Delegierte der Frauengewerkschaft, plädierte mit Erfolg für die Einrichtung von Lohnbehörden für die Heimarbeit.

Das Gehalt des Sekretärs des Trade-Unions-Kongresses (Mr. Steadman) ward von 250 auf 300 Pfund Sterling (6000 M.) erhöht.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die dem Sekretär des Trade-Unions-Kongresses die Pflicht auferlegt, Mitglied der Arbeiterpartei zu sein. Diese Resolution kann aber erst bei Ernennung von Steadmans Nachfolger zur Geltung gelangen. Aber es ist charakteristisch, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht mehr genügt, einen Posten einzunehmen, den der Gewerkschaftskongress zu vergeben hat.

## Der Kuhhandel von Norderney.

Es gab einmal eine Zeit — und gar, gar nicht lang ist's her — wo der Freisinn zu wigeln und zu spotten begann, wenn Herr Spahn seinen Zylinder hinstellte, um mit der Regierung irgend einen Kuhhandel abzuschließen. Wenn jetzt Herr Spahn seinen Zylinder hinstellt oder auch nur mit dem Zweispiß, dem Galahut der Marine, verläuft, so vergeht dem Freisinn aller Spott, und voller Entrüstung protestiert er gegen solchen Mißbrauch. Herr Spahn, der Zentrumsman, habe kein Recht, sich den Zweispiß aufzusetzen, da ja die Türen zum Reichsmarineamt dieser verachteten Oppositionspartei verschlossen und nur dem Freisinn, dem vom Sturmgefallen zum harmlosen Blodgespielen gezähmten, offen stehen müßten! Mit seiner Blodverdrückerung hat der Freisinn auch die Gerechtfame des Kuhhandels übernommen. Das Recht des Spottes über diese Anbahnungspraktiken ist auf andere Parteien übergegangen. Ja, der Freisinn muß es sich sogar gefallen lassen, daß seine eigenen Blodbrüder, die Konservativen und National-liberalen, über seine Kuhhandelsbesessenheit den ärgsten Spott ausgießen!

Ueber den Kuhhandel von Norderney leitaristelt heute die „Voss. Ztg.“. Sie gibt ganz offen zu, daß Wilton, die Freisinnsmannschaft Schmidt, Kämpf und Payer zu sich zitiert habe, um sie für die Politik der mittleren Linie, die „konservativ-liberale Paarung“ zu gewinnen. Bei den Herren

Schmidt und Kämpf mag das ja sehr leicht gewesen sein. Herrn Payer, dem „Demokraten“, dagegen dürfte ein Privatstimmgen gelesen worden sein. Gehört er doch auch zu denen, die sich, wie die „Voss. Ztg.“ ausführt, einbildeten, „es gehe jetzt an die jähe Liberalisierung des preussischen Staates, die hier und da mit mehr Temperament als Ueberlegung geräuschvoll angelündigt“ worden sei. Herr Payer gehörte zu diesen geräuschvollen Metromummeln. Die „Voss. Ztg.“ wirft ihm deshalb Rangel an Ueberlegung vor — was mag da erst Wilton selbst gesagt haben!

Aber die „Voss. Ztg.“ ist des vollen Erfolges des Kuhhandels von Norderney sicher! Des Kuhhandels, bei dem die preussische Wahlrechtsfrage als Schacheroberjekt dienen mußte! Denn sie und keine andere Frage konnte ja in die „Paarung von Karpfen und Kaninchen“ Unstimmigkeit hineintragen! Das freisinnige Blatt schreibt:

„Der Reichstanzler wird, des sind wir gewiß, bei den Verhandlungen in Norderney volles Verständnis für die politische Lage gefunden haben; er wird erkannt haben, daß die Führer der Linken bereit sind, mit der Regierung zusammenzugehen, soweit es ihnen ihre Grundsätze gestatten, daß sie aber diese Grundsätze nicht aufzugeben vermögen. Es wird mithin Sache der praktischen Erfahrung sein, welchen Erfolg die Blodpolitik hat. Einstweilen hat der Liberalismus keinen Anlaß, sich zu ihr ablenkend zu stellen. Wenn er seine Prinzipien nicht preisgibt, hat er bei der konservativ-liberalen Paarung nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen.“

Es ist geradezu ekelhaft, wenn hier die „Voss. Ztg.“ von den zu konservierenden „Prinzipien“ des Freisinns spricht! Diese Prinzipien erforderten den Wahlrechtskampf! Und nun sollen sie in den Glasschrank gestellt werden, wo sie bei dem Freisinn freilich am besten „aufgehoben“ sind!

Wollends lächerlich aber ist es, wenn es die „Voss. Ztg.“ so hinstellt, als ob Wilton nun auch noch den Konservativen eindringlich zureden müsse, um ihnen die freisinnige Prostitution abgekauft zu machen. Als ob die Konservativen nicht bei dem freisinnigen Verrat alles zu gewinnen hätten!

Wenn die konservative Presse trotzdem noch über den freisinnigen Kuhhandel höhnt, so beweist das nur, wie unfähig verächtlich sie vom Freisinn denkt.

So schreibt die „Kreuz-Zeitung“:  
„Die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ironisiert in amüsanter Weise den linksliberalen Kuhhandel. Sie meldet vom „politischen Markt“, daß dort in den letzten Tagen lebhaftes Treiben geherrscht habe, obwohl der Handel flau gegangen sei. Der Auftrieb sei stark gewesen, aber die Abschlüsse hätten gefehlt, und obwohl das Angebot sich als lebhaft gezeigt habe, sei kein richtiges Geschäft zu stande gekommen. Floite Zentrumsflöte von den meerumspülten grünen Weiden Schleswig-Holsteins wurden von einem betriebamen Händler angepriesen, aber es fehlte schlicht die Lust für diese schwere Ware. Ragere Freisinnflöte waren in großer Zahl vorhanden und wurden mit lautem Geschrei der linksliberalen Händler offeriert, fanden jedoch keine Liebhaber. Die Masse ist zu schlecht und offenbar zu wenig vertrauenerweckend für Paarungszwecke. Dieses Stimmungsabild vom „politischen Markt“ ist nicht äbel; denn in der Tat kann man sagen, daß der politische Kuhhandel nur selten mit solcher Ungeniertheit betrieben worden ist, wie in den Tagen der Blodherrlichkeit.“

Wann hätten die Konservativen jemals so wegwerfend vom Zentrum gesprochen? Aber beim Freisinn ist es ja auch ganz was anderes! Er gehört in die Kategorie der politischen Wühlendammer, die desto expliziter auf ein Handelsgeschäft sind, je nachdrücklicher man ihnen die Tür weist!

## Klassenjustiz.

Gegen nichts ist der Klassenstaat empfindlicher als gegen Angriffe auf seine Justiz, und mehr als einmal schon sind Redakteure unserer Parteipresse oder Redner unserer Versammlungen zu schweren Strafen verurteilt worden, weil sie der preussisch-deutschen Rechtsprechung den Vorwurf der Klassenjustiz gemacht hatten. Es verdient deshalb Beachtung, daß ein berufener Kritiker aus bürgerlichen Kreisen in einer vorurteilslosen Betrachtung über diese Frage schließlich genau zu demselben Urteil kommt, das unsererseits schon längst über den Charakter der Justiz des Klassenstaates gefällt wurde.

Zu den zahlreichen Kennerungen, die im Laufe der letzten Wochen in der weiteren Öffentlichkeit über den Fall Gau erfolgt sind, kam dieser Tage eine aus Karlsruhe richterlichen Kreisen, die sich im wesentlichen mit der Haltung der Presse in dieser vielerörterten Affäre beschäftigte. Landgerichtsrat Mainhard — so heißt der Richter — fällt darin über eine gewisse bürgerliche Sensationspresse, insbesondere die zu Wahlgzeiten sich blodliberal gebärdende, sonst aber unter der Flagge der „Parteilosigkeit“ segelnde „Badische Presse“ in Karlsruhe, ein äußerst abprechendes Urteil, während er „mit Genugtuung“ konstatiert, daß die sozialdemokratischen Blätter des Landes ihre Kritik an den Erscheinungen des Prozesses Gau in Formen gehalten hätten, wie sie für ernste Männer mit Verantwortungsgefühl gelten. Diese Kennerung des Herrn Landgerichtsrats Mainhard veranlaßte im demokratischen „Landesboten“ eine Betrachtung, die wegen ihrer Offenheit und sozialen Einsicht, nicht zum mindesten aber wegen ihres abfälligen Urteils über die geistige Höhe unseres Richterstandes allgemeines Aufsehen erregt.

Der Verfasser — vermutlich ein Karlsruher Rechtsanwalt und Führer der mit den Nationalliberalen verflochtenen Demokraten —

stelt zunächst fest, daß Wohl ein gutes Drittel der badischen Richter bisher kein anderes politisches Blatt als das genannte geistreiche Karlsruher Sensationsblatt, daß sie und ihre Familien also ihre regelmäßigen Informationen über alle Vorkommnisse im öffentlichen Leben lediglich aus der sogenannten parteilosen Generalanzeiger-Prese holten, — demselben Blatt, das während des Burenkrieges dem östlichen Englanderhaß die wildesten Konzeptionen gemacht, vor dem Auszug nach China den Grafen Waldersee mit Siegeslobhymnen überschüttet habe und mit byzantinischen Verichten über jeden Fürsteneinzug die Volksseele zu vergiften pflege. Menschen, die regelmäßig die „Frankf. Zeitung“, den „Vorwärts“, die „Köln. Zeitung“ oder die „Germania“ läsen, seien ganz andere als die, denen Blätter vom Schlege der „Bad. Presse“ genügen. Dann fährt gegen den nationalliberalen Landgerichtsrat Mainhard der demokratische Blattdrucker im „Landesboten“ wörtlich fort:

„Merkwürdig berührt uns in den Ausführungen des Landgerichtsrats Mainhard jener Satz in Gedankenstrichen, mit dem er voller Bewunderung konstatiert, daß die sozialdemokratische Presse der Hauptstadt sich bei der Besprechung des Falles Gau korrekt benommen habe. Auch da tut sich ein Stück Weltanschauung auf. Voll Bewunderung glaubt er das konstatieren zu müssen, und diese Bewunderung können wir uns nur dadurch erklären, daß er diese Presse nicht kennt und doch bisher glaubte, ein Urteil über sie zu haben. Das soll sein Vorurteil gegen ihn sein. Denn auch er ist ein Kind seines Willens. Aber wir denken, wie wird es sein, wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter wegen eines Streikvergehens als Angeklagter vor ihm steht? Er wird nach bestem Wissen und Gewissen richten. Aber seine Anschauungen über Sozialismus und Sozialdemokratie, die die Jungen allmählich überwinden, müssen mit innerer Notwendigkeit sein Urteil beeinflussen. Ob er die Ethik des Streiks versteht? Ob er weiß, daß der Streikbrecher ein Mann minderer Ehre und der Streikende ein ehrlicher Kämpfer ist? Weiß er auch, daß es einem badischen Beamten das Genick brechen kann, wenn er den „Volksfreund“ lieft, daß es noch vor wenigen Jahren gefährlich war, den „Badischen Landesboten“ zu lesen, daß aber die Lektüre der sensationslästernen, nach oben aber frommen „Badischen Presse“ gerne gesehen war?“

„Treffender und klarer ist kaum einmal in einem sozialdemokratischen Blatte der Charakter unserer modernen Strafrechtspflege als Klassenjustiz gekennzeichnet worden, jener Justiz, die, ohne bewußt parteiisch zu sein, doch in politischen und sozialen Vorurteilen befangen ist und bei allen Entscheidungen, denen Teilbestände politischer oder sozialer Natur zugrunde liegen, sich lediglich von Anschauungen des eigenen gesellschaftlichen Milieus leiten läßt, weil es ihnen in diesem aufgewachsenen Repräsentanten nicht möglich ist, sich aus dem Denk- und Gefühlskreis der eigenen Klasse herauszuheben und sich in denjenigen zu versetzen, in dem der ihrer Rechtsprechung überantwortete Angeklagte sich bewegt. Am zwingendsten wirkt diese Logik bei der Anwendung auf das wirtschaftliche Kampfmittel des Streiks, besser gesagt: auf die Beurteilung der moralischen Qualitäten des Streikenden und des Streikbrechers, die in ihrer grellen Verschiedenheit den ganzen unüberbrückbaren Abgrund zwischen der Denk- und Gefühlswelt des Proletariats und der Bourgeoisie aufzeigt.“

„Wie eingangs schon gesagt, sind das für Leute, die im proletarischen Klassenkampf stehen, gewiß keine neuen Wahrheiten; einen besonderen Wert erhalten sie erst dadurch, daß sie von einem Angehörigen der bürgerlichen Klasse ausgesprochen werden, und zudem von einem Manne, der durch langjährige enge Verührung mit unserer Richterwelt über die darin maßgebenden Anschauungen aufs beste informiert ist. Man wird sich in unseren Kreisen das, was der bürgerliche Herr über den Charakter unserer Justiz und über die moralische Wertung des Streikenden und des Streikbrechers zu sagen wagt, merken.“

## Marokko.

Friedensverhandlungen — Waffenstillstand — es sind überraschende Nachrichten, die aus Casablanca kommen. Noch läßt sich nicht beurteilen, ob in der Tat eine für die Franzosen günstige Wendung eingetreten ist, oder ob etwa nur eine Kriegsblist der Marokkaner hinter ihren Angeboten steht. Zu diesen eigenartigen Meldungen kommt die andere, daß Wulay Hafid, der Ogegnulian, französische Hilfe in Anspruch nimmt, um mit den Marokkanern zu verhandeln, sowie daß der Kommandant eines französischen Kriegsschiffes die Beförderung der Marokkaner Briefe übernommen hat. Eine Handlung, die zweifellos eine Parteinahme der Franzosen zugunsten Wulay Hafids gegen seinen Bruder Abdul Aziz bedeutet.

Die deutsche Regierung hat inzwischen ihre Antwort auf die Forderung der französischen Regierung gesandt, ihr zu gestatten, entgegen der Akte von Algeciras französische Polizeitruppen in den Hafenstädten einzusetzen. Ueber den Inhalt dieser Antwort teilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit: Die deutsche Regierung habe die Befugnis Frankreichs, sich für die Vorgänge von Casablanca Genehmigung zu verschaffen, anerkannt und beabsichtigt nicht, der von Frankreich aus diesem Anlaß unternommen und durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hoffe und wünsche jedoch, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute, wie die in Casablanca erlittenen, nicht wiederholen möchten. Die deutsche Regierung mache deshalb darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des deutschen Geschäftsträgers in Tanger die, in der Akte von Algeciras nicht vorgegebene Aufstellung fremder Polizeikräfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergstämme auf die Stadt und ernste Gefahr für Leben und Gut der Europäer hervorrufen könnte, zumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen würde. Die gleiche Gefahr dürfe auch in anderen Hafenorten bestehen.

Die Meldungen des Sonntags und Montags laufen: Paris, 8. September. Ein Telegramm der „Correspondencia de Espana“ besagt, daß drei Marokkaner dem General Drube im Namen der Araber anboten, die Waffen niederzulegen und um einen Waffenstillstand von 48 Stunden bitten. Zwei von den Unterhändlern blieben als Geiseln im französischen Lager.

Paris, 7. September. Der in Casablanca am 6. September abgeschlossene Waffenstillstand wird am Sonnabend mittag zu Ende gehen. Die Einstellung der Feindseligkeiten war durch das Eintreffen des Saib Raisi, des Häuptlings des Choulla-Stammes, veranlaßt, der mit dem französischen Geschäftsträger die Grundzüge eines Einvernehmens festzusetzen wünschte. Der Scheif, der nicht genügenden Einsitz auf die Stämme zu haben schien, um seine Ansichten zur Geltung zu bringen, sollte heute früh eintreffen und wurde noch um 8 Uhr erwartet.

Paris, 8. September. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: Die Regierung hat ein Telegramm des Generals Drube erhalten, in dem dieser mitteilt, daß die Delegation vornehmer Marokkaner, die der Scheif El Raisi nach Casablanca führen sollte, nicht eingetroffen sei. Infolgedessen habe der General beschlossen, den El Raisi bewilligten Waffenstillstand bis heute abend auszubehnen. Die Operationen sollen morgen wieder beginnen, wenn die marokkanischen Abgesandten nicht im Laufe

des Abends kommen, um sich zu unterwerfen. Das Telegramm Drubes teilt ferner mit, daß seit Eintreffen der Truppen in Casablanca 800 Marokkaner getötet worden seien.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. September 1907.

### Die schmunzelnden Kriegstreiber.

Ueber die Ergebnisse der Haager „Friedenskonferenz“ schreibt das weiland kruppische Organ, die „Verl. Neuzeit Nachr.“ schmunzelnd:

„Von den athenwürdigen Vätern des Haager Schlossparks fällt das Sommerlaub, und wer noch nicht allen Mut zu ernsthafter Fragestellung verloren hat, fragt nach dem Ertrag der Haager Friedenswoche. Sieht man von den wenigen wirklich wertvollen Teilergebnissen der Konferenz ab — in erster Linie wäre die Abänderung der Haager Konvention vom 29. Juli 1864 über die Pflege der Verwundeten im Seekriege dahin zu rechnen — so lassen sich die Arbeiten des Haager Kongresses wohl am besten als Beiträge zur Ausgestaltung des Krieges charakterisieren. Nicht positive Friedensarbeit wurde geleistet, sondern der Krieg und die Kriegsführung wurden zum Teil auf neue theoretische Formeln gebracht. Für die Praxis des Krieges kommen Beschlüsse wie das Verbot des Bombardements von nichtbesetzten Städten und Dörfern ohne Kriegsvorrate, das Verbot von automatisch explodierenden Kontaktminen, der Schutz der Rechte von Neutralen oder die Bildung von Preisgerichten schmerzlich in Betracht. Hier entscheidet die Gelegenheit und der Zwang des Augenblicks... Ueber die innere Wahrhaftigkeit seines (Englands) Abrüstungsvorschlages, der sich nach vielfältigen Sieberverfahren am Ende in eine schattenhafte Resolution über die Notwendigkeit des „Materialsammelns“ auflöste, hat ja alle Welt längst den Stab gebrochen.“

„Wie als diskutierbar höchstens der noch ausstehende Plenarbeschluss über das obligatorische Weltfriedensgericht. Aber auch in dieser Frage macht eine fatale Klausel, die kaum zu umgehen sein wird, jede praktische Wirksamkeit eines eventuellen Beschlusses illusorisch. Der Vertrag soll nämlich nicht für solche Fälle gelten, in denen nach Ansicht eines der beteiligten Staaten seine Ehre oder seine vitalen Interessen in Frage kommen. Dieser Ehre und diesen vitalen Interessen wird man voraussichtlich jedesmal begegnen, wenn in Zukunft die Frage der Einsetzung eines Schiedsgerichts akut werden sollte; denn es ist selbstverständlich, daß die Staaten in allen Fällen, wo ihnen der Weg des Krieges erwünscht wäre, von dieser angenehmen Klausel Gebrauch machen würden.“

Die internationalen Konfliktführer, Panzerplattenpatrioten und Kanonensabrikanten können sich in der Tat die Hände reiben! Der „Friedenskongress“ hat für sie wackere Arbeit geleistet!

### Karl Peters als Ethiker.

Die vielfachen Ehrungen, die Herr Karl Peters nach seinem Mänchener Prozeß von den Vertretern des ersten Deutschland und von sitzamen hysterischen Jungfrauen — meist des gleichen Kalibers, wie die schönen Verehrerinnen Haus — erfahren hat, scheinen sein Selbstbewußtsein sehr gekräftigt zu haben. Während er es bisher nur als seine göttliche Mission betrachtete, Kolonien zu erobern und in das Innere Afrikas deutsche Kultur und deutsche Keuschheit zu tragen, sieht er neuerdings den Beruf in sich, auch unser gesamtes öffentliches Leben zu versittlichen und auf die Höhen seiner eigenen reinen Moral zu heben. In den „Hamburger Nachrichten“ leistet er sich eine gar wunderbare Moralpredigt, in der es heißt:

„Die Sozialdemokratie, Vertreterin der weniger gebildeten Klassen unseres Volkes, will nicht beweisen; sie schimpft. Nicht bezeichnet sie mit dem geschmackvollen Ausdruck „Hänge-Peters“ oder „Hänge-Karl“. Meinen Freund Dr. Otto Arentz verurteilt sie abzustempeln als „Mein-Idiot“, während doch erwiesen ist, daß, wenn in München ein falscher Eid geleistet wird, sicherlich nicht Arentz, sondern jemand sonst ihn geleistet hat. Nebenbei, auch ich habe beim Durchgehen meiner Akten vor einer Woche einige Dokumente gefunden, die Frau Geheimrat Kasper und ihre Hintermänner interessieren werden. Der Rixendiebstahl, der mich meiner Verteidigung vor Gericht 1898/97 wesentlich beraubte, ist nicht vollständig erfolgreich gewesen. Ich werde in der Lage sein, einige Akten dem nächsten deutschen Gerichtshof, mit dem ich zu tun haben werde, vorzulegen. Wenn ich gegen sozialdemokratische Forderungen jetzt gerichtlich vorgehe, so geschieht das in der Hoffnung, daß deutsche Bürgerumvertrauen zu können, gegen den pöbelhaften Ton dieser Presse mit allgemeinen Gesetzen einzuschreiten. Wir müssen, wie wir die Pressefreiheit von den Briten übernehmen, so auch die Schutzmaßregeln für die Ehre des Proletariats aus diesem Lande einführen. Das Einbringen des Proletariats in die Politik darf am Ende nicht zur Verpöbelisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens führen.“

Peters als Ethiker — das hat gerade noch gefehlt. Wie wir hören, hat der Zirkus Busch einen Sohn Morengas als große „Attraktion“ engagiert. Wir möchten ihn empfehlen, sich auch die Mitwirkung der „großen“ Karl Peters zu sichern. In der Rolle des empfindsamen Moralpredigers würde er entschieden die Konkurrenz sämtlichen Klowns schlagen.

### Nachklänge von der Reichstagswahl.

Vom Schöffengericht zu Jbbendären (Westfalen) wurden vor einiger Zeit die Genossen L. und E. aus Rheine wegen Hausfriedensbruchs zu je 10 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie in Jbbendären am Tage der Reichstagswahl „trotz Aufforderung des Wahlvorstehers das Wahllokal nicht verlassen“ hätten. Der Vorgang war folgender: Im ersten Lokale diente eine Suppenterrace (1), im zweiten ein blechernes Küchlein als Wahlurne (1). Bei jeder Stimmabgabe wurde der Deckel abgenommen und die Kuperts aufeinander gestapelt. Als einige Wähler ihr Wahlrecht ausgeübt hatten, traten die Genossen an den Wahlvorsteher, Kaufmann Jürgens, mit dem Bemerkten heran, daß die Urne nicht den Vorschriften entspreche. Höflich ersuchten sie um Abänderung. Sie kamen aber schon an. „Wie heißen Sie? Sind Sie in diesem Bezirk wahlberechtigt?“ — das war die Antwort, die den Genossen zuteil wurde. Und als Genosse L. darauf erklärte, es sei nicht notwendig, daß er Wähler des Bezirkes sei, ließ es: „Heran aus dem Lokale!“

L. ließ sich nicht verblüffen. Die Wahlhandlung sei, erwiderte er, eine öffentliche. Er habe daher das Recht, auf Miststände beziehungsweise Verstöße gegen das Wahrecht aufmerksam zu machen und ersuche, seinen Protest gegen die beanstandete Urne zu Protokoll zu nehmen. Das wurde brüsk abgelehnt. „Heran aus dem Lokale!“ schaltete es ihm nochmals entgegen. Darauf verließen beide das Lokale.

Als bald erfolgte eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Sie endete, wie bereits bemerkt, mit der Verurteilung zu zehn Tagen Gefängnis! Katilisch legten die Genossen gegen diese eigenartige „Sicherung des Wahlgheimnisses“ durch das Schöffengericht in Jbbendären Berufung ein. Das Landgericht Münster hat nun das Urteil aufgehoben und die beiden Genossen freigesprochen unter Ueberrahme der Kosten auf die Staatskasse. Interessant ist die Be-

gründung. Der Genosse L. habe, heißt es, zwar seine „Befugnisse überschritten“, als er entgegen dem Verbot des Wahlvorstehers im Lokale verweilte, aber: L. sei Reichstagskandidat gewesen, er besaße sich mit politisch. Demnach habe er sich wohl über den Wahllokal informieren können. Auch möge er der seinen Ueberzeugung gewesen sein, daß er sich im Rechte befände, wenn er der Aufforderung des Wahlvorstehers zum Verlassen des Lokals nicht Folge leistet!

Eine mehr als sonderbare Begründung. —

### Das gereitete „a. D.“

Oberst a. D. Gädle, berühmter wegen seiner Prozesse um das „a. D.“, als durch seine ostafrikanischen Kriegsprophezeiungen, von denen keine in Erfüllung gegangen ist, hatte abermals vor dem Berliner Schöffengericht einen Strauß um seinen Titel „Oberst a. D.“ zu bestehen. Er erlebte jedoch die Genugthuung, abermals als Sieger aus diesem Streit hervorzugehen.

Es gelang allerdings Herrn Gädle nicht, Herrn Dr. Komen, den bekannten Unschäferhändigen für sozialdemokratische Meineide und derzeitigen „Geheimen Kriegsrat“, durch seinen Protest aus dem Gerichtssaal zu entfernen. Herr Gädle forderte, daß dieser Herr, der ihn selbst in der „widerwärtigsten und animososesten Weise“ in der Presse bekämpft habe, nicht als „amtliche Aufsichtsperson“ der Verhandlung beizubehalten dürfe. Da jedoch der Staatsanwalt erklärte, daß Dr. Komen nicht als Aufsichtsperson, sondern „nur im Auftrage des Kriegsministers“ der Verhandlung beizubehalten wurde Gädles Protest unbeachtet gelassen.

Besseren Erfolg hatte Herr Gädle in der Sache selbst. Er verwehrte sich dagegen, daß man ihm seinen Titel „Oberst a. D.“ durch ein militärisches Ehrengericht aberkennen könne: Man habe ihn ungerührt und ohne jeden Grund vor ein Ehrengericht gezogen und nichts gefunden, was auch nur nach dem Lot gemessen, ihm zur Unehre gereichen könnte. Und dieses Ehrengericht habe ihm seinen in langer Dienstzeit erworbenen Titel aberkannt, das heißt eine Strafe ausgesprochen, die nur bei ganz schweren ehrenrührigen Handlungen angingig sei. Dem vor einiger Zeit wegen Betruges verurteilten Major Bander habe man seinen Majoritel nicht nehmen können, ebenso seien Offiziere, die wegen Päderei und anderen ehrenrührigen Dingen schleunigst ihren Abschied erhalten haben, ruhig mit ihrem Offizierstitel herum, und im Gegensatz dazu wolle man ihm, der nie etwas Ehrenrühriges begangen, seinen Titel rauben! Nach der Verfassung können Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes erkannt werden. Ein Gesetz sei nicht da, es handle sich also um einen willkürlichen Akt. Auch die Krone sei nicht befugt, willkürlich Strafen zu verhängen. Die Strafe sei ungesetzlich und die königliche Order, die ihm seinen Titel entzogen habe, widerspreche der Verfassung.

Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Das Gericht ist, wie der Vorsitzende in längeren Ausführungen juristischer Natur darlegte, zu der Entscheidung gekommen, daß die königliche Verordnung ein Armeebefehl ist, dem nur die zur Armee gehörenden Personen unterstehen. Für den Angeklagten, der auf das Recht zum Tragen der Uniform verzichtet hat — und dieses Verzichtrecht steht außer Zweifel — sei das Ehrengericht nicht mehr zuständig, denn unter Militärpersonen, die der Kommandogewalt des Oberbefehlshabers unterstehen, seien die Offiziere a. D. nicht zu verstehen. Damit entfällt die Möglichkeit, sie der Armeedisziplin zu unterstellen. Ein Akt aber, durch welchen Nichtmilitärs der Titel entzogen wird, sei als Re-gierungskakt zu betrachten, und ein solcher bedürfte nach Artikel 44 der preussischen Verfassung der ministeriellen Gegenzeichnung. — Der Gerichtshof habe daher auf Freisprechung erkannt und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. —

### Der Hochverratsprozeß des Genossen Liebknecht.

Die Ansetzung des Verhandlungstermins ist nunmehr erfolgt. Am 9. Oktober, vormittags 9 Uhr, soll sich Genosse Dr. Karl Liebknecht vor dem Reichsgericht zu Leipzig verantworten.

Dr. Curtius, der Präsident der evangelischen Kirche Augsburger Konfession im Reichsland, scheidet am 1. Oktober aus seinem Amte. Man hat ihn, seit er sich durch die Herausgabe der Hohenloheschen Memoiren die Unnade des Kaisers zugezogen hat, gesellschaftlich berart geschnitten und verfehmt, daß er es vorzieht, zu gehen. Der ganze Fall ist wieder ein neues Beispiel der Freiheit der Meinungsäußerung im Deutschen Reich. —

### Freisinniger Marasmus.

Man schreibt uns aus Königsberg: Der im Absterben begriffene ostpreussische Freisinn, der auch in Königsberg bei der letzten Wahlenwahl mit Hilfe des zustande gekommenen reaktionären Violettartels und der unter Anwendung verwerflicher Mittel aufgeschwundenen indifferenten Wählermassen noch einmal auf kurze Zeit neues Leben und sogar das Mandat gewann, liegt nun wieder sehr schwer danieder, so daß an seinem Aufkommen selbst von seinen Freunden gezweifelt wird.

Der große Herr Justizrat Schilling, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, sollte oder wollte am letzten Montag in Königsberg in einer vom Wahlverein der Freisinnigen Volkspartei einberufenen Versammlung, zu der auch die Mitglieder der anderen liberalen Parteien eingeladen waren, Bericht über die Reichstags- und Landtagsession erstatten. Ferner sollte die große freisinnige Versammlung Stellung nehmen zum Parteitag in Berlin und zu den Anträgen für denselben. Auch sollten Delegierte gewählt werden.

Um 8 Uhr sollte die Versammlung beginnen, aber erst nach 9 Uhr hatten sich nach und nach zusammen einige 50 Herren der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Nationalliberalen Partei eingefunden, die rings um die leeren Stühle auf den Seitenbänken des Saales Platz nahmen. Der Herr Abgeordnete Schilling eröffnete, leitete und unterhielt die gekehrte Versammlung ein Ständchen mit seiner oafglatten, geschmeidigen, nichtsagenden Rede. Eine Diskussion kam nicht zustande. Entweder waren die Herren durch die salbungsvolle Rede des freisinnigen Helden derartig erschüttert, oder sie waren eingeschlafert worden, daß sie nicht reden wollten. Denn bedeutsam genug für sämtliche Blattdrucker auch außerhalb Königsbergs muß doch die Rede gewesen sein. Brauchte doch die „Parteilose Zeitung“ am anderen Tage in 6 langen Spalten der Welt Kunde von der großen Rede des freisinnigen Land- und Reichstagsabgeordneten, sowie der von ihm verlesenen nichtsagenden Anträge zum Parteitag. Der Freisinn in Königsberg liegt nun wieder, einsam und verlassen von seinen Kampfgenossen, in den letzten Tagen. Über sein Abgeordneter, er lebt, als Wahrgeliebter einer, wenn auch nur kurzen, jedoch glanzvollen unvergeßlichen freisinnigen Nachperiode.

### Unterschleife bei der Welfenkirchener Steuerkasse.

Zu den Unterschlagungen der verhafteten Steuerevendanten Hood und Sod wird amtlich mitgeteilt, daß die Höhe der veruntreuten Gelder sich auf etwa 30000 Mark belaufen wird. Die Unterschlagungen sind anscheinend gemeinsam verübt. Jetzt ist gegen einen weiteren städtischen Beamten, den Polizeisekretär Zhemann, der im vorigen Jahre Jagdgelder veruntreut haben soll, Anklage erhoben. Der Stadt-

sekretär Vint, der gleichfalls im Verdacht steht, Unterschlagungen verübt zu haben, hat seinen Posten vor einigen Tagen freiwillig verlassen.

### Zur Beurteilung der Majestätsbeleidigungen.

Im „Schwäbischen Merkur“, ein national-liberal-konserveratives Blatt, wird folgende Reminiscenz aufgeführt:

„Königl. Dekret, injuriöse Äußerungen gegen die Allerhöchste Person betr. d. d. 16. Aug. 1800:

Da Seine Königl. Maj. aus Veranlassung eines Allerhöchst denjenigen vorgetragenen Specialfalles zu verordnen geruht haben, daß jeder, der sich öffentlich injuriöse Äußerungen über die Allerhöchste Person des Königs zu schulden kommen läßt, als sinnlos betrachtet und somit straflos gelassen werden, jedoch aber, um ihn für die Gesellschaft unschädlich zu machen, zur Befriedigung jedes öffentlichen Amtes unfähig erklärt sein solle: So wird solches hiemit allgemein bekannt gemacht.

Decretum, Stuttgart im Königl. Staatsministerium, den 16. Aug. 1800. — Ad Mand. Sac. Reg. Maj. propr.“

Man wird in der heutigen Zeit, da die Scene der Majestätsbeleidigungsprozesse grassiert, mit Interesse die Beurteilung bemerken, die solchen Delikten im Jahre 1800 von einer „Majestät“ zuteil wurde.

### „Ehrlose Handlungen.“

Zu dem Gegenstand, der, wie gestern erwähnt, die heuflerische Entlassung des Hammerstein's Blattes herborgerufen hat, wird uns mitgeteilt, daß für die Entschlüsselung der letzten Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule noch ein anderer als der in der Versammlungsbericht erwähnte Grundgedanke war. Der Antragsteller führte begründend aus, daß nicht nur der Begriff „ehrlöse Handlungen“ ein recht unbestimmter, je nach der persönlichen Auffassung und der Klassenzugehörigkeit verschieden sei, sondern daß auch, wenn man schon wirklich jemand unbestritten ehrlose Handlungen begangen (z. B. Gelder unterschlagen) habe, dies doch kein Grund sein dürfe, ihm die Mittel zur Bildung zu entziehen. Das sei die Handlungsweise des Klassenstaates. Wir Sozialdemokraten dagegen mühten einem „Gefallenen“ erst recht die Mittel reichen, sich wieder aufzurichten und seine mangelhafte Erziehung zu vervollkommen, damit er umso mehr Aussicht habe, sich fürderhin ehrlich durchs Leben schlagen zu können. —

### Marxus Pflüger †. Man schreibt uns aus Baden:

Am Sonnabend wurde in seiner Heimat Dörach ein alter Revolutionär aus der badischen Freiheitsbewegung beerdigt, der frühere Landtagsabgeordnete und Reichsbote Marx Pflüger, der Posthalter und Hirschwirt von Dörach, Namens der sozialdemokratischen Partei erwies ihm offiziell die letzte Ehre der Reichstagsabgeordnete Wed, der Landtagsabgeordnete Nösch und der Stadt Rat Breitenfeld. Auch Vertreter des Freisinn, der Demokratie und der Linken widmeten ihm kurze Reden am Grabe. Mit dem 82-jährigen Rektor der badischen Demokraten entschlief eine markante Persönlichkeit des politischen Lebens. Als 24-jähriger Mann wurde Pflüger im Jahre 1848 in den revolutionären Strudel gezogen. Die Bürgerwehr seiner Vaterstadt Dörach erwählte ihn zum Hauptmann des ersten Bataillons. Unter den Strubeshen Freischaren, die vom badischen General Hoffmann im April 1848 bei Staufen zurückgetrieben wurden, befand sich auch die Döracher Wehr. Pflüger mußte flüchten, kehrte aber 1850 zurück, wurde später in den badischen Landtag und darauf 1874 auch in den Reichstag gewählt, wo er sich zuerst den Rational-Liberalen anschloß, sich dann aber nach links schlug, bis er bei Eugen Richter anlangte. 1887 verlor er sein reichstagsliches Mandat an Bahrmann, erlangte dann aber 1890 mit sozialdemokratischer und liberaler Unterstützung das Reichstagsmandat, das er bis 1898 behauptete.

### Morenas Anhang kapituliert.

Aus Südwestafrika wird gemeldet: Von den Anhängern Morenas haben sich gestern 42 Männer, größtenteils Kriegsgelute, mit 97 Weibern und Kindern und 140 Stück Kleinvieh in Umas unterworfen. Sie werden in Warmbad interniert.

Offiziell beginnt man nunmehr auch baldigst wieder mit der Einschiffung der Truppen-Rücktransporte! —

### Schweiz.

#### Zwei Abstimmungen.

Bärn, 8. September. (Fig. Ver.)

Die heutige Abstimmung über die neue Gemeindeordnung weist 18 217 Ja gegen 6 923 Nein auf, die Vorlage ist also fast mit einer Dreiviertelmehrheit angenommen. Unsere sozialdemokratische Hochburg, der Kreis Aargau, hat allein 8203 annehmende gegen nur 1279 verwerfende Stimmen aufgebracht, ein Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Massen aufmarschiert und für die Vorlage eingetreten ist.

Die Bedeutung des errungenen Sieges reicht weit über die mit der neuen Gemeindeordnung erreichbaren Errungenschaften hinaus. Die Festlegung des Reinstundentages und eines der Feuerung ungefähr entsprechenden Minimallohnes für mehr als 2000 städtische Arbeiter wird zweifellos, wie die Gegner der Vorlage ahnten und befürchteten, für die Arbeiter zahlreicher anderer Branchen der Anstoß zu ähnlichen Vorstößen sein. In politischer Beziehung aber ergibt sich aus der Abstimmung die Ohnmacht der bisher führenden freisinnigen Partei und deren Ersetzung durch die sozialdemokratische. Jene hat selber ihre Ohnmacht und Hilflosigkeit proklamiert, indem sie in einer für das Gemeinwesen so hochwichtigen Frage sich ratlos jeder Parteiparole enthielt und die wirtschaftlichen Interessen gewisser reaktionärer Gruppen den Interessen und Rücksichten der Gesamtpartei hintersetzte. Die sozialdemokratische Partei dagegen ist von allem Anfang an entschlossen und geschlossen für die Gemeindeform eingetreten, um das, was sie erreichen wollte, durchzusetzen. Mit der gleichen Entschlossenheit und Geschlossenheit ist sie auf den Kampfplatz getreten und hat sie den endgültigen Sieg in dieser Frage an ihre Fahne geknüpft. Sie hat sich als fähig erwiesen, mit Energie und Umsicht den Gang der künftigen Entwicklung der Stadt zu leiten. Sie ist in eine neue Stellung getreten und die große Wählermasse hat sich mit aller Entschiedenheit für die von ihr gewählte Richtlinie ausgesprochen.

Die organisierte Arbeiterpartei Basels hatte vor einigen Monaten 3200 Unterschriften für ein Initiativgehren, betreffend die Aufhebung des sogenannten Streik-, d. h. Antistreikparagrafen gesammelt, der als § 184 des Polizeistrafgesetzes ziert und folgenden Wortlaut hat:

„Wer andere durch Zwang, Drohung, Ehrbeleidigung oder Verurteilung zur Teilnahme oder zu bestimmen versucht, an Beobachtungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen, ebenso wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verbindungen zurückzutreten, wird mit Haft bestraft.“

Der Paragraph stellt ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter dar, obwohl er sich formell auch gegen die Unternehmer richtet. Er wurde im Jahre 1872 geschaffen, und zwar als Ersatz für das bis dahin gültige Streikverbot, nach dem „Anführer“ von Arbeitsvereinigungen mit Gefängnis bis zu 8 Tagen und mit Geldbuße bis zu 50 Frank bestraft und außerdem, sofern es sich um

„fremde Gesellen oder Arbeiter“ handelte, von der Polizei ausgewiesen werden konnten. Die Arbeiter sprengten jedoch einfach das Streikverbot durch große Streiks, und so mußte es auch in aller Form aufgehoben werden.

Der zitierte § 184 ist der deutschen Gewerbeordnung entnommen, aber er ist noch verschärft, indem er nicht ausdrücklich von körperlichem Zwang redet, also Raufschuß allerfeinster Qualität ist, den die kapitalistischen Richter verständnisvoll handhaben, so daß in den letzten Jahren circa 400 Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil das Gesetz Geldbußen nicht zuläßt. Der Paragraph wird zudem — wie gesagt — ausschließlich gegen Arbeiter angewandt und nicht auch gegen die Unternehmer, ist also ein perfides Ausnahmegesetz, das beseitigt werden muß.

Der § 184 sieht zu allem noch die Amisllage vor, d. h. daß der etwa „beleidigte“ Streikbrecher nicht selbst klagen, ja nicht einmal beleidigt sein muß, sondern die Behörde automatisch gegen den streikenden Arbeiter vorgeht, der beleidigt haben soll. Und wer einmal wegen „Streikbrecherbeleidigung“ in Basel vor den Richter zitiert wird, der darf von vornherein jede Hoffnung draußen lassen; denn hier wird nicht Recht gesprochen, sondern nur verurteilt; Preisprechungen wegen solcher Klagen sind seltene Ausnahmen.

Es ist somit in Basel von Gesetzes wegen dem Streikbrecher eine ganz besondere Sorte von „Ehre“, eine Art „Amisllage“ zuerkannt, die sonst sogar für die öffentlichen Beamten abgekauft ist. Wenn ein Basler Regierungsrat sich von jemand beleidigt fühlt, so muß er — wie jede Privatperson — klagen, fühlt sich aber ein Streikbrecher beleidigt, und nimmt der löplichste Polizeistat auch nur eine Streikbrecherbeleidigung an, so klagt der Staatsanwalt von Amts wegen. Das ist Korruption der öffentlichen Moral, das ist Korruption der Gesetzgebung, der Behörden und des Staates.

Aber gerade diese Korruption, diese unglaubliche gesetzliche Privilegierung der vornehmsten und moralisch tiefstehenden Elemente im Staate betrachtet das gesamte Unternehmertum und Ausbeutertum als das unantastbare Palladium der bestehenden und herrschenden Klasse, und es stand daher in Basel am Sonntag säuberlich geschrieben auf einer Seite das gesamte Bürgertum, auf der anderen die gesamte Arbeiterklasse, mit Ausnahme jener korruptierten Proletarier, die als Streikbrecher und „Gelbe“ den Ausbeutern nützliche Elemente sind.

Leider ist es den Arbeiterfeinden noch einmal gelungen, den Angriff abzuschlagen: Die Initiative wurde mit 7393 gegen 8000 Stimmen verworfen. In einer seiner nächsten Sitzungen wird sich nun der Große Rat mit der Wilerung des Streikparagrafen zu befassen haben, und es steht außer Zweifel, daß der regierungsrätliche Vorschlag Annahme finden wird, nach welchem bei Uebertretung des Streikparagrafen statt nur auf Haft, auch auf Geldstrafe erkannt werden kann. —

### Belgien.

#### Verfälschung des Kongostaates.

Brüssel, 8. September. Das Amtsblatt des Kongostaates veröffentlicht heute den Wortlaut eines Abkommens, welches zwischen Baron Baepens, Baron Goffinet, Notar Dubost, Herrn Profel und der Krone getroffen worden ist und wonach sich die Kontrahenten verpflichten, innerhalb des Zeitraums von vier Monaten eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen, welche den Namen „Gesellschaft für Entwicklung des Gebietes des Beckens der Seen Leopolds II.“ führen wird. Der unabhängige Kongostaat verleiht dieser Gesellschaft die statutarisch festgelegten Rechte und Privilegien zur Durchführung des Zweckes der Gesellschaft. Das Grundkapital der Gesellschaft ist auf 1000000 Frank festgesetzt. Die Gesellschaft wird verwaltet von einem aus 4 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat. Die beiden Kommissare der Gesellschaft sind: Senator Sam. Wiener und Baron de Fierlant Dormer. Diese Gesellschaft bedeutet tatsächlich die Umgestaltung der viel angefochtenen Krondomäne in eine Privatgesellschaft m. b. H. Durch ihre Bildung sollen die Schwierigkeiten umgangen werden, welche anlässlich der Beratung der Frage der Uebernahme des Kongostaates durch Belgien zu genötigen standen.

Die Meldung von der Gründung der Gesellschaft wird in Belgien großes Aufsehen erregen und Veranlassung zu lebhaften Rechtsdebatten geben, bei denen dem strupellosen Spekulanten auf dem belgischen Thron die allerhöchsten Ohren nicht gerade lieblich klingen dürften.

### Italien.

Rom, 9. September. Der Prozeß Rasi wird am 17. Oktober vor dem Senat als Staatsgerichtshof zur Verhandlung gelangen. Man glaubt, daß die Kammer, um Interpellationen zu vermeiden erst nach der Urteilsverhandlung eintreten werden wird. —

### Norwegen.

#### Kommunale Gesundheitspflege.

Die Stadtverordneten von Kristiania haben beschlossen, an tuberkulöse Kranke eiserne Bettstellen mit Zubehör kostenlos auszuliehen, um so der Proletarierkrankheit und deren Ansteckungsgefahr entgegenzuarbeiten. Es ist nämlich durch Untersuchungen festgestellt worden, daß in den Familien der Armen und Vermögenden der Bevölkerung Kranke und Gesunde oft zu zweien und dreien in einem Bette zusammengeschichtet liegen müssen, wodurch der Ansteckungsgefahr durch diese heimtückische Krankheit ganz besonders Vorschub geleistet wird.

### Korea.

Tokio, 9. September. (D. S.) Der Aufruhr in Korea dauert fort. Telegraphenlinien und Eisenbahnlinien werden andauernd zerstört; Angriffe auf Japaner ereignen sich aller Orten. Bisher sind 17 Japaner ermordet worden, nachdem sie fürchtbare Grausamkeiten haben erdulden müssen. —

### Persien.

Teheran, 9. September. (Meldung des Deutschen Bureaus.) Das neue Ministerium wird aus acht verantwortlichen Ministern bestehen. Es sind bisher ernannt für Inneres: Wuzir es Saltaneh; dieser soll, wie verlautet, die Geschäfte nur bis zur Ankunft Nizam es Saltanehs aus Schiras versehen. Außeres: Saad es Daulsch; Krieg: Wuzir es Saltaneh; Finanzen: Aham ed Daulsch; Justiz: Wuzir es Saltaneh; Handels- und Seefahrt: Wuzir es Saltaneh; Öffentliche Arbeiten: Wuzir es Saltaneh; Unterricht ist noch nicht besetzt; für diesen Posten werden Kaiser el Wuzir und Wuzir es Saltaneh genannt. Ein Vortersalle für Wuzir es Saltaneh, den Bruder des ermordeten Großveziers Amin ed Daulsch, ist noch nicht bestimmt.

## Die russische Revolution.

### Die „Schwarzten“.

Odessa, 8. September. (Russ. Kor.) Die Verhandlungen von Juden dauern, wenn auch nicht mehr in früherem Umfange, an. Man hört auch fortgesetzt noch vereinzeltes Schließen; des Nachts ist die Unruhe noch außerordentlich groß. Die Börse ist geschlossen, die Kaufmannschaft mißtraut der jetzigen Verwaltung und wartet die Ankunft des neuen Stadthauptmanns Komissar ab.

Der Verband des russischen Volkes ist fähiger als je, er fordert alle Juden auf, wenn sie der bevorstehenden fürchterlichen Vergeltung entgegen wollen, sich mit ihren Lehrern und Rabbinern in den Synagogen zu versammeln, öffentlich Buße zu tun, die jüdische Intelligenz zu versuchen, die unerreichbaren Räume der Gleichberechtigung aufzugeben und sich zu einem „Judenverband für Aufrechterhaltung der unbeschränkten Selbstherrschaft“ zusammenzuschließen.

## Gewerkchaftliches.

### Weidet den Niederrhein!

Man schreibt uns aus Duisburg: Im Industriegebiet am Niederrhein brodel es zurzeit wieder einmal wie in einem Herdenschmel. Dugende moderner Sklavenhändler gehen und kommen, sie handeln mit Menschen von Fleisch und Blut — 3 M. pro Kopf, die übliche Vermittelungsgebühr für Streikbrecher und Unglückliche, die absolut essen wollen. Vorwiegend sind es „Hände“ für die Gruben, aus aller Herren Länder von gewissenlosen Agenten unter allerlei lägenhaften Versprechungen zusammengeführt, halbnackt und ohne einen Pfennig Geld, welche am Niederrhein zusammengetrieben werden. Sobald die Leute einsehen, daß sie überflüssig sind bei der Anwerbung — und das ist meistens der Fall — macht sich bei ihnen das Bestreben geltend, wieder loszukommen. Das geht nun zwar nicht immer so schnell und nicht immer so nach Wunsch, indes der Trieb, der aufgezwungenen Herrschaft wieder zu entschlüpfen, ist doch recht stark. Und so ist denn nicht nur in den Gruben, sondern auch in den Hochofenbetrieben usw. ein fortwährender Wechsel zu beobachten, meistens natürlich mit demselben Erfolge. Dabei aber blüht das Geschäft der Händler. Wer am gewissenlosesten bei der Anwerbung verfährt, „verdient“ am meisten. Es gibt Agenten, die aus den dunkelsten Gefilden Schlesiens, aus Oesterreich, Italien, Holland und, wenn sie könnten, auch vom Rande die „Hände“ an sich locken, sie den niederrheinischen Grubenmagnaten ausliefern, aber auch mit derselben Strupellosigkeit die eben nach den niederrheinischen Gefilden ausgelieferten nach Empfang der Prämie wieder anderen Kapitalisten in die Hände spielen — natürlich wieder um drei Mark pro Kopf. So hat sich denn ein ganzes Meer solcher Parasiten gebildet, die lediglich von diesem Menschenhandel leben. Und einem solchen elenden Schacher scheinen auch die annähernd 300 Vergleute in Neumühl, mit ihren Familien etwa 800 Personen, zum Opfer gefallen zu sein, von denen in der Freitagnummer des „Vorwärts“ die Rede ist.

Derselbe Agent Ahnen oder Ahne (ein Einäugiger), der die Vergleute für die mitteldeutschen Gruben angeworben haben wollte und sie dann auf dem Bahnhof Neumühl schmählich sehen ließ — angeblich, weil die sächsischen Gruben das Jahrgeld nicht gefandt —, dieser selbige Agent hat einen großen Teil der Leute seinerzeit nach Zeche Neumühl hinfördernd. Die beiden Dopschen geben mit Klarheit darüber, daß der Agent gar nicht zur Anwerbung so vieler Leute beauftragt war, und daß ihm ausdrücklich gesagt ist, daß jeder Bergmann sein Jahrgeld selbst zu zahlen hatte! Und trotzdem die Privatität, Hunderte von Arbeitern mit ihren Familien zur Bahn zu bestellen und sie dann ihrem Schicksal zu überlassen!

Eine andere Lesart des Voralles, noch viel ungeheurerlicher Natur, ist die, daß angeblich das Ganze ein geschickt eingeschicktes Räuber gewesen sei, darauf berechnet, den unzufriedenen Vergleuten vor Augen zu führen, daß sie am Niederrhein, im Reich des Herrn Thyssen und tutti quanti am besten aufgehoben seien. Eine von der „General-Anzeiger“ presse so hübsch vom Abonnentenfang geeignete Klame, nämlich eine öffentliche Sammlung für die notleidenden Vergleute, an der sich sowohl die Zeche Neumühl als auch das Thyssensche Werk „Deutscher Kaiser“ — also gerade die beiden durch den Fortzug der Vergleute geschädigten Gruben — sofort beteiligt haben, läßt zwar nach dieser Richtung hin allerlei Deutungen zu, doch erscheint uns ein so frivolos Spiel mit Hunderten von Arbeiterfamilien denn doch zu ungeheuerlich, als daß wir den Gedanken nach dieser Richtung glauben beimessen könnten. Der angeordnete Verdacht, als ob man durch das Räuberei die Vergleute den Streikbrecheragenten für Anwerbung habe in die Arme treiben wollen, will uns deshalb nicht glaubhaft erscheinen, weil die Leute mit Kind und Regel angerückt kamen. In Antwerpen kann man wohl Gefindeel brauchen, unter das dann in dem allgemeinen Trübel auch einige Unglückliche geraten, aber keine Bergmannsfamilien. Es bleibt deshalb als wahrscheinlichster Grund für das Vorkommnis die gewissenloseste Tätigkeit der Händler und vielleicht in letzter Linie die Schuld der Gruben, welche den Agenten zu der Anwerbung beordert hatten. Genau ist die Sache noch nicht geklärt.

Für die Arbeiter allerorts aber ergibt sich daraus die Lehre, überall den modernen Sklavenhändlern die Zure zu weisen, auch dann, wenn scheinbar alles in Ordnung ist. Erkundige man sich in jedem einzelnen Falle bei den Partei- oder Gewerkschaftsinstanzen. Am Niederrhein herrscht der brutalste Kapitalismus, das rücksichtsloseste Proletariat. Hier auf die fortwährenden Warnungen unserer niederrheinischen Genossen nicht hört, mag sich über seinen Neifall nicht beklagen. Schlimm genug, daß die indifferenten Massen nicht anders als durch Erfahrungen am eigenen Leibe zu kurieren sind.

### Berlin und Umgegend.

#### Wählung, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes!

Die am 8. d. M. vorgenommene Wahl von Revisoren hatte folgendes Ergebnis: Es sind abgegeben 637 gültige Stimmen. Davon haben erhalten:

Aufschmidt	4438 Stimmen.
Dräger	4410
Graves	4169
Scharf	3931
Sippel	2970

Die ersten vier sind gewählt.

#### Die Ortsverwaltung.

#### Wählung, Metallarbeiter!

Der Streik in der Waffen- und Munitionsfabrik ist beendet. Die Abzüge sind vollständig zurückgezogen und die Arbeit ist Montag früh von allen Beteiligten wieder aufgenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Die Bergarbeiter-Bewegung in der Niederrhein.

Senftenberg, 9. September. (Fig. Ver.)

Zu den Werten, deren Delegierten am Anfang voriger Woche die Abmeldungen einreichten, sind noch eine Anzahl hinzutreten.

Die Bewegung erstreckt sich sonach auf folgende Gruben: Marie I., Reiches Berg, Hendels Berg, Grube „Verta“, Waidmannsheil, Schöppenhau u. Wolff, Elisabeth-Glück, Neurostolln, Görtler Werke, Grube „Anna“, Krauses Berg, Treuberg, Henriette, Polch, Friede, Grube „Albine“, Friedrich Wilhelm, Unser Fritz, Ferdinand, Lauchhammer. Die Belegschaften der „Stadtgrube“ bei Senftenberg und der Fietz-Grube bei Wietzow haben nur vereinzelt gekündigt.

Die Metallarbeiter erklären, auf die Stellung besonderer Forderungen verzichten zu wollen und sich den Vergararbeitern in allen Stücken anzuschließen. Die Bewegung hat bereits auf das Werk der K.G. „Lauchhammer“ übergegriffen. Auf dem Werke sind beschäftigt resp. angestellt: 8 Vorstandsmitglieder der Gesellschaft als Direktoren, 3 Betriebsdirektoren, 3 Prokuristen, 305 Beamte, 3957 Arbeiter, zusammen 4271 Personen. Der Geschäftsbericht gibt die Totallohnsumme für 1906 auf 3 951 682,56 M. an. Die Durchschnittslöhne pro Kopf und Jahr der Arbeiter haben nur — einschließlich der Lehrlinge — betragen 998,85 Mark. Schon diese Angabe möge genügen, um darzutun, daß Grund zur Unzufriedenheit massenhaft vorhanden ist.

Die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ und Werkwohnungen erweisen sich auch im Niederlausitzer Kohlenrevier als Mittel, die Arbeiterschaft in tiefer Abhängigkeit und schwerstem Druck zu erhalten. Kaum daß die Kündigungen ausgesprochen waren, prangten überall Anschläge und Bekanntmachungen, die sich auf die Kündigung, Lohnzahlung und auf die Wohnungsräumung bezogen. Wie dabei die Unternehmer mit Gesetz, Recht und Wahrheit umspringen, zeigt folgende Bekanntmachung:

„Wer ohne Kündigung die Arbeit ordnungswidrig niederlegt, hat die ihm eingeräumte Wohnung binnen drei Tagen — von heute an gerechnet — bei Weidung sofortiger gerichtlicher Räumungslage zu verlassen; andernfalls wird für Nichterfüllung der Wohnungsräumung bezogen. Wie dabei die Unternehmer mit Gesetz, Recht und Wahrheit umspringen, zeigt folgende Bekanntmachung:

Die Verwaltung fordert ferner von den Streikenden Ersatz des ihr aus der widertretlichen Arbeitsniederlegung entstandenen und noch entstehenden Kosten. Die Verwaltung wird von vorstehenden Forderungen keinen Gebrauch machen gegen diejenigen ihrer Arbeiter, welche am Montag wieder die Arbeit aufnehmen.

Die von dem Arbeiterauschuss gestellten Forderungen muß die Verwaltung in Rücksicht auf die Verhältnisse zu ihrem Bedauern ablehnen.“

Die „Verhältnisse“ haben den Unternehmern stets steigende kolossale Gewinne mißlos in den Schoß geworfen; die „Verhältnisse“ liegen augenblicklich so, daß die Werke trotz größter Anspannung der Produktionsfähigkeit der Nachfrage nicht zu genügen vermögen, trotzdem „müssen“ die Verwaltungen „in Rücksicht auf die Verhältnisse“ die Forderungen der Vergleute ablehnen! Im Orte Dreblau prangen an Häusern und Türen Anschläge der Verwaltung, die zur Räumung der Werkwohnungen — oder zur Rückkehr zur Arbeit — auffordern. Es sieht aus, als wenn über das Dorf der Belagerungszustand verhängt sei. (Die Belegschaft der Dreblauer Grube trat nach Maßregelung des Vertrauensmannes sofort in den Ausstand.)

Eine Sitzung der Unternehmer fand am Donnerstag in Senftenberg statt. Auf dem Rückwege davon verunglückte das Automobil des Direktors Schafhausen von den „Eintachtwerten“ auf der Chaussee am Rammoer Berge. Die Insassen wurden herausgeschleudert, der Chauffeur, Schafhausen selbst und ein Berliner Rechtsanwalt namens Webhard erlitten Verletzungen, während zwei andere Mitreisende mit dem Schreck davonkamen. In der Sitzung scheint eine Einigung der Unternehmer nicht erzielt worden zu sein. Laut Bekanntmachung arrangiert die Direktion selbst am heutigen Montag eine Belegschaftsversammlung, um über die gestellten Forderungen zu „beraten“. Was dabei heraustritt ist klar: nämlich nichts. Das geforderte Vorgehen einer einzelnen Gesellschaft läßt trotzdem darauf schließen, daß es mit der Einigkeit und Disziplin in der Unternehmerorganisation nicht weit her sein kann.

Die politische Berufsvereinigung zählt im Reviere nur etwa 350 bis 400 Mitglieder. Trotzdem glaubte die Zeitung der „Auch“-Arbeiterorganisation extra eingeladen werden zu müssen. Als das nicht geschah, wurde abgewiegelt. Die Polen kündigten ohne Rücksicht auf die Parole ihrer Führer die Arbeit und als die Zeitung sah, daß ihnen möglicherweise die Schächte davonlaufen würden, schrieb der Gauleiter Regulski-Berlin an die Vertrauensleute, daß die Polen mit den „Verbändlern“ Schulter an Schulter zu kämpfen hätten. — Wie lange? Wird die Zeit lehren.

Im ganzen haben bis heute etwa 2000 Mann die Kündigung eingereicht. Gegenüber der Gesamtzahl der Arbeiter erscheint das gering. Es ist aber zu beachten, daß es sich hier — wie immer im Braunkohlenbergbau — um die bei der Kohlenförderung beschäftigten, im besten Mannesalter stehenden, qualifizierten eigentlichen Vergleute handelt. Diese sind allein imstande, die Werke zum Stillstand und ihre Kameraden aus den Weisheitsfabriken zum Witwensberg zu zwingen. Der — im ganzen objektive — Bericht der liberalen bürgerlichen Presse, wonach die Arbeiterschaft sich so lange stillschweigend in die Verhältnisse gefügt hat, weil sie wegen des fluktuierenden Charakters der Bevölkerung, wegen der mangelnden Organisation und wegen der ziemlichen Uneinigkeit nichts ausrichten konnte, entspricht insofern nicht den Tatsachen, als die Organisation, der Vergarbeiterverband, dermaßen erstarkt ist, daß die Zerplitterung nichts mehr vermag, dann aber ist die Fluktuation — wenigstens der Zug — der überall bekannten miserablen Verhältnisse wegen, so gering geworden, daß ständig größter Arbeitermangel herrscht.

Alles in allem steht die Situation für die Vergleute überaus günstig. Durch ihr provokatorisches Verhalten bringen sich die Unternehmer selbst bei dem Würgertum um den letzten Rest von Sympathie. Wenn sonach die Niederlegung der Arbeit ebenso geschlossen erfolgt, wie die Kündigungen, steht zu erwarten, daß die Vergleuten dem bescheidenen Verlangen „ihrer“ Lohnskalen nach geringer Lohnerhöhung und der Reumundenshaft doch Rechnung werden tragen müssen.

Die sämtlichen Wärtler und Dreher der Messingwaren-fabrik L. Stiller in Driesen haben gestern die Arbeit niedergelegt. Es liegen die folgenden Ursachen zugrunde: Die Firma hatte im vorigen Jahre einen Tarifvertrag mit den Arbeitern vereinbart, der am 10. September abläuft. Dieser ist von seiten der Arbeiter rechtzeitig gekündigt worden, weil die überaus niedrigen Löhne und der Akkordverdienst mit der ständigen Steigerung der Lebensmittelpreise und Mieten nicht in Einklang zu bringen sind.

Es fanden nun Vorberatungen statt, um für einen neuen Tarif die nötigen Unterlagen zu gewinnen. Ein „Judas“ unter den eigenen Kollegen macht dem Fabrikanten Mitteilung von den Kommissarien in der vorbereitenden Versammlung und die Folge war, daß zunächst ein Kollege und nach wenigen Tagen noch fünf andere ohne Angabe von Gründen entlassen wurden. Also 6 — von 24 — gemahregelt. Das konnten natürlich die Arbeiter nicht ruhig hinnehmen. Es fanden am Sonnabend Verhandlungen im Beisein des Bezirksleiters statt, welche jedoch zu keinem Resultat führten. Der Chef der Firma — Herr Lange — erklärte

einfach, er will seinen Betrieb verkleinern (!) und entläßt zunächst die Leute, die ihn am meisten ärgern! Es wurde nun ein Vermittlungsvorschlag gemacht. Die geforderten Lohnerhöhungen sollten zurückgestellt, die Arbeitszeit (wenn nötig) verkürzt werden, aber die sechs Mann sollen weiter arbeiten. Aber auch darauf ging der Fabrikant nicht ein. Es ist also klar zu durchschauen, daß es sich für die Firma Stiller darum handelt, der Organisation ein auszuweichen, sie womöglich zu beseitigen. Diese sechs Mann waren die besten Kräfte, und es ist nun auch klar, daß sich der Herr Chef über sie am meisten ärgert! Der Kampf ist für die Arbeiter ein leichter zu nennen, denn es ist nur ein Dreher — ein „Krankler“ — und nicht ein einziger Wärtler im Betrieb geblieben, und alle Streikenden sind vollberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Es wird aufs dringendste gebeten, den Zug nach Driesen fernzuhalten. Die Parteipresse wird um Abdruck ersucht.

#### Den Metallarbeitern Königbergs droht die Aussperrung.

In der Unionsgewerkschaft zu Königberg haben die Dreher der Schlosserei- und Maschinenabteilung Lohnforderungen gestellt, die bisher bei der Direktion des Etablissements keine Annahme gefunden haben. Die zuerst gestellten Forderungen waren sehr minimaler Natur. Verlangt wurden für Dreher und Werkzeugschlosser 45 Pf. für Maschinenarbeiter 40 Pf., für sämtliche übrigen Hilfsarbeiter 35 Pf. pro Stunde. Alle friedlichen Mittel schlugen bisher fehl, auch wurde seitens der Direktion eine Vermittlung des örtlichen Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgelehnt, und zwar mit der so üblichen aber verdräuteten Motivierung, die Direktion hätte bisher alle eingetretene Differenzen mit den Arbeitern resp. deren Kommissionen allein beigelegt. Die sonst von der Direktion gemachten Lohnvorschläge waren für die Arbeiter unannehmbar und als die Arbeiter erklärten, bei ihren Forderungen stehen bleiben zu müssen, wurden sie mit der Aussperrung bedroht. Um dieser aus dem Wege zu gehen, beschloßen die Dreher in einer am Sonnabend im Hefentrug abgehaltenen Versammlung, von ihren Gesamtforderungen 5 Pf. pro Stunde abzusehen, so daß jetzt verlangt werden: 40, 35 und 30 Pf. pro Stunde. Die Versammlung beschloß dann aber weiter, falls diese Lohnsätze auch noch keine Annahme bei der Direktion finden sollten, die Arbeit am Montag den 9. d. M., einzustellen. Eine außerordentlich gutbesuchte Metallarbeiterversammlung nahm dann am Sonntag im Ludwigshof Kenntnis von den Beschlüssen der Dreher und billigte einstimmig deren Vorgehen. Die Unionsgewerkschaft kann nur vier Tage den Betrieb ohne Dreher aufrechterhalten. Bewilligt die Direktion die Forderungen der Dreher also nicht, kommt es zweifellos zur Aussperrung der übrigen Arbeiter. Das wäre dann eine neue Kraftprobe des Unternehmerverbandes der Metallindustrie Deutschlands. Bei einer eventuellen Aussperrung der Metallarbeiter würden auch die Arbeiter der Steinfurter Waggonfabrik in Mitleidenchaft gezogen werden, da diese ebenfalls dem Unternehmerverband angegliedert ist.

#### Sur Aussperrung der Getreidebräuer in Königberg.

Die im Brauereibetriebe Königbergs beschäftigten Schiffsarbeiter hielten am Sonntag, den 8. September, im Ludwigshof eine Versammlung ab, um zu der noch immer bestehenden Aussperrung der Getreidebräuer Stellung zu nehmen. In dieser Versammlung war auch ein Mitglied des Hauptvorstandes nach Königberg gerufen worden und da der erste Vorsitzende Genosse Döring verhindert war, vertrat diesen Genosse Schafowski-Hamburg. Die Getreidebräuer verlangten, daß die Schiffsarbeiter für sie in einen Solidaritätsstreik eintreten sollen, um die seit dem 2. Mai bestehende Aussperrung beendigen zu helfen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde auch in der Versammlung eingebracht und von den Getreidebräuern energisch verteidigt. Genosse Schafowski erklärte, der Hauptvorstand könne zu dem geplanten Streik der Schiffsarbeiter keine Einwilligung nicht geben, da die Schiffsarbeiter nach ihrer Aussperrung im Frühjahr einen Tarifvertrag mit den Reedern abgeschlossen haben und es auch sonst so gut wie ausgeschlossen sei, durch Arbeitsniederlegung die Sache der Getreidebräuer günstig zu beeinflussen. Im gleichen Sinne sprachen der Lokalbeamte Genosse Berner, der Gauleiter Genosse Schiller und der Delegierte des Königberger Gewerkschaftsvereins Genosse Seemann. Nach langer Debatte wurde der Antrag der Getreidebräuer, die Schiffsarbeiter mögen den Streik proklamieren, in geheimer Abstimmung mit drei Viertel Majorität abgelehnt. Angenommen wurde hierauf eine Resolution, wodurch die Ortsverwaltung beauftragt wird, nochmals mit den Reedern und Kaufleuten in Verbindung zu treten, um die Einstellung der Getreidebräuer in die Wege zu leiten und die Sperre aufzuheben. Die Gefahr eines neuen drohenden Kampfes im Königberger Hafen ist damit für den Augenblick abgewendet worden.

#### Der neue Lohnstarif der Hamburger Schauerleute.

Die diesjährige Aussperrung der Hamburger Schauerleute endete bekanntlich damit, daß die Reeder das schriftliche Versprechen abgaben, bis zum 1. Oktober 1907 mit den Arbeitnehmern über einen neuen Lohnstarif verhandeln zu wollen. Diese Verhandlungen werden demnächst beginnen. Die Reeder haben einen Tarifentwurf ausgearbeitet, der als Grundposition einen Tagelohn von 4,80 M. vorsieht. Für die Entlohnung gewisser Ladungen sollen 60 bis 80 Pf. pro Tag extra bezahlt werden. Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie durchgearbeitete Pausen werden mit 1 M. pro Stunde vergütet. Die Tagsschicht währt von morgens 6 bis abends 6 Uhr mit einer Frühstückspause von 8 bis 8½ Uhr vormittags und einer Mittagspause von 1½ Stunden. Die Nachtschicht dauert von 9 bis 12 Uhr abends und von 12½ bis 5½ Uhr morgens, also acht Stunden, für die 8 M. bezahlt werden. In dringenden Fällen kann die Nacharbeit bis 6½ Uhr morgens ausgedehnt werden. Wenn ein Schiff fertig gemacht werden soll, sei es beim Löschen oder Laden, und die Arbeit kann voraussichtlich vor Mitternacht beendet werden, so braucht kein Schichtwechsel einzutreten. In diesem Falle bleiben die Tagarbeiter in Tätigkeit. Den zur Nachtschicht angenommenen Arbeitern wird ein Winkeldienst von 5 M. garantiert. Einen langen Raum nehmen die Bestimmungen über die Akkordlöhne ein. Die Arbeitszeit gilt von Stadt zu Stadt. Bei Arbeiten auf der Unterelbe wird freie Verfügung gewährt.

Dieser Entwurf wird als Grundlage bei der Verhandlung dienen. Der Hafenbetriebsverein will berechtigigte Wünsche berücksichtigen. Das wäre sehr zu wünschen.

#### Ausland.

##### Der Kampf der Antwerpener Dockarbeiter.

Antwerpen, 8. September. (Fig. Ver.) Der Beschäftigungszustand macht Fortschritte: seit heute morgen sind auf Vorschlag der Offiziere, die die Bewachung der Holzboffins mit zwei Bataillonen für ungenügend erklärten, die von der Stadt dahin fahrenden sechs Brücken mit Wachen besetzt worden und der Zugang zu diesen Boassins wird nur den Streikbrechern, die ihre Legitimation vorzuweisen haben, gestattet. Die Holzboffins selbst sind von Militär umzingelt. Soweit können ja nun die Unternehmer zufrieden sein: der Hafen militärisch bewacht; die „Promenoirs“ an der Schelde, wo sonst die Spaziergänger das wogende Leben auf den Schiffen beobachten konnten, mit Striden für sogenannte „Ansammlungen“ von über fünf Menschen verboten — die Freiheit der Arbeit wäre ja damit gewahrt. Die Streikbrecher werden unter militärischem Schutz eskortiert, Militär wacht bei der Arbeit und die Streikbrecher werden mit Schleppdampfern von und zur Arbeit befördert, damit sie das „unsichere“ Land nicht betreten brauchen. Inbes, trotz alledem und obgleich die Streikbrecher keine andere Qualifikation fordern als — starke Arme, wird nach dem letzten Bericht des gut informierten „Soir“ auf

nicht mehr als 37 Schiffen mit einer Zahl von nicht ganz 1800 Arbeitern gearbeitet. Über selbst das Doppelte angenommen, wie den Tag vorher gemeldet wurde — von einem „Ersatz“ der einheimischen Arbeiter sind die Herren noch weit entfernt — was auch offiziell gemeldet werden mag! Im übrigen braucht man nur einen Blick auf die Schelde zu werfen, nach den Boassins zu lugen, hier und da knirscht eine einsame Kette an einem Kran und da und dort zwischen Bergen von Getreidesäcken und vollgefüllten Schuppen regen sich armelig ein paar Hände zur Arbeit. Und seit einem Monat liest man immer dieselben Namen der Schiffe...

Von allen Seiten richten sich übrigens Proteste und Verurteilungen gegen die Haltung der Unternehmerclique, die nun auf ihren Plakaten offen zugibt, daß sie ihre Kampfakt nicht wegen des ökonomischen Moments festhält, sondern weil sie die Sozialisten unterkriegen will, die die Herrschaft im Hafen anstreben. Diese faustharte, dumme Lüge, daß die Sozialisten die „Herrschaft anstreben“, findet nur in der allerordinarsten Schamacherpresse Aufnahme und Verteidigung. Dagegen macht ein großer Teil der bürgerlichen Presse dagegen Front, daß ein paar vom Nachteil besessene Herren das Wirtschaftsleben einer ganzen großen Stadt unterbinden, Not und Sorge über Tausende verhängen, eine friedliche Stadt in ein offenes Feldlager verwandeln dürfen. Denn soweit sind sogar unsere sonst in den verschimmeltesten manchesterlichen Vergriffen besangenen bürgerlichen Blätter, daß sie den Standpunkt einnehmen: die Unternehmer müssen mit den Arbeitern unterhandeln. Sogar der exzellente „Patriote“, der es auch in diesem Kampf natürlich an Angriffen auf die „Führer“ nicht fehlen läßt, findet die kräftigsten Worte der Abwehr gegen diese unerhörte anmaßende Kapitalistenclique, die naheinander jeden auf ein Schiedsgericht hinstellenden Abschluß des Konflikts — die unzähligen Vorschläge des Bürgermeisters, des Präsidenten der Handelskammer, zuletzt des Arbeitsministers — rundweg abzuschlagen. Und überall wird die Frage aufgeworfen, ob der Fortgang der Betriebe eines gewaltigen Hafens wieder der Antwerpen von einigen gewissenlosen Starrköpfen abhängig gemacht werden dürfe. Bemerkenswert ist das Verhalten der Stauer, der sogenannten „Stebedores“, bei denen die Verlager arbeiten — und die betonen, daß sie zu einer Verständigung mit ihren Verladern bereit sind. — Einer der bedeutendsten dieser „Stebedores“ Antwerpens äußert sich gegen den Korrespondenten des „Soir“, der mit anerkannter Anständigkeit über die Vorgänge berichtet, daß die Unternehmervereinigung nur die sozialistische Dodergewerkschaft „Billen is linnen“ brechen will... Dies besagen auch, nur mit ein bißchen anderen Worten, die Unternehmerplakate, die gegen die „Führer“ losgehen. Auch bedeutende Gewerbetreter stehen auf Seite der Streikenden und sprechen sich für das Schiedsgericht aus. — Gestern wurde gemeldet, daß auch zweihundert Unternehmer der Getreideverladung arbeiten lassen wollen. Nur die führende Clique will nicht — und da spricht man vom Terrorismus der Streikführer! Die Störungen im Wirtschaftsleben der Stadt sind überall fühlbar — einigen Betrieben fehlen bereits die Kohlen.

Gestern wurde ein an dem Streik gar nicht beteiligter Bootsmann angefaßt, weil er einen Wache gehaltenen Soldaten bedroht hätte, von diesem getötet. Der Getötete, der geschrien haben soll, daß er Revolverschiffe losfeuern werde, war überhaupt unbewaffnet, was auch der Soldat im Verhör erklärte. Wie ein Soldat, der einer aus fünf Soldaten bestehenden Wachabteilung zugehört und der sofort Succurs hatte, auf die Drohung eines unbewaffneten hin schießen konnte, wird das Verhör noch aufzuklären haben. Oder sind das die „strengen Vorschriften“? Dann darf sich die Bevölkerung ja auf erfreuliche Dinge gefaßt machen.

Die Streikenden verhalten sich ruhig, und in den Versammlungen herrscht Begeisterung und Siegeszuversicht. — Die Unternehmer harren aus, um den Hafen vor der „Gewalttherrschaft des Sozialismus“ zu bewahren. Die Sozialdemokratie beantwortet diese dumme Verleumdung mit einer Solidaritätserklärung an die Streikenden und fordert — bereits mit großem Erfolge — zur materiellen Unterstützung der Doder aus. Durch Spenden und Anleihen ist bereits ein Fonds von 100 000 Fr. gesichert. „Für jede Million“, erklärte Anseele in einem Meeting, „die Steinmann und seine Clique votieren, werden wir 10 000 Fr. geben, und wir werden sehen, wer länger aushält...“

Brüssel, 9. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Sonntag ist ruhig verlaufen. Gestern wurde die Gendarmerie um 400 Mann verstärkt. Für die Schiffe der Unternehmervereinigung arbeiten jetzt 3000 Arbeitswillige. Heute wurde das Militär bis auf hundert Mann zurückgezogen.

Antwerpen, 9. September. Der Soldat Roelen, der durch einen Schuß einen Schiffer getötet hatte, ist nach Untersuchung durch den Militärausschuß wieder in Freiheit gesetzt worden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Nordversuch gegen Graf Komarowski. Wien, 9. September. (W. T. W.) In der Affäre Komarowski hat heute auch die Frau Jarnowski im Polizeiverhör gestanden, daß sie den Anschlag auf den Grafen Komarowski im Verein mit dem Rechtsanwalt Brilukow erlassen habe.

#### Brandkatastrophe.

Kauf, 9. September. (W. T. W.) Eine vierstöckige Dampfmühle, in der 20 Arbeiter beschäftigt waren, ist völlig niedergebrannt. Aus den oberen Stockwerken sprangen die Arbeiter in das Rettungstuch hinab, wobei viele verunglückten. Nach den bisherigen Feststellungen sind acht Arbeiter tot und vier schwerverletzt.

#### Pogrom-Wahnsinn.

Petersburg, 9. September. (W. T. W.) Hier hat sich ein neuer „Rettungshund“ konstituiert, welcher den Zweck verfolgt, im Falle eines Attentats auf den Zaren oder Stollpin sämtliche Juden Rußlands zu töten.

#### Die Pest.

Konstantinopel, 9. September. (Meldung des Wiener L. L. Telegraphen-Bureaus.) Auf der Insel Kelekin wurden zwei neue Pestfälle festgestellt.

#### Truppennachschub für Marokko.

Gibraltar, 9. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Algieras ist der Befehl eingetroffen, daß eine Brigade in Stärke von 7000 Mann unter General Caro am Mittwoch zur Einschiffung nach Tanger bereit sein soll.

#### Typhus-Epidemie.

Widah (Ägypten), 9. September. (W. T. W.) In der hiesigen Jägerkaserne herrscht Typhus. Dem Vernehmen nach sind bisher bereits 19 Erkrankungen und 6 Todesfälle vorgekommen.

Das Nachrichtenbureau.

Als der Parteivorstand seinen Entwurf veröffentlichte, stand der Internationale Kongress unmittelbar bevor, so daß bis nach dessen Abschluß nicht wohl in eine Erörterung der Angelegenheit eingetreten werden konnte. Sofort nach Beendigung der Stuttgarter Tagung veröffentlichten wir jedoch — in der Nummer vom 27. August — einen längeren Artikel über diese wichtige Preß- und Parteifrage. Inzwischen hat ein Teil der übrigen Parteiblätter ebenfalls Stellung zu der Frage genommen. Andere Blätter dagegen begannen erst jetzt ihren Standpunkt zu entwickeln. Ein großer Teil der Parteipresse endlich hat die Frage überhaupt noch nicht angefaßt, so daß bis zum Essener Parteitag die ganze so wichtige und so gründlich zu diskutierende Frage keineswegs eine befriedigende Klärung gefunden haben dürfte.

Da bis zum Essener Parteitag nur noch wenige Nummern des „Vorwärts“ erschienen, ist es leider nicht möglich, die zutage getretenen Ansichten der Parteigenossen so eingehend wiederzugeben und namentlich so ausführlich im Original zum Worte kommen zu lassen, wie wir das gewünscht hätten. Doch werden wir bemüht sein, so objektiv wie möglich zu referieren.

In der „Königsberger Volksztg.“ legt Genosse D. M. dar, daß er die Befürchtungen des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volksztg.“, das Nachrichtenbureau könne im Sinne einer bestimmten Richtung in der Partei die politische Haltung der Parteipresse beeinflussen, für übertrieben halte. Diese Gefahr bestehe übrigens nicht nur für den eigentlichen Nachrichtenendienst, sondern in noch höherem Maße für die Zusammenstellung des statistischen Materials. Gabe es doch Leute, die behaupteten, mit Zahlen alles beweisen zu können: „Bernstein hat z. B. mit Hilfe der Berufsstatistik seine mißlungene Beweisführung unternommen“. In dem Artikel heißt es dann zusammenfassend:

„Wenn das neue Preßbureau den Parteiblättern täglich die wichtigsten Nachrichten zugehen läßt, so wird nicht nur der Nachrichtenendienst, daß unsere Parteipresse mit ihren Nachrichten den bürgerlichen Zeitungen zuweilen nachhinkt, sondern es wird auch der von der „Leipz. Volksztg.“ mit Recht beklagten Uniformierung der Parteipresse bis zu einem gewissen Grade vorgebeugt. Die Uniformierung stammt zum großen Teil daher, daß die Redakteure unserer Parteipresse wichtige Nachrichten zuerst in den Artikeln anderer Parteiblätter oder in den aus fertigen kritischen Artikeln bestehenden, von fast allen Parteiblättern abonnierten Korrespondenzen bestimmter Parteischriftsteller finden. Während den Redaktionen die Nachrichten nur als Nachrichten übermitteln, so würden sie genötigt sein, die kritische Verarbeitung selbst vorzunehmen.“

Finden sie die Meldungen, wie jetzt sehr oft, nur in der Form der kritischen Verarbeitung vor, werden sie sich oft auf die kritische Wiedergabe der ihnen vorliegenden Artikel beschränken. Die Übermittlung von Nachrichten durch ein Zentralpreßbureau würde also nicht zur Uniformierung der Parteipresse führen, sondern im Gegenteil unsere Parteiredaktionen zu erhöhter Selbsttätigkeit und Selbstständigkeit erziehen. Daß in vereinzelten Fällen vielleicht aus der Auswahl der zu übermittelnden Nachrichten die radikale oder revisionistische Ansicht des jeweiligen Redakteurs am Nachrichtenbureau hervorragen kann, geben wir zu. Diese Ausnahme würde die Regel beständigen und den Nutzen des geplanten Nachrichtenendienstes nicht aus der Welt schaffen.

Wir pflichten dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ darin bei, daß die Übermittlung von allerlei Preßstimmen aus der bürgerlichen Presse meist keine Eile hat. Wir stimmen beiden Vätern auch darin zu, daß sie sich gegen eine Stelle in dem seinerzeit in den Mitteilungen des Vereins „Arbeiterpresse“ veröffentlichten Entwurf zuwenden. Dort hieß es, „es verhalte sich natürlich, daß die Nachrichten, Informationen und Materialien, die das Bureau übermitteln, keineswegs etwa lediglich trodene Tatsachenangaben sein sollen, sondern daß sie selbstständig geordnet, gefärbt, literarisch dargestellt und mit selbstständiger Beurteilung versehen sein müssen.“ Mit Recht sagt die „Leipziger Volkszeitung“ dazu: „Da haben wir die literarische Oberbismarckstabsbehörde der Parteipresse, wie sie lebt und leidet.“

Unrecht aber hat unser Leipziger Parteiblatt, daß es namentlich das Kind mit dem Bade ausschütten will und, um uns vor uniformer literarischer Darstellung und Beurteilung zu schützen, auch das „trodene Tatsachenmaterial“ mißgönnt. Wir hoffen, daß der Parteitag sich nicht von den übertriebenen Befürchtungen einiger großer Parteizeitungen leiten lassen, sondern auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Parteiblätter gebührende Rücksicht nehmen wird.“

Wir möchten dieser Äußerung gegenüber nur auf einen Umstand hinweisen.

Genosse G. M. wünscht die Einrichtung eines Nachrichtenendienstes, aber er unterläßt es, im einzelnen zu sagen, welche Nachrichten er für notwendig hält. Es wäre für die Diskussion fruchtbringender gewesen, wenn er sich mehr über die von uns erörterten Spezialaufgaben des Nachrichtenendienstes ausgesprochen und unsere im einzelnen dargelegten Bedenken zerstreut hätte!

Bemerkenswert ist aber ferner, daß Genosse G. M. die Übermittlung der bürgerlichen Preßstimmen gleich der „Leipz. Volksztg.“ für überflüssig hält! Diese Preßstimmen spielen aber in dem Entwurf der fünf Redakteure eine hervorragende Rolle. Scheiden sie aus, so würde damit der größte Teil dessen ausgescheiden, was für den Nachrichtenendienst überhaupt in Frage kommen könnte!

Man sieht an diesem Beispiele, wie notwendig es ist, sich im speziellen mit den Aufgaben des Nachrichtenbureaus zu befassen, da sonst jede konkrete Grundlage einer Verständigung fehlt. —

Die „Märk. Volksstimme“ brachte zwei Artikel. Der erste mit F. A. gezeichnete wendet sich dagegen, das Nachrichtenbureau zu einer Art Kampfobjekt zwischen „Revisionisten“ und „Radikalen“ zu machen, wie das vom „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ geschehen sei. Der Genosse vergißt dabei nur, daß die erste Anspielung auf diese Gegensätze von dem „Wochener Volksblatt“ gemacht wurde, das von den Kriterien „guter“ oder „schlechter Gesinnung“ sprach, die für die Befragung der Redaktionsposten nicht in Frage kommen dürften. Wenn wir die „gute“ und „schlechte“ Gesinnung in Revisionismus und Revisionismus umtauschen, so glauben wir die Sachlichkeit der Erörterungen dadurch eher gefördert als beeinträchtigt zu haben.

Und wenn Genosse F. A. sagt, jeder Versuch, die Einrichtung des Bureaus von vornherein zu diskreditieren, indem man es so darstelle, als ob es eine „revisionistische“ Einrichtung werden solle, sei in hohem Maße parteiisch, so fühlen wir uns dadurch nicht im geringsten getroffen. Gerade der „Vorwärts“ hat die in dem Entwurf der fünf Redakteure dem Bureau zugewiesenen Aufgaben einer ebenso eingehenden wie sachlichen Kritik unterzogen und eine Reihe dieser Aufgaben deshalb

belämpft, weil sie die Parteipresse zu uniformieren und geistig zu verflachen geeignet sind. Mag man doch unsere Argumente mit Gründen statt mit allgemeinen Redensarten bekämpfen!

Auf die Einzelaufgaben des Nachrichtenbureaus geht aber Genosse F. A. leider nicht ein. Er schreibt:

„Der Parteivorstand sagt in seinem Entwurf nichts über die Art, wie das Bureau seine Aufgabe erfüllen solle. — Es soll demnach nur die Parteikorrespondenz herausgeben, Geistes- und statistisches Material sammeln und Nachrichten an die Parteipresse vermitteln. Alles Nähere will der Parteivorstand augenscheinlich der Praxis überlassen. Jedenfalls soll die Korrespondenz des Bureaus keine „fertigen Artikel“ und Kritiken liefern. Die Redakteure will der Parteivorstand wählen und sich außerdem einen journalistischen Beirat von fünf Redakteuren selbst berufen.“

So sein Plan. Die Einzelheiten sind für die Parteigenossen vermutlich von untergeordneter Bedeutung. Wir sind auch der Überzeugung, daß die Parteigenossen, die sonst jede Arbeit für die Partei leisten, gar kein Bedürfnis danach empfinden werden, des langen und breiten Auseinanderlegens über den technischen Betrieb des Nachrichtenendienstes zu lesen oder zu pflegen. So wenig es und bekommen kann, über die Einzelheiten des Webprozesses in der Textilindustrie Ratschläge und Lehren zu geben, wenn wir nicht Fachleute sind, so wenig dürften die Genossen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — das Bedürfnis empfinden, den vielen Parteiblättern in Deutschland ohne spezielle Kenntnis Ratschläge über die Verbesserung des Nachrichtenendienstes zu machen.“

Der Parteivorstand und die übergroße Mehrheit der Partei sind da allerdings anderer Ansicht. Wenn der Parteitag über das Nachrichtenbureau beschließen soll, wird er doch wohl auch gewissenhaft genug sein, sich erst ein Urteil über das Wesen des Bureaus zu bilden. Auch möchten wir gegen die Ansicht Einspruch erheben, als handele es sich bei der Beurteilung über das, was der Parteipresse zum Heile der Partei kommt, um eine Art Geheimwissenschaft, die ein Laie gar nicht zu begreifen vermöge. Die „technischen“ Preßangelegenheiten sind wirklich nicht so kompliziert, daß sie nicht auch ein simpler Parteitag delegierter zu kopieren vermöchte. Das beweist ja gerade der Entwurf der fünf Redakteure, dessen Verständnis keineswegs vielfährige journalistische Erfahrung voraussetzt. Sonst müßte ja auch der Parlamentarismus ein technisches Mysterium, eine Geheimwissenschaft darstellen. Wie aber hier die Genossen ein Mißverständnis für ganz selbstverständlich halten, so auch in Preßangelegenheiten! —

Der zweite Artikel der „Märk. Volksstimme“ ist vom Genossen D. M. gezeichnet und bewegt sich in wesentlich anderen Bahnen. Er schreibt:

„Nun ist vorgeschlagen worden, dem Uebelstande und den Unvollkommenheiten, die unserer Parteipresse anhaften, durch Errichtung eines Preßbureaus abzuwehren. Die Parteikorrespondenz erscheint ja schon, befriedigt aber nach keiner Richtung. Das Urteil, das bereits über die Parteikorrespondenz gefällt worden ist, die der Partei doch auch einen ganz hübschen Groschen Geld kostet, sollte die Partei veranlassen, auch mit der Errichtung eines Preßbureaus, wie es die fünf Redakteure des Vereins Arbeiterpresse und der Parteivorstand planen, recht vorsichtig zu Werke zu gehen.“

Ich kann mir von der Einrichtung, wie sie der Parteivorstand plant, auch nicht viel versprechen. Für ein bloßes Nachrichtenbureau wird die Einrichtung zu kostspielig und wenn aus ihm fertige Zeitungsmare geliefert wird, so liegt die Gefahr nahe, daß unsere Presse verflacht und ihr lokales und individuelles Moment verliert, das ihr eine gut zusammengefasste Redaktion zu geben vermag.“

Man mache den Versuch mit der Gründung eines Nachrichtenbureaus, dessen Wirksamkeit auch ins Ausland übergreifen müßte, erst in kleinem Maßstabe. Wenigstens der Versuch, so kann sein Ausbau nach und nach erfolgen. Es kann sich meines Erachtens auch nur um wichtige politische Nachrichten aus den Hauptorten der Bundesstaaten, die in Berlin zusammenlaufen, sowie um Notizen aus der Hochfinanz, der großen wirtschaftlichen Gruppen, Kartelle usw. handeln. Ueber wichtige Lohnkämpfe muß natürlich auch Mitteilung gemacht werden. — Selbst „im Werden begriffene Dinge“ würde ich im Gegenfug zum „Vorwärts“ noch recht gerne mitgeteilt sehen. Es ist nicht immer nötig, daß die bürgerliche Presse zuerst Lärm schlägt und wir dann unsere Betrachtungen über die „Dinge“ aus den Rücken der norddeutschen Diplomatie und Regierungslust anstellen, im Nachrichtenbureau können selbstverständlich nur routinierte Genossen tätig sein, die mit sicherem Blick sofort das Richtige vom Falschen, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden vermögen. Alle Mittel, unsere Preßverhältnisse zu verbessern, werden aber nur unvollkommen bleiben, wenn es nicht gelingt, in der Provinzpresse stärkere Leistungen der Redaktionen zu erzielen. Es muß eine bessere Arbeitsteilung stattfinden, den Redakteuren muß Zeit zum Studium und zur eigenen Behandlung der Fragen bleiben, die „ihnen am besten liegen“. Ganz richtig heißt es in dem diesbezüglichen Artikel im „Vorwärts“: „Man soll auch als Redakteur Lehrend lernen.“

Der Parteitag gebe, wenn ihm das Preßbureau eine zu gemagte Einrichtung erscheint, dem Parteivorstand die Mittel, um den Provinzzeitungen einige Zusätze zu den Redaktionssets zu gewähren zu können. Unsere Presse, namentlich die der Provinzorte, muß aktueller werden, muß es hinsichtlich der Anordnung des Stoffes und der Behandlung der schwebenden Tagesfragen mit der bürgerlichen Presse aufnehmen können. Kur keine Schablone, sondern individuelle Betätigungsmöglichkeit für die Redakteure. Unsere Presse darf nicht pedantisch und schweffelhaft daherkommen, nicht als Kompendium der modernen Sozialwissenschaften und profunder Gelehrsamkeit dem Durchschnittsleser entgegengetreten, sondern als fröhlicher Vortrags einer neuen, werdenden Menschheit, der uns auf allen Gebieten des modernen Lebens trefflich unterrichtet und täglich an der Hand konkreter Beispiele nachweist, daß das deutsche Volk zur festen politischen Arbeit erst errogen werden muß. Aber mit dem Preßbureau — Vorsicht!“

Genosse M. A. stimmt uns also darin zu, daß die Sache einzuwickeln noch nicht sprechreif und deshalb Vorsicht geboten ist. Auf seine positiven Anregungen werden wir später noch in allgemeinerem Zusammenhang zurückkommen.

Das „Volksblatt für Anhalt“ hält die Bedenken gegen das Bureau für unbegründet, ohne diese Bedenken einer Widerlegung zu würdigen. Dagegen schreibt das Blatt:

„Es gibt eine Abhängigkeit kleinerer Parteiblätter von den größten, die sehr gefährlich ist. Wer als Redakteur eines kleinen Parteiblattes gleichzeitig Korrespondent etwa für die „Leipziger Volkszeitung“ ist, von dem ist leicht zu vermuten, daß er dafür auch ein Echo der „Leipziger Volkszeitung“ bildet, wenn die letztere in einer Parteifrage Stellung nimmt. Oder muß der Betreffende nicht andersfalls, falls er gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ernstlich Stellung nehmen sollte, damit rechnen, daß man auf seine zur Auffassung der „Leipziger Volkszeitung“ gar nicht recht passende Mitarbeit verzichtet? Hier ist die Möglichkeit — wir sagen nur die Möglichkeit —

Zeit zu einer Wirkung des Großkapitals innerhalb unserer Parteipresse gegeben, die zu einer höchst schlimmen Korruption führen kann.“

Man sieht, diejenigen, die gern von „Gespensterei“ anderer sprechen, sehen zuweilen selbst am hellen Tage Gespenster!

Über das Anhalten „Volksblatt“ sollte doch auch ein Bedenken: Wenn schon die für ein größeres Parteiblatt korrespondierenden Redakteure der Möglichkeit ausgelegt sein sollen, in politische Abhängigkeit zu geraten, läge eine solche Gefahr etwa dann nicht vor, wenn dieselben Redakteure für das offizielle Zentral-Nachrichtenbureau Korrespondenzen lieferten?

Der Artikel des Genossen Bebel in Nr. 208 des „Vorwärts“ enthält einige stützende Druckfehler.

In 2. Absatz Zeile 8 muß es heißen „jener Verhandlungen“ statt „zwei Verhandlungen.“

In der 2. Spalte Absatz 4 Zeile 2 muß es heißen, daß Männer, die ein Jahrzehnt und mehr „starr“ „noch“.

Die Parteipresse über den Internationalen Sozialistischen Kongress.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

IV. „Volksstimme“ (Mannheim): \*

... Eine Agitation unter den Soldaten, wie sie Herde wünscht, brächte uns massenhafte Anklagen auf Hochverrat und erforderte somit massenhafte Opfer, die zudem unnütz gebracht würden. Die bei der Bekämpfung des Militarismus einzuschlagende Taktik bestimmen nicht wir, unsere Gegner zwingen sie uns auf. Die Augen offen halten und die Köpfe der jungen Leute mit unsern Ideen erfüllen, noch ehe sie zum Militärdienst gezwungen werden, das ist unsere Hauptaufgabe im Kampf gegen den Militarismus. Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, die Soldaten für ein Ideal zu begeistern, die Möglichkeit, daß die Soldaten nach dem Warum des Krieges fragen, nimmt dem Militarismus die Wurzeln seiner Kraft. ...

Die Gewißheit, daß das Proletariat das Maximum seiner Kraft anwenden wird, um einen Krieg zu verhindern, bietet allerdings noch keine Gewähr für den Frieden; denn es können die Machthaber zur richtigen Beurteilung unfähig sein, einen siegreichen Ausgang anzunehmen und können zum Kriege treiben, um ihre Position zu befestigen. In diesem Falle bedeutet die Kriegserklärung den passiven Widerstand wenigstens eines Teiles des Proletes, wenn nicht gar die Militärrivolte mit nachfolgender Revolution wie in Russland. Schon allein die Tatsache, daß die Frage des Militarismus und des Krieges auf dem Weltkongress des internationalen Proletariats in dem Sinne, wie gesehen, verhandelt und volle Einmütigkeit über die eventuell anzuwendenden Mittel erzielt werden konnte, zeigt den Herrschenden mit Flammenschrift, daß die Zeiten vorüber sind, wo für die Völker unter allen Umständen das Schiedsrichterwort galt: „Ave Caesar, morituri te salutant!“

„Volksfreund“ (Karlsruhe):

... Wie in so mancher anderen Frage steht auch in dieser der absoluten Uebereinstimmung hinsichtlich des Zieles, die Verschiedenartigkeit des Kampfes an sich in den verschiedenen Ländern entgegen. Man kann bei allen diesen Problemen nicht im voraus ein für alle Völker und Verhältnisse fest umgrenztes Aktionsprogramm aufstellen. Die historische Entwicklung ist in den verschiedenen Ländern nicht dieselbe und was in dem einen Lande von Nutzen sein kann, könnte in einem anderen Lande unbedenklichen Schaden verursachen.

Die vom Stuttgarter Kongress über diese Frage beschlossene Resolution legt das Proletariat in seinen Aktionen gegen den Militarismus und gegen den Krieg nicht fest, es schließt aber auch keine bestimmte Aktion aus. In ihr kommt der feste Wille des Proletariats zum Ausdruck, mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Macht den Kampf gegen den Militarismus zu führen und Kriege soweit als überhaupt möglich zu verhindern. Der Friede läßt sich nur garantieren, wenn das Proletariat in allen Ländern die Macht besitzt, Kriege zu verhindern. Jedes Stück Macht, von welchem das Proletariat Besitz ergreift, bedeutet einen großen Schritt näher zum garantierten internationalen Völkerfrieden. Der Militarismus verliert an Macht in demselben Maße, in welchem das Proletariat solche gewinnt. Wir können den Kampf gegen den Militarismus nicht wie Herde gemeint hat, uniformieren, wohl aber in bewußten klaren Zusammenhang bringen. Und das hat der Stuttgarter internationale Sozialistenkongress getan. Mehr konnte er in dieser Frage nicht tun.“

„Frankfurter Tagespost“ (Barnberg):

Schon die Stimmung des Saales zeigte am Sonnabend früh, daß man die Einigung über die Resolution gegen den Krieg und gegen den Militarismus nicht als ein äußerliches Ergebnis parlamentarischer Geschäftlichkeit auffaßte, sondern als den Sieg derer, welche die äußerste, tatkräftigste Entschlossenheit zum Kampf für den Weltfrieden zu organisieren forderet. Hier war wirklich einmal edelster und fruchtbarster Realismus zu erleben. Die Stimmung, die nach Widerstand mit allen Mitteln verlangte, hatte die zwar nicht Widerstrebenden, aber noch Zaudernden schließlich mitgerissen. Die Einheit war weder durch einen faulen Kompromiß, noch durch die Unterwerfung wider besseres Wissen herbeigeführt worden, sondern lediglich durch die Gewalt der Sache selbst, zu der im Grunde sich alle bekannten, wenn auch manche gegen die Formen formelle Bedenken hatten.

Diese lange Resolution war keine papierne Zusammenfassung verschiedenartiger Wünsche, sondern die einheitliche Demonstration eines machtvollen Willens, hinter dem Millionen des Proletariats aller Kulturländer stehen. ...

„Münchener Post“:

... Banderwilde gab in meisterhafter Rede den Bericht der Kommission. Die Taktik der deutschen Sozialdemokratie dem Militarismus gegenüber, in der Kommission von Bebel und Vollmar energisch und geschickt vertreten, fand in dem Berichte vollkommene Würdigung. Die französische Resolution wollte zur Verhinderung der völkermordenden Julusstürme eine Anzahl spezieller Mittel freigelegt wissen: Die Intervention, die öffentliche Aktion, den Generalstreik und die Infanterie.

In Einklang mit der Haltung der deutschen Gesamtpartei lehnten die Vertreter Deutschlands eine Festlegung auf diese und ähnliche Mittel entschieden ab. Es schien zeitweise, als ob aus dieser Haltung eine Verständigung in der Kommission zu scheitern drohe. Dann gelang es aber, der Resolution eine Fassung zu geben, die den Verhältnissen der einzelnen Nationen Rechnung trug. Die Kommission begnügte sich aber mit dieser Resolution allgemein auszudrücken, daß die arbeitende Klasse jeder Nation im entscheidenden Augenblick das Maximum seiner Kräfte dem Militarismus und dem Krieg entgegenzusetzen hat und nach eigenem Ermessen die Mittel zu wählen und anzuwenden, die ihr die besondern Verhältnisse vorschreiben und ermöglichen.

Selbst der ungestüme Gustave Hervé mußte sich überzeugen, daß den besondern Verhältnissen der einzelnen Nationen Rechnung zu tragen ist. So wurde denn der Boden zu einer allgemeinen

\* Ist in der Uebersicht der Preßstimmen zur Kolonialpolitik in Nr. 208 des „Vorwärts“ durch einen Druckfehler in „Volksstimme“ (Köln) verwandelt worden.

Verständigung geendet. Daß sie schließlich gelang, ist nicht zum wenigsten der besonnenen und ruhigen tatsächlichen Haltung unserer Genossen Rebel und Bollmar zu danken."

### „Schwäbische Tagwacht“:

„Die Stuttgarter Militärresolution ist eine geschichtliche Kunde, sie zieht nicht nur die Summe sozialistischer Erkenntnis, sondern sie ist selbst ein Mittel, diese Erkenntnis in die Wirklichkeit überzuführen. Sie ist inhaltreicher, kräftiger und zielbarer geworden, als die verschiedenen Anregungen, auf denen sie beruht. In der gemeinsamen Verständigung lösten sich nicht nur die Gegensätze, sondern steigerte sich auch die Kraft dieses Geistes der Völkerverbrüderung.“

In der Resolution, mit deren Annahme der Stuttgarter Kongress sein Werk beschließen wird, vereinigen und durchdringen sich die Anträge Rebels, Baillants-Laurès und der Russen. Und diese logische und sachliche Verschmelzung führte so wenig zu einer Verdünnung des antimilitaristischen Geistes, daß selbst Percey ihr zustimmen konnte.“

## Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Kreisstag, so berichtet man und unterm 8. September aus Halle a. S., fand am Sonntag im „Volkspark“ statt. Anwesend waren 70 Delegierte aus Stadt und Land des Saalekreises, sowie die Vertreter der Parteifunktionäre. Trotz allem „Wiederholungs“ wurde ein kräftiges Vorwärtsschreiten der Bewegung konstatiert. Das „Volkblatt“, das bekanntlich von dem Auge des Geistes sehr scharf beobachtet wird, hat im letzten Jahre um rund 5000 Abonnenten zugenommen. Genosse Kunert-Vorlin referierte unter Beifall über den Tagesordnungspunkt: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?“ und kam zu dem Schluss, es liege kein Anlaß vor, wegen des Ausfalls der letzten Reichstagswahl den Mut sinken zu lassen oder gar das Programm beziehungsweise die Taktik zu ändern. Tue ein jeder seine Pflicht, dann habe man den Ausgang der nächsten Reichstagswahl nicht zu scheuen. — Der Monatsbeitrag für den sozialdemokratischen Verein wurde von 25 auf 30 Pf. erhöht. — Als Delegierte zum Parteitag in Essen wurden die Genossen Bezirkssekretär Drecher und Kunert-Vorlin, zum Kreisparteitag Genosse Parteisekretär Tabert gewählt.

Ein wissenschaftliches Organ der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Unsere tschechische und polnische Bruderpartei besitzt schon seit Jahren ein wissenschaftliches Organ neben den Tages- und Wochenblättern. Die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs entbehren bisher einer solchen Zeitschrift, die vor allem der Besprechung der spezifisch österreichischen Fragen dient, denen die im Deutschen Reich erscheinenden Zeitschriften nur selten Raum gewähren können. Unsere Genossen Otto Bauer, der Verfasser von „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, Adolf Braun, sozialpolitischer Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, und Reichstagsabgeordneter Karl Renner, der unter dem Pseudonym Rudolf Springer und O. W. Payer bekannte Schriftsteller, haben sich vereinigt, ein solches populär-wissenschaftliches Organ herauszugeben. Es erscheint vom 1. Oktober an unter dem Titel: „Der Kampf“, Sozialdemokratische Monatschrift. Verlag und Verwaltung: G. Emmerling, Wien VI, Mariahilferstraße 80. Das Blatt, das im Einvernehmen mit der Parteiverwaltung und Gewerkschaftskommission herausgegeben wird und an dem alle in der Partei und Gewerkschaftsbewegung betätigten Vorläufer der österreichischen Sozialdemokratie mitarbeiten werden, wird die kämpfende Arbeiterklasse Oesterreichs auf all ihren Wegen begleiten und den Problemen des gesellschaftlichen Kampfes und der genossenschaftlichen Organisation nicht weniger Aufmerksamkeit schenken als den großen Aufgaben des politischen und kulturellen Befreiungskampfes des Proletariats.

Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die Probleme der demokratischen Umgestaltung des Staates und der Regelung der nationalen Verhältnisse im Staate sowohl wie in den Organisationen sollen von Sachkundigen besprochen werden. Eine Hauptaufgabe des Blattes soll es sein, den in der Agitation tätigen, allen geistig misstrauenden und auf ihre Weiterbildung bedacht Genossen das wissenschaftliche Material für den Tageskampf zu liefern.

Die Zeitschrift erscheint zu Beginn jeden Monats im Umfang von 48 Seiten und kostet per Nummer 50 Heller, per Jahrgang 6 Kronen.

### Pollzeiliches, Verächtliches usw.

Noch nicht ganz verpufft. Vor einigen Tagen haben wir nach dem „Volkblatt für Gotha“ gemeldet, daß fünf Genossen im Herzogtum Gotha, gegen die auf Antrag des Staatssekretärs der Kolonien Dornburg seinerzeit eine Untersuchung wegen Beleidigung von Kolonialbeamten und Schutztruppel eröffnet war, die sie angeblich durch Reden bei der Reichstagswahl begangen haben sollten, die Nachricht zuzug, das Verfahren sei eingestellt. Die Untersuchung aber hatte sich auf weitere drei Genossen erstreckt. Diese, die Genossen Vogt, Zentgraf und Keller, haben jetzt die Anklageschrift erhalten.

Das „Volkblatt“ bemerkt dazu: „Wir sind sehr gespannt darauf, ob das hiesige Landgericht wirklich beschließen wird, das Hauptverfahren wegen Wahlfreden zu eröffnen, die jetzt neun Monate hinter und liegen und wegen Verurteilungen, die, wenn sie überhaupt gefällen sind, nur hypothetisch gebraucht wurden und in Reichstagsberichten, sowie in fast der gesamten Presse, die bürgerliche eingeschlossen, unbeanstandet vorgebracht wurden.“

Die ganze Anklage steht nach alledem auf sehr wackeligen Füßen und dürfte bei der öffentlichen Verhandlung in sich selbst zusammenfallen.“

### Stipendiat des Reichslägerverbandes — 300 M. Geldstrafe.

In Dornburg (Anhalt) fanden im März d. J. die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse statt. Die Reichsverbandspresse betrachtete diese Wahl als eine willkürliche Fortsetzung der Jagd auf Notwid vom 25. Januar. Das allgemeine Niederreiten wurde in neuer Auflage betrieben und in den Mitteln war man keineswegs wahllos. Eine eigene und lieblichen der Unternehmer zu diesem Zweck gegründete gelbe Gewerkschaft sollte die bisherige Vertretung aus dem Sattel heben. In der Abwehr bedrängte das Kartell ein Flugblatt, in welchem der „Anhalter Kurier“ als Preisrichter der Gelben, als Stipendiat des Reichslägerverbandes bezeichnet wurde. Daraus fühlten sich der Verleger sowie der Redakteur des genannten Blattes beleidigt und der Kassierer des hiesigen Kartells, Genosse Heil, welcher das Flugblatt verantwortlich gezeichnet hatte, wurde vor den Rudi geschleppt. Obwohl in einem zweiten Flugblatt wie auch vor Gericht ausgeführt wurde, daß mit dem Wort „Stipendiat“ keineswegs der Empfang von Geldmitteln ausgedrückt werden sollte, sondern damit die Verwendung der Reichsverbands-Korrespondenz gemeint sei, fühlten sich beide Kläger „schwer beleidigt“ und Genosse Heil wurde zu 300 Mark Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis verurteilt.

Bezüglich für die Kläger ist, daß sie zugeben, diese „Reichsverbands-Korrespondenz“ zu verwenden, wie auch, daß der „Anhalter Kurier“ wenige Tage später dem Genossen Peus vorwarf, er besäße eine Chamäleonartige Gesinnung und würde seine Schreibweise nach der Höhe der Bezahlung einrichten. Gewiß würdige Vertreter der Libertarier.

## Aus Industrie und Handel.

### Rebenzuckerzeugung im Bergwerksbetriebe.

Welche Bedeutung die Erzeugung von Nebenprodukten im Bergwerksbetriebe erlangt hat, zeigen folgende Angaben des „Waldau“ über die Gewinnung von Ammoniak, Teer und Benzol im Obergamtsbezirk Dortmund.

Die Erzeugung von schwefelsaurem Ammoniak erhöhte sich im letzten Jahre von 98 000 Tonnen in 1905 auf 144 800 Tonnen, d. h. um mehr als 45 Proz. Da auf 1 Tonne Ammoniak im Durchschnitt 2 1/2 Tonnen Teer entfallen, wurden 1906 im Obergamtsbezirk Dortmund r. 300 000 Tonnen Teer erzeugt gegen r. 247 000 Tonnen im Vorjahre. Die Benzolgewinnung erhöhte sich von 10 800 Tonnen auf 28 400 Tonnen. Im Jahre 1899 wurden erst 45 761 Tonnen Ammoniak gewonnen, im Jahre 1904 wurden 82 000 Tonnen. Die Teerproduktion erbrachte im Jahre 1904 158 137 Tonnen, während die Benzolgewinnung dieses Jahres 16 104 Tonnen ergab.

**Viehpreise.** Ein Vergleich der am letzten Viehmarkttag (7. d. M.) auf dem städtischen Viehhoft geforderten Preise mit den am gleichen Tage des Vorjahres gefällten Preisen zeigt, daß mit Ausnahme der für Hammel, die Preise niedriger sind. Jedoch ergibt sich gegen den gleichen Markttag im Jahre 1905 mit Ausnahme für Bullen und Schweine ein Dinaufgehen der Preise. Die Durchschnittspreise waren am letzten Sonntagabend für Ochsen 146,00 M. (1905 — 158,00 und 1906 — 187,00 M.) für 100 Kilogramm Schlachtgewicht, für Bullen 134,00 M. (1905 — 152,00 M. und 1906 — 185,00 M.), für Ferkel und Käse 127,00 M. (1905 — 132,00 M. und 1906 — 135,00 M.) für Ferkel 146,00 M. (1905 — 161,00 M. und 1906 — 143,00 M.), für Hammel 161,00 M. (1905 — 156,00 M. und 1906 — 152,00 M.), für Schweine (100 Kilogramm Lebendgewicht mit 20 Proz. Lard) 122,00 M. (1905 — 138,00 und 1906 — 134,00 M.).

**Der Kruppische Staat.** Die Zahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen betrug nach der Ausnahme vom 1. Januar d. J. einschließlich 5739 Beamten 64 851. (Am 1. April 1906 waren es einschließlich 5065 Beamten 62 553). Von diesen 64 851 entfallen auf die Gussstahlfabrik Essen mit den Schießplätzen 85 745 (85 877), das Grusonwerk in Werdau 4788 (4808), die Germania-Werke in Kiel 8510 (8961), die Kohlenzechen 9802 (8984), die Hüttenwerke bei Rheinhausen 5006 (4228), das Stahlwerk Annen 851 (870) und auf die Eisensteingruben 4688 (8923).

**Verstaatlichungspläne.** Wie uns aus Chemnitz berichtet wird, hat das sächsische Finanzministerium mit der Direktion der Gussstahlfabrik Döhlen bereits eingehende Verhandlungen gepflogen zwecks Verstaatlichung des Werkes. Eine Basis für die Uebernahmebedingungen soll bereits festgelegt sein, nur über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der Staat die Beamten in seinen Dienst übernimmt, ist noch keine Verständigung erzielt worden. Das Werk hat im Geschäftsjahre 1905/06 für 7 815 747 M. Produkte abgesetzt. Es werden hauptsächlich Schienen für Vollbahnen, Miltenschiene, Grubenmaschinen, Stangen in Stahl, Schmiede- und Fassonstahl, Stahlfedern für Eisenbahnbedarf fabriziert. Das Unternehmen arbeitet mit 3 750 000 M. Aktienkapital und 2 250 000 M. Anleihen.

**Ueber die Folgen der Zollserhöbungen im Wirtschaftsleben** sagt der Bericht der Handelskammer zu Stralsburg für das Jahr 1906 folgendes:

„Die Teuerung der Rohstoffe hat überall eine große Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zur Folge gehabt. In Deutschland ist diese Teuerung empfindlich gesteigert worden durch die am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zollserhöbungen sowohl auf viele Rohstoffe wie vornehmlich auf Nahrungsmittel. Die Fleischpreise sind unter dem doppelten Einfluß der hohen Rölle und der Grenzpreisen weiter in die Höhe gegangen. Wenn die Wrotpreise im Berichtsjahre noch nicht im gleichen Maße gestiegen sind, so war dies dem Umstande zuzuschreiben, daß die Getreidepreise auf dem Weltmarkt dank reicher Ernten noch niedrig blieben, und andererseits, daß im Hinblick auf die Zollserhöhung noch vor dem Intrastritten große Vorräte eingeführt worden waren. . . . Bisher sehr bedeutende Absatzgebiete, die Schweiz und Oesterreich-Ungarn, sind für zahlreiche Produkte der eisässischen Industrie durch unerwünschte Rölle vollständig verschlossen worden. Der Verlust wird sich beim Rückgang der guten Markttag im Inlande in erheblicher Weise fühlbar machen.“

Das sind alles alte Wahrheiten, die von den Sozialdemokraten schon oft und besonders vor Annahme des Zolltarifs gesagt worden sind, daß es eigentlich unnötig erscheinen könnte, sie besonders hervorzuheben. Es ist aber angebracht, Beobachtungen aus Fachkreisen weiter zu verbreiten, weil „Prophezeiungen“ der Sozialdemokraten bei den Regierenden und Besserwissern belächelt nicht beachtet werden.

Für unausbleiblich erklärt es der Bericht, „daß bei diesem Stande der Lebensmittelpreise, der notwendigerweise auch eine Verteuerung der übrigen Bedarfsartikel nach sich zog, in der Industrie eine allgemeine Erhöhung der Arbeitslöhne eintreten mußte — zum Teil nach schweren Kämpfen.“

Die Handelskammer setzt sich mit dieser Anerkennung, daß eine Erhöhung der Löhne unausbleiblich war und eintreten mußte, in Widerspruch mit dem gewöhnlichen Standpunkt der Unternehmer, die die Forderungen der Arbeiter auf höhere Löhne meist für ungerechtfertigt erklären und die Arbeiter in die Lohnkämpfe hineintreiben.

### Getreidepreise.

Noch im Januar dieses Jahres standen Roggen und Weizen niedriger als im Jahre 1906. Der Februar war dann der erste Monat, von dem ab das laufende Jahr höhere Preise zeigt als das Vorjahr. Viel rascher und erheblicher als der Preis des Weizens ist der Roggenpreis in die Höhe gegangen. Er stellte sich im Großhandel Berlins per Tonne auf 171,98 im Februar 1907 gegen 163,70 im gleichen Monat 1906 und 140,85 im Februar 1906. Im März trat nochmals eine kleine Erniedrigung ein; von da ab geht der Preis unaußgesetzt und im Mai sogar härmlich in die Höhe. Der Tonnenspreis betrug für Roggen in den Monaten

	März	April	Mai	Juni	Juli
1905	139,84	141,88	151,80	152,14	153,78
1906	161,07	162,68	161,54	167,52	155,86
1907	170,94	175,98	199,89	203,24	205,05

Im Juli stand also der Roggenpreis um fast 80 Prozent höher als im Juli 1906. Nicht ganz so stark, aber doch ebenfalls ungewöhnlich kräftig ist der Weizenpreis und zwar ohne Unterbrechung von Januar ab gestiegen. Mit 179,83 Mark pro Tonne setzte im Großhandel Berlins der Januarpreis ein und stieg bis auf 208,74 Mark im Juli, während 1906 in der nämlichen Periode der Preis unter Schwankungen von 182,52 Mark auf 181,69 zurückgegangen war. Gegen 1906 beträgt die Juli-Steigerung rund 15 Prozent, also die Hälfte der Roggensteigerung.

## Soziales.

### Zum Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Zu dem unausgesehenen Kampf des Unternehmertums und der Wohlhabenden gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen liefert folgender Fall eine Illustration, den wir der Nr. 10 der „Volkswirtschaftlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ entnehmen.

In der gemeinsamen Ortskrankenkasse Koburg machte sich die Anstellung eines Kassenskontrollieurs notwendig. Generalversammlung und Vorstand beschloßen die Anstellung eines solchen mit 1800 Mark Jahresgehalt. Der Vorstand wählte am 17. Mai einstimmig den Wiltbergesellen Krauß. An der Vorstandswahl hatten trotz Einladung die Arbeitgeber nicht teilgenommen. Mit Krauß wurde am 1. Juni auf ein Jahr mit dreimonatlicher Kündigungsfrist ein Anstellungsvertrag abgeschlossen. Wegen die Anstellung protestierten die beiden Arbeitgeber Gempel und Falzer. Sie begründeten den Protest wie folgt: Gempel hatte in der Generalversammlung ausgeführt, „der Kontrollieur solle von jeder politischen Partei losgelöst und vollständig selbständig sein“, Falzer hatte betont, „der

Krankenkassenkontrollieur solle weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein“. Krauß sei aber Sozialdemokrat und sei bis zu seiner Wahl Arbeitnehmer gewesen. Der Koburger Magistrat als Aufsichtsbehörde verfügte darauf, den Krauß nicht anzustellen, sondern einen anderen Kontrollieur zu wählen. Die Ausführungen der Arbeitgeber sah die der Magistrat als Beschluß der Generalversammlung auf und erachtete sich, obwohl das Krankenkassengesetz der Aufsichtsbehörde kein Recht gibt, in die Art der Ausführung eines Beschlusses einzugreifen, dies vielmehr allein der Generalversammlung zusteht, zu diesem Eingriff in die Selbstverwaltung für befugt. Der Gedanke scheint dem Magistrat gar nicht gekommen zu sein, daß selbst ein solcher Beschluß, wie sich ihn die Generalversammlung insinuiert und wie diese ihn nicht gefaßt hätte, so unsinnig und die Arbeiter beleidigend wäre, daß seine Ausführung unmöglich wäre. Der Vorstand der Kasse beschritt darauf den ihm durch § 45 Abs. 6 des Krankenversicherungsgesetzes eingeräumten verwaltungsgerichtlichen Abweg.

Das Ministerium nahm an, es sei, da die Arbeitgeber behaupten, die Generalversammlung hätte ihre Ausführungen zum Antrag erhoben, nicht klar, ob das Protokoll nicht irre und traf den minder salomonischen als kurzweiligen Beschluß: Das Ministerium könne zurzeit „keine Entscheidung treffen, sondern es habe dem Magistrat die Sache zur nochmaligen Abstimmung seitens der Generalversammlung übergeben: innerhalb vier Wochen soll eine Generalversammlung einberufen werden, anderenfalls würde der Magistrat sie einberufen, in welcher abgeklärt werden solle, ob es sich um einen Antrag oder bei der Formulierung des Antrages oder nach der Abstimmung die Ausführung des pp. Gempel zum Antrag erhoben sei.“

Wislau glaubten wir, Schöppensiedt liegt nicht in Koburg. Wir scheinen uns geirrt zu haben, wenigstens soweit Entschlieungen in Frage kommen, die über das Selbstverwaltungsrecht der Kassen ergehen sollen. Es wäre ja ein entsetzliches Unglück für Koburg, wenn als Kassenskontrollieur ein simpler ehemaliger Wiltbergeselle, und gar noch einer mit sozialdemokratischer Gesinnung und der Fähigkeit zur Ausübung des Kontrollieurspostens eingestellt würde.

### Lehrermangel.

Zum Lehrermangel in Preußen schreibt die „Korrespondenz des deutschen Lehrervereins“:

„Auf keinem anderen Verwaltungsgebiete herrscht ein derartiger Mangel an Arbeitskräften als auf dem Schulgebiete. Post, Eisenbahn, Steuer, Regierung, kommunale Verwaltungen haben stets mehr Anwärter zur Verfügung als sie brauchen; ja, hier übersteigt oft das Angebot die Nachfrage in solchem Maße, daß in der letzten Zeit, um dem Andrang zu steuern, von der Bildungsbehörde Gebrauch gemacht werden mußte. Was diesen Ueberfluß an Bewerber hervorgerufen hat, das deutet der Geh. Reg.-Rat Th. Voigt in seinem in Nr. 3 der Zeitschrift „Vom Reiz zum Reiz“ erschienenen Artikel: „Teuerung und Beamtengehalt“ mit den Worten an: „Darin, daß der Beamte nicht genügend sein soll, dem Geld nachzulaufen, daß er der Sorgen ums Dasein überhoben sein soll, beruhen der Glanz der Beamtenstellung und die Hauptursache des starken Zubrangs zu ihr.“ Und in der Tat haben Staat und Gemeinden, Regierung und Parlament stets rechtzeitig Vorsorge getroffen, daß dieser „Glanz“ den Beamten erhalten blieb und so auch jedem etwaigen Kandidatenmangel vorgebeugt. Wie steht es aber mit diesem „Glanz“ bei den Volksschullehrern, von denen die vielen Tausende, die auf das Mindesteinkommen gesetzt sind, jährlich 800 bis 2100 M. weniger als die Verwaltungen, 500 bis 1720 M. weniger als die Gerichtsfunktionäre erhalten, mit denen sie sich hinsichtlich ihrer Vorbildung und ihrer Arbeit doch wohl ohne Ueberhebung vergleichen dürfen? Dies Verhältnis ist es, was die denkenden, für das Wohl ihrer Kinder besorgten Familienväter entmutigt, ihren männlichen Nachwuchs dem Lehrerberuf zuzuführen. Für sie ist die Frage: Was soll der Junge werden? ein einfaches Rechenexempel. Sie sagen sich mit vollem Recht: Die Ausbildungskosten für den Lehrerberuf sind trotz der nachstehenden Unterhaltungen, die den angehenden Lehrern zufließen, nicht geringer als die für die mittlere Beamtenlaufbahn, bei der es auch nicht an Unterhaltungen fehlt. Hier wird den Beamten ein standesgemäßer Lebensunterhalt gewährt, während die Lehrer mit ihrem niedrigen Einkommen kaum den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten können und deshalb gezwungen sind, auch nach ihrer Anstellung aus der Tasche ihres Vaters zu leben oder Jagd auf Nebeneinkommen zu machen, die ihre Kräfte frühzeitig aufreiben. Das Amt ernährt hier nicht den Mann, und darum nehmen sie als einsichtige Väter ihrer Kinder Abstand, ihre Söhne Lehrer werden zu lassen. Wenn der Lehrerberuf in rechten Schwung kommen soll, wenn er so begehrterwert gemacht werden soll, daß die tüchtigsten Kräfte sich ihm zuwenden, so kann es nur dadurch geschehen, daß bei der bestehenden Reuegelung der Lehrerbefolgung ganze Arbeit gemacht wird, daß hierbei die Grundzüge zur Richtschnur dienen, die für die Besoldung der mittleren Staatsbeamten maßgebend sind. Hoffentlich gelingt es dem neuen Kultusminister, auf diesem Gebiete etwas Durchgreifendes zu schaffen. Dann, aber auch nur dann, wird es ihm möglich sein, den Lehrermangel bald zu beseitigen und das „agitatorische Schlagwort vom Lehrermangel“ zum Verschwinden zu bringen.“

Die Ausführungen des Organs des Lehrervereins sind durchaus zutreffend. Aber ist nicht der Lehrerstand selbst an den schlechten Besoldungsverhältnissen und an der Tiefstellung der Lehrer nach sozialer und geistiger Richtung hin schuld? Hat er nicht in zu ganz überwiegendem Teil den konservativ-liberalen Block gestützt, der den Lehrer so tief wie denkbar ganz im Sinne der Studienthurn Auffassung oder seines Nachfolgers admet und die Aufgaben eines Pferdewarthers für sozial wichtiger hält als die eines Bildners der Jugend des Volkes?

### Abwärtswendung auf dem Lande.

Besonders eindringlich weisen die Verhältnisse Oelbiens auf die Notwendigkeit eines reichsgesetzlichen Verbotes der Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben hin. Die in diesem Sommer herrschende regnerische, die Erntearbeiten sehr erschwerende Witterung hat vielfach zu Anträgen an die Aufsichtsbehörden Veranlassung gegeben, daß die Sommerferien verlängert werden möchten. Diesen Anträgen ist auch meist unter der Bedingung stattgegeben worden, daß die Sommer- und Herbstferien nicht über sechs Wochen betragen dürfen. Dagegen hat die Allensfelder Regierung die Ortschulinspektoren ermächtigt, in unmittelbarem Anschluß an die Sommerferien zur Hilfeleistung bei der Ernte, soweit ein dringendes Bedürfnis hervortritt, den über zehn Jahre alten Schulkindern ihrer Inspektion bis zu zehn Tagen Urlaub zu erteilen. Da in manchen Forsten die Sommerferien in bedrohlichem Maße aufgetreten ist, so werden die Schulkinder vielfach in die Wälder geschickt, um diese schädlichen Insekten zu sammeln und zu töten. Die geistige und körperliche Ausbildung der Kinder leidet ungeborener unter dem schädlichen Mißbrauch der kindlichen Arbeitskraft. Richt selten weisen bedauerliche Unglücksfälle darauf hin, daß Staat und Gesellschaft in diesem Punkte eine nicht länger aufzuschiebende Verpflichtung zu erfüllen haben. So kamen in letzter Zeit, wie wir der „Korrespondenz des deutschen Lehrervereins“ entnehmen, zwei elfjährige Schüler in Oppreuzen ums Leben; der eine stürzte beim Riegelfahren vom Wagen und geriet mit dem Kopfe unter ein Rad, der andere erlitt beim Pferdetränken in einem Teiche. Ferner erlitten zehn Kinder, die tagsüber auf einem weidwärtigen Gute mit Rübennetzen beschäftigt waren und abends nach dem Städtchen heimgeführt wurden, dadurch, daß der Wagen umfiel, mehr oder weniger starke Verletzungen, wie Rippen-, Arm- und Beinbrüche; eines der Kinder ist sogar gestorben. Es dürfte endlich an der Zeit sein, nicht nur

wie die erwähnte Korrespondenz fordert, das Verantwortlichkeitsgefühl derer, die Kinder in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigen, durch gesetzliche Bestimmungen zu stärken, sondern ein reichsgesetzliches Verbot der Beschäftigung von Kindern in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu erlassen. Als das Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 — eine kleine Abschlagszahlung auf die seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie erhobene Forderung der Verbotung jeder Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren — verabschiedet wurde, gelang es leider nicht, die entgeltliche Beschäftigung von Kindern im Gekindedienst und den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchzusetzen. Es gelangte nur folgende Resolution zur Annahme:

„Den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, zum Zwecke von Erhebungen über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalt (Aufwartung, Kinderpflege und dergleichen) sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, ihre Gründe, ihre Vorzüge und Gefahren, insbesondere für Gesundheit und Sittlichkeit, sowie wegen zweckmäßiger Bekämpfung dieser Gefahren mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten und die Ergebnisse der vorgenommenen Erhebungen dem Reichstage mitzuteilen.“

Die geforderte Denkschrift ist bislang dem Reichstage noch nicht zugegangen. Die Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft ist außerordentlich weit verbreitet. Die Berufsstatistik von 1906 zählte 214 064 erwerbstätige Kinder unter 14 Jahren, darunter 135 126 in der Landwirtschaft beschäftigte auf. Diese Zahlen bleiben hinter der Wirklichkeit weit zurück. Allein die Zahl der Güterkinder wurde schon vor Jahren von sachverständiger

Seite auf gegen 100 000 allein für Ostelbien geschätzt. Das leibliche und geistige Wohl der Kinder fordert gebieterisch Abhilfe gegen die „nationale“ Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft.

Arbeiter als Schöffen. Die Elberfelder Behörde hat in diesem Jahre zum ersten Male den Versuch gemacht, Arbeiter als Schöffen zuzulassen. Der Versuch ist glänzend gelungen, denn es wurde den einzelnen Gewerkschaften empfohlen, dem Arbeiterssekretär die Namen geeigneter Personen mitzuteilen, um dem Gericht eine Riste überreichen zu können. In einer Sitzung der Gewerkschaftskommission sprach man sich einstimmig dafür aus, doch auch fernere Arbeiter als Schöffen zugelassen werden sollten und daß auch bei den künftigen Auslosungen von Gewerkschaften Arbeiter berücksichtigt werden mögen. Letzteres ist allerdings bis jetzt noch nicht geschehen.

## Gerichts-Zeitung.

Das ruhende Flugblatt.

Wegen Verrichtung einer öffentlich bemerkbaren Arbeit am Sonntag war Genosse Rosafahl zu Dorinund auf Grund der westfälischen Verordnungs-Verordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Weil er am 30. Dezember 1908 Flugblätter verbreitet hatte. Beim Gehen über die Straße hatte er die Blätter über dem Arm. Die Verteilung erfolgte in den Häusern. Er legte Revision ein und berief sich darauf, daß er gegen Entgelt die Verteilung vorgenommen habe. Nach § 10 des preussischen Preßgesetzes in Verbindung mit § 80 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes bedürfe man

aber zur öffentlichen entgeltlichen Verteilung von Druckschriften überhaupt keiner polizeilichen Erlaubnis. Auch stände ihm § 48 Absatz 3 der Gewerbeordnung zur Seite, wonach eine Erlaubnis nicht erforderlich sei zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlabends.

Der Revisions-Strafensatz des Kammergerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Koffa verwarf aber das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Vorschriften über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage würden weber durch das Preßgesetz noch durch § 48 Abs. 3 der Gewerbeordnung berührt. Im übrigen handele es sich hier, wie Angeklagter ja auch selber sagte, um eine entgeltliche Dienstleistung. Das sei aber sicher eine Arbeit. Es sei auch eine öffentlich bemerkbare Arbeit gewesen, denn es habe jeder sehen können, wie Angeklagter die Blätter über die Straße und in die Häuser hineingetragen habe.

## Vermischtes.

Get vor dem Reichsgericht. Die Verhandlung über die Revision des zum Tode verurteilten Rechtsanwalts Hau wird, nach einer Meldung aus Leipzig, am 12. Oktober vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts stattfinden.

Eine große Feuersbrunst gerückte Sonntagabend in Reims eine Kolonialwarenniederlage. Der Materialschaden beträgt 300 000 Frank.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Dienstag, 10. September.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Manon.

Kgl. Schauspielhaus. Die Kabinen.

Deutsches. Minna von Barnhelm.

Kammerspiele: Frühlings Erwachen.

Berliner. Die tanzenden Mädchen.

Leitung. Wenn wir Loten erwachen.

Schiller O. (Wollner-Theater).

Der Herr Senator.

Schiller Charlottenburg. Götter von Berlin.

Friedrich. Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Winterschlaf.

Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsnacht.

Preuss. Ueber den Wassern. Komische Oper. Loten.

Westen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Casarinfieber.

Zentral. Orpheus in der Unterwelt.

Kleines. Vater und Sohn.

Westens. Haben Sie nichts zu verzollen?

Trianon. Fräulein Josefine — meine Frau.

Thalia. Ihre sechs Uhr. Dunkel.

Luisen. Die beiden Reichenmüller.

Bernhard Rose. Der große Unbekannte.

Metropol. Der große Unbekannte.

Neues Theater. Die tanzenden Mädchen.

Heber den Wassern. Morgen und folgende Tage: Heber den Wassern.

Kleines Theater. Zum 55. Male: Vater und Sohn.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Zum ersten Male: Winterschlaf.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

Invalidenstr. 57-58; Sternwarte.

Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr:

Großes

Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mk., von abends

6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter

10 Jahren die Hälfte.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr

Direktion: Richard Alexander.

Haben Sie nichts zu verzollen?

Schwanz in 3 Akten von

Walter Demmequin und Pierre Heber.

Robert de Triebell: Klug, Alexander.

Sonntag, den 15. September,

nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Luisen-Theater

Die beiden Reichenmüller.

Wittwoch: Gebildete Menschen.

Donnerst.: Die beiden Reichenmüller.

Freitag zum ersten Male: Carmen.

Schauspiel mit Gefang.

Sonabend: Turandot.

Sonntag nachmittag: Turandot.

Abends: Carmen.

Theater an der Spree

Röpenickerstraße 66.

Abends 8 Uhr:

Der Affenbiber.

Bilder aus dem Volksleben in Gesang

von D. R. A. I. I. I.

(Josefine Dora, Heinz Gordon, Marie

Grünwald-Höfeler.)

Bernhard Rose Theater

Dr. Frankfurterstr. 182.

Im Garten, Abt. 4 1/2 Uhr:

Das glänzende

September-Programm

Sperst 50 Pf., Entree 30 Pf.

Im Theater abends 8 1/2 Uhr:

Der große Unbekannte.

Sommerpreise.

Metropol-Theater

Heute Dienstag, den 10. bis inkl.

Freitag, den 13. September wegen

Vorbereitung zu der neuen Revue

Geschlossen.

Sonabend, 14. September 1907:

Zum 1. Male:

Das muß man sehen!

Große humoristisch-satirische

Jahres-Revue in 4 Akten und

15 Tableau von Julius Freund.

Musik von Viktor Hollander.

In Szene gesetzt von Direktor

Richard Schultz.

Gebr. Herrnfeld-

Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Anfang 8 Uhr.

Billetvorverkauf 11-2 Uhr.

Täglich: Die Novität

Madame Wig-Wag

Operetten-Burleske von Anton u.

Donat Herrnsfeld. Musik v. L. Thal.

Dazu die Separée-Küche

8s lebe das Nachtleben!

mit den Autoren Anton u. Donat

Herrnsfeld in den Hauptrollen.

„Das Lied der Liebe“ und das

„Anekdoten-Couplet“ aus der

Operetten-Burleske „Mad. Wig-

Wag“ sind im Theater sowie in

allen Musikhallenhandlg. zu haben.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wollner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr:

Der Herr Senator.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz

u. Schönhofen u. Gustav Kadelburg.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Die Schmutzler.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Ein Fallissement.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Götter von Berlin.

Schauspiel in 5 Aufzügen von

Wolfgang v. Soethe.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Perichons Reise.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Perichons Reise.

Charlottenburg.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 13. September,

nachmittags 3 Uhr,

im Schiller-Theater Charlottenburg:

I. und II. Abteilung

Theater-Vorstellung.

Jur. Aufführung gelangt:

„Götter von Berlin“.

NB. Die Vereinskassendebite müssen

spätestens bis zum Sonntagabend, den

14. 9. bezahlt sein. Der Vorstand.

Rixdorfer Theater

Direktion: Julius Färz.

Bergstraße 147.

Beginn der Saison am 18. Sept. 07.

Eröffnungs-Vorstellung:

Emilia Galotti

von G. E. Lessing.

Walhalla

Varieté-Theater

Wendbergweg 19/20, Rosenh. Lor.

Anfang 8 Uhr.

Das originelle Sept. Programm.

Auto-Räder, der Artist

hebt ein Automobil mit

den Zähnen.

Tunnel: Konzert i. Theaterhof, frei.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.

Täglich abends 7 1/2 Uhr:

Der Tanzentel.

Wohrheim:

Spezialitäten 1. Rang.

Konzert und Ball.

Anfang 4 1/2 Uhr.

Kasino-Theater.

Hohenzollernstr. 37. Täglich 8 Uhr:

Die wilde Jagd.

Lustspiel in

1 Akten v. Ludwig Fulda.

Bocher d. glänz. Eröffnungs- Progr.

Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Trianon-Theater.

Fräulein Josefine — meine Frau.

Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Täglich:

Stettiner Sänger.

Britton

als

Aute im

Familien-

bad

Wannsee.

Anf. Hochzeit 8, Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci, Kotbuser

Strasse 6.

Direktion Wilhelm Reimer.

Deute Dienstag: Gastspiel

der Berliner Volksbühne:

Enteher. Offiziersdrama in

5 Aufzügen. Gastspiel des

Herrn Ferd. Schindler.

Sonntag, Montag,

Donnerstag:

Hoffmanns Nordl. Sänger

und Konstrüchen.

Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 Uhr

Neb. Dienstag u. Freitag: Berliner

Volksbühne. Volkstümliche Preise.

Hygienische

Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000a Anork.

V. Prof. u. Aest. empl. bill.

Apoth. S. Schweitzer's Fab.

hyg. Präp. Berlin O., Holz-

marktstr. 69-70. Off. vorlang.

## Sofastoffe

Niessenswahl aller Qualitäten.

Wolle-Reste! Moquetts.

Pflüsch-Satteltaschen.

Muster b. n. h. Angabe franko.

Berlin, 158.

Emil Lafèvre, Oranienstr.

Ziehung 17.-20. September

Geld-Lotterie

Siebengebirgs-

Insgesamt 12100 Geldgewinne = A

430000

Hauptgewinne Mk.:

100000

50000

30000

1 ganzer Los 4 Mk. Porto u. Liste

1 halbes Los 2 Mk. 90 c extra.

Lud. Müller & Co.

Berlin C., Brühlstr. 5

Telegr.-Adr.: Glückwähler

Sanatorium

Bilz

Dresden-Radebeul. Schloss

Die Beerdigung meiner am 7. September verstorbenen un-  
vergesslichen Gattin, unserer lieben  
guten Mutter  
**Alwine Hosse**  
geb. Raesch  
findet am Dienstag, den 10. Sep-  
tember, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Genuß-  
stiftungshofes aus statt. 50372  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Jakob Hosse** nebst Kindern.

Nach schwerem Leiden verstarb  
unsere langjährige Mitarbeiterin,  
die Witwe  
**Luise Lutz.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 5 Uhr von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Parteiopposition des "Vorwärts"  
Laufzettel flag.

Am Sonntagvormittag verschied nach schwerem Leiden  
mein erster Werkmeister und Geschäftsführer,  
**Herr Theodor Neumann**  
kurz vor Begehung seines 50jährigen Jubiläums.  
Er war in dieser langen Zeit stets ein Vorbild  
treuester Pflichterfüllung und betrauerte ich in demselben  
einen treuen, nie rastenden Mitarbeiter, der mein ganzes  
Vertrauen besaß.  
Durch seinen geraden, selbstlosen und gerechten  
Charakter, seine stete Hilfsbereitschaft hatte er nicht  
nur meine, sondern auch die Hochachtung und Liebe  
aller seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und wird  
uns immer unvergesslich bleiben.  
Ehre seinem Andenken!  
Berlin, 9. September 1907.  
**Georg Wolff**, in Firma Karton- u. Faltschachtelfabrik  
Max Wolff.  
Die Beerdigung findet Mittwoch 1/4 Uhr auf dem  
Elisabeth-Kirchhofe, Prinzen-Allee, statt. 2836b

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 8. Sep-  
tember verstarb nach kurzem,  
schwerem Leiden mein lieber Mann  
und guter Vater, der Werkmeister  
**Theodor Neumann**  
im 40. Lebensjahre.  
Um stille Beileid bitte!  
Die trauernde Witwe **Pauline**  
**Neumann**, geb. Kubold nebst  
Sohn.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 11. d. M., nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee,  
aus statt.

Am Sonntag, den 8. d. M.,  
entschlief nach unglücklichen Leiden  
mein lieber Mann, unser guter  
Bruder und Schwager, der Ver-  
sicherungsbeamte früherer Zi-  
garrenmacher  
**Karl Rebs**  
im Alter von 50 Jahren.  
Die trauernde Witwe  
**Alma Rebs** geb. Frau  
**Fritz Müller** und Frau  
als Schwägerin und Schwester.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nachmittags 4 Uhr von  
der Leichenhalle des Philippus-  
Apostel-Kirchhofes aus nach dem  
städtischen Friedhof, früher Gerhart-  
Kirchhof statt. 2831b

Allen Freunden hiermit zur  
Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Elise Kübner**  
am Sonntag nach langen Leiden  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch um 4 Uhr von der  
Leichenhalle des Marien-Kirchhofes  
in der Grenzlaue Allee aus statt.  
2837b Der trauernde Gatte  
**Georg Kübner**, Fuhrer.

**Deutscher  
Transportarbeiter - Verband.**  
Ortsverwaltung Berlin II.  
Hiermit bittet den Mitgliedern  
zur Nachricht, daß unser treues  
Mitglied, Frau  
**Luise Lutz**  
am 6. September im Alter von  
62 Jahren an Leberkrebs ver-  
storben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 10. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes,  
Friedrichsfelde, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitte!  
75/2 Die Ortsverwaltung II.

**Verein Berliner Hausdiener  
Mitgliedschaft I  
des Deutschen Transportarbeiter-  
Verbandes.**  
**Todes-Anzeigen.**  
Unsere Mitglieder zur Nach-  
richt, daß der Kollege  
**Albert Querde**  
Bayreutherstraße  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nachmittags 5 Uhr von  
der Leichenhalle des Kaiser  
Wilhelm-Gedächtnis-Kirchhofes  
aus statt.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß nach  
langem, schwerem Leiden am  
Sonntag, den 8. d. M., morgens  
6 1/2 Uhr, mein lieber Mann und  
Vater  
**Gustav Mütze**  
im 55. Lebensjahre verschieden ist.  
Um stille Beileid bitten  
2831b  
**Elise Mütze.**  
**Oskar Mütze.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom  
Trauerhause Warthofen 16  
nach dem Friedhof in Stralau statt.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk Nordosten.  
Am 7. September verstarb unser  
Mitglied  
**Franz Gogolin**  
im Alter von 47 Jahren an  
Brustleiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des katholischen  
Friedhofes in Hohenstaufen-  
Wilhelmsberg aus statt.  
Stetsige Beteiligung wünscht!  
143/1 Die Verbandsleitung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 8. September verstarb unser  
Mitglied, der Versicherungsbeamte  
**Karl Rebs**  
Hochstr. 28. 206/5  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 11. d. M., nachmittags  
4 Uhr, von der Halle des Philippus-  
Apostel-Kirchhofes nach dem städti-  
schen Friedhofe in der Müller-  
straße, Ecke Geelstraße, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die überaus reiche Beteiligung  
und reichen Kranzpenden bei der  
Beerdigung unserer guten Mutter  
**Karoline Zingelmann**  
sagen wir hiermit unseren besten Dank.  
Insbesondere dem Kraftwagenverein  
"Brüderlichkeit I", Spandauer "Nacht  
zu knapp", den Formern von "Wische  
u. Bachmann", dem Personal und der  
Direktion der Genossenschaftsbrauerei  
"Eld-DR". 2822b  
Die trauernden Kinder.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Erich Salomon**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
94/5 Die Ortsverwaltung.

**Verein Berliner Hausdiener  
Mitgliedschaft I  
des Deutschen Transportarbeiter-  
Verbandes.**  
Hiermit verstarb der Kollege  
**Gustav Habermann**  
Friedrichstraße.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr von  
der Leichenhalle des St. Andreas-  
Kirchhofes, Wilhelmberg, aus  
statt. 75/3  
Die Ortsverwaltung I.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Stralau.**  
**Todes - Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser langjähriger Gemeinde-  
vertreter  
**Gustav Mütze**  
am 8. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, nachmittags Punkt 3 Uhr,  
vom Trauerhause, Warthofen-  
damm Nr. 16, aus statt.  
2832b Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau, unsere Mutter, Tochter  
und Schwester  
**Marie Bormann**  
geb. Rupprecht  
am Sonntagabend nach kurzem  
schwerem Leiden entschliefen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Dienstag-  
nachmittags 1/4 Uhr von der Halle  
des Zentral-Friedhofes Friedrichs-  
felde statt. 2836b

**Verband der freien Gast- und  
Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Stralau - Rummelsburg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege und Mit-  
begründer des alten Berl. Vereins  
**Gustav Mütze**  
nach langem schwerem Leiden am  
8. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 11. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause  
Warthofendamm 16 nach dem  
Stralauer Friedhof statt.  
Sämtliche Mitglieder sind be-  
pflichtet, an der Beerdigung teil-  
zunehmen. 2833b  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters,  
Bruders, Schwagers und Onkels  
**Emil Pochert**  
sage ich allen lieben Verwandten,  
Freunden und Bekannten, insbesondere  
den Kollegen vom Verband der Haus-  
Erbs- und gemerblichen Hilfsarbeiter  
Bestk. Weihenfer und Umgebung, sowie  
den Herren Hülfskasse Zahlstelle  
Weihenfer für die rege Beteiligung  
und schönen Kranzpenden meinen  
Herzlichen Dank.  
Die Heilkräftige Witwe  
**Johanna Pochert** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
innig geliebten Mannes sage ich dem  
Wahlverein des 6. Kreises, dem  
Transportarbeiterverband und den  
Kollegen der Kohlenarbeiter der  
Nordbahn meinen herzlichsten Dank.  
Ww. Helene Tröge,  
Miefendamm 9.  
2827b

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 4.

Von der Reise zurück. 2824b  
**Dr. med. Levy,**  
Swinemünderstr. 126.

Spezial-Arzt für 54272\*  
**Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

**2. Ziehung 3. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 9. September 1907, vormittags.  
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
117 213 79 606 856 99 1090 222 71 111 12 898 838  
2033 69 190 99 255 307 422 773 821 [500] 903 3057 304  
72 332 39 694 912 4021 50 [500] 140 30 [500] 70 474  
246 51 5285 423 81 502 845 [500] 318 63 [500] 688 890  
49 7066 261 348 478 591 84 8149 [500] 95 500 917 9014  
20 85 203 26 272 349 96 970 92 741 319 937  
10618 365 478 925 1191 313 82 555 98 616 84 770  
12041 178 404 77 635 13193 81 370 704 87 895 800 71  
14329 119 26 65 773 862 15356 93 149 63 18330 34  
[500] 446 561 861 91 905 54 [500] 85 17110 34 246 73  
323 403 11 618 72 713 27 921 41 18003 89 354 80 303  
429 47 506 554 959 39 [500] 19174 348 422 37 978 22161  
20100 123 323 37 901 852 21044 422 37 978 22161  
66 254 49 414 331 574 900 23967 [500] 339 423 723  
983 24183 453 371 814 784 89 829 25554 78 123 361 423  
933 26710 453 371 814 784 89 829 25554 78 123 361 423  
120 [500] 87 855 92 29011 128 35 255 512 70 618 78 875 996  
30241 69 310 554 698 824 74 31012 158 306 95 781  
10 11 32003 220 231 460 [500] 600 35 60 78337 604  
[500] 31 34095 210 555 600 732 [500] 330 64 [500] 35704  
121 39 202 50 95 602 797 36119 485 550 79 732 43 900  
37189 16 47 74 741 984 39304 178 255 231 [500] 419 500  
643 219 46 35 39200 207 228 632 95 810 83  
40421 97 705 299 4102 536 327 [500] 42011 114  
204 231 412 280 298 43071 182 205 609 817 44212 143  
411 32 571 95 725 54 514 21 45097 247 464 83 214 609 817  
20 46546 73 631 775 90 959 47158 353 [500] 444 533 647  
928 48041 125 92 332 31 306 39 66 558 424 55 787 813 99  
009 49093 63 214 92 493 912 [500]  
50017 201 510 864 90 51350 223 770 803 72 52011  
222 43 810 95 53106 81 63 88 210 14 20 255 54129 80 497  
277 96 855 [500] 57 55013 213 220 60 734 [500] 828 56179  
200 493 178 34 256 521 57015 250 86 667 53 85 858 878  
58721 282 59911 109 128 120 250 654 729  
60030 90 117 248 94 91 627 828 81 797 61105 22 229  
94 801 41 96 512 42 99 736 900 902 37 62083 215 444  
643 604 784 501 92 63151 37 347 623 743 75 64007 38 156  
281 809 65 72 65250 596 711 847 645 66683 903 787 [500]  
904 [500] 52 67113 243 82 493 548 683 89 [500] 134  
66341 782 [500] 815 99 944 58 88 69040 [500] 54 488  
661 891  
70023 544 289 871 71185 384 478 891 [500] 714 876  
951 72103 290 282 575 [500] 744 789 573 73054 [500]  
138 472 546 [500] 98 74062 115 289 507 67 [500] 714 90  
75004 [500] 100 345 74 76128 446 [500] 570 808 87 69  
211 33 77118 337 432 524 78155 413 620 79 53 622 718  
820 13 79209 283 443 550 682 99 778 822 [500]  
69004 [500] 57 90 653 82 731 79 81047 222 400 687  
706 321 36 82038 75 180 [500] 805 489 83053 285 800  
465 371 73 [500] 821 86021 301 404 41 61 73 722 87067  
[500] 331 50 482 886 973 98 88176 234 304 34 89213 411  
[500] 873  
90133 398 407 23 750 9183 114 70 433 39 83 274  
801 92296 73 301 13 290 088 71 93094 [500] 184 214  
84 [500] 333 631 744 817 52 913 9130 73 254 240 484 604  
72 910 95021 460 541 688 827 51 940 96183 478 581 934  
782 37 97059 214 213 44 78 595 98303 95 217 99235 88  
402 37 323 778 896 817  
100085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869 102107 202 423 91 069 81 682 703 87 94 907  
103259 61 97 438 63 506 232 104200 480 508 323 105218  
[500] 233 477 519 119 613 74 113 55 87 880 106259 74  
[500] 44 350 53 50 [500] 214 61 107170 525 618 90 733  
804 9 10 108028 116 259 604 895 90 500 [500] 109050 330  
82 511 624 49 117 [500]  
110085 121 233 588 610 101006 308 69 506 606  
738 818 869



Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die neue General-Versammlung zur Beratung der Änderungen im Verbandsstatut wird auf Sonntag, den 27. Oktober festgesetzt.

Der Entwurf des Zentralvorstandes wird laut Beschluss am Dienstag, den 10. September, im „Vorwärts“ veröffentlicht, damit die Genossen, falls sie es für nötig erachten, nochmals am Zahlabend über das Statut diskutieren und ihre Wünsche den Kreisen bekannt geben.

Da in der vorigen Generalversammlung Anträge in so großer Anzahl eingebracht wurden, daß ein Sichten und Einordnen fast unmöglich erscheint, außerdem viele derselben erledigt sind, da der Zentralvorstand sie in das jetzt beschlossene Statut aufgenommen hat, betrachtet der Vorstand alle alten Anträge als erledigt und bittet die Antragsteller, ihre Anträge eventuell bis zum 1. Oktober neu einzurichten.

Die geplanten 6 nationalökonomischen Vorträge der Genossin Rosa Luxemburg finden statt in den „Germania-Sälen“, Chausseest. 110, früher 103, am

Table with 2 columns: Day and Date. Rows include Montag, den 14. Oktober 1907, 21. 1907, 28. 1907, 4. November 1907, 11. 1907, 18. 1907, Freitag, den 18. Oktober 1907, 25. 1907, 1. November 1907, 8. 1907, 15. 1907, 23. 1907.

Aufang stets pünktlich 8 Uhr. — Der Preis für die auf alle 6 Vorträge lautende Karte beträgt 60 Pf., doch berechtigt die Karte nur zum Eintritt in das bestimmte Lokal.

Das Programm der Vorträge lautet:

Einführung in die Nationalökonomie.

- 1. Was ist Nationalökonomie?
2. Die gesellschaftliche Arbeit.
3. Der Austausch.
4. Die Lohnarbeit.
5. Die Herrschaft des Kapitals.
6. Die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.

Zu der Zentralvorstandssitzung vom 6. September wurde einstimmig beschlossen, daß die Berliner Parteigenossen dem Verbandsrat der Handlungsgehilfen und Transportarbeiter bei Sammlung der Unterschriften zur Petition für den Achtuhr-Lohnzuschuß Beihilfe leisten.

Auf dem Zahlabend sollen möglichst viel Parteigenossen bestimmt werden, welche die Unterschriften einsammeln. Eine Anleitung für die Bezirksführer und Material für die Helfer ist den Genossen zugegangen.

Die Einsammlung der Unterschriften soll am

Sonntag, den 15. September, von früh 8 Uhr an

von den bekannten Bezirkslokalen aus erfolgen.

Es kommen außer den sechs Berliner Kreisen noch die Orte Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf bei der Unterschriftensammlung in Betracht.

Wir ersuchen die Parteigenossen, sich mit dem gewohnten Interesse an allen Veranstaltungen zu beteiligen.

Der Zentralvorstand.

Anträge

zur Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend 27. Oktober 1907.

Vorschlag des Verbandsvorstandes:

§ 1.

Die sozialdemokratischen Wahlvereine der sechs Berliner Wahlkreise und der beiden Vorortkreise Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim bilden einen gemeinsamen Verband unter dem Namen: „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.“

§ 2.

Aufgabe des Verbandes ist die Förderung aller gemeinsamen Parteinteressen der obigen acht Wahlkreise. Dazzu gehören insbesondere:

- a) Vorbereitung aller Wahlen und Aktionen, an denen die sozialdemokratische Partei beteiligt ist.
b) Veranstaltungen von Versammlungen und Herausgabe von Flugblättern, die gemeinsamen Zwecken dienen.
c) Verwaltung und Verwendung der nach § 15 von den Kreiswahlvereinen eingehenden Gelder.
d) Herausgabe eines Mitteilungsblattes.
e) Beschaffung von Referenten.
f) Verwaltung gemeinsamer Institutionen.
g) Kontrolle des „Vorwärts“ durch eine Pressekommision laut Parteistatut.

§ 3.

Mit der Leitung des Verbandes wird ein aus 48 Mitgliedern bestehender Verbandsvorstand betraut, der alljährlich zu wählen ist.

Den 1. Vorsitzenden, 1. Schriftführer und 1. Kassierer wählt die Generalversammlung, die anderen 45 Mitglieder desselben werden von den Kreiswahlvereinen proportional ihrer Mitgliederzahl gewählt. Jeder Kreiswahlverein muß aber durch mindestens 4 Mitglieder in denselben vertreten sein. Diese Wahlen bedürfen zur Gültigkeit der Bestätigung durch die Generalversammlung.

Zu den Aufgaben des Verbandsvorstandes gehören:

- a) Beschlussfassung über die Führung der laufenden Geschäfte.
b) Festsetzung der auf jeden Kreis entfallenden Anzahl der Verbandsvorstandsmitglieder und der Delegierten zu den Generalversammlungen nach Maßgabe des § 12 Abs. 1.
c) Einberufung der Generalversammlungen und Festsetzung der provisorischen Tagesordnung.
d) Entscheidung über Woykotts.
e) Beschlussfassung über die zur Agitation in der Provinz Brandenburg zu bewilligenden Gelder.
f) Beschlussfassung über gemeinsame Agitation für die Organisation oder die Presse und Bewilligung der hierzu notwendigen Gelder.
g) Wahl der zur Ergänzung der einzelnen Kommissionen notwendigen Mitglieder aus seiner Mitte.
h) Verhandlungen mit anderen Körperschaften der Arbeiterbewegung.

Die Beschlüsse des Verbandsvorstandes sind bindend für die acht Wahlvereine.

§ 4.

Zur Kontrolle der Kassenerführung des Verbandsvorstandes sind alljährlich von der Generalversammlung fünf Revisoren zu wählen.

§ 5.

Zur leichteren Bewältigung der Geschäfte teilt sich der Verbandsvorstand in folgende vier Unterkommissionen:

- a) Aktionsauschuss,
b) Pressekommision,
c) Agitationskommission,
d) Lokalkommission.

In jede dieser Unterkommissionen entsendet jeder Kreis einen Vertreter (siehe auch § 3 Abs. 2), die fehlenden Mitglieder wählt der Vorstand aus seiner Mitte hinzu.

§ 6.

Der Aktionsauschuss besteht aus 17 Mitgliedern:

- dem 1. und 2. Vorsitzenden,
1. 2. Schriftführer,
1. 2. Kassierer,
8 Beisitzern,

je einem Vertreter der Presk-, Agitations- und Lokalkommission. Zu den Obliegenheiten des Aktionsauschusses gehört:

- a) Die Leitung der laufenden Geschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung des Verbandsvorstandes resp. der Generalversammlung unterstehen.
b) Entgegennahme der Berichte der Presk-, Agitations- und Lokalkommission.

Jeder Kommission steht gegen einen sie betreffenden Beschluss des Aktionsauschusses die Berufung an den Verbandsvorstand zu.

§ 7.

Die Funktionen der Pressekommision sind durch das Parteistatut geregelt. Sie haben dieselben in möglichster Uebereinstimmung mit der Berliner Parteioorganisation zu erfüllen.

§ 8.

Die Agitationskommission leitet gemeinsam mit dem Zentralvorstand der Provinz Brandenburg die Agitation in der Provinz, stellt den Jahresetat hierfür auf und fungiert als Vermittlung zwischen dem Verbandsvorstand von Groß-Berlin und dem Zentralvorstand der Provinz Brandenburg.

§ 9.

Zu den Aufgaben der Lokalkommission gehört: a) Beschaffung von Versammlungslökalen zu den von der Berliner Arbeiterkassette aufgestellten Bedingungen. b) Herausgabe der Lokalliste.

§ 10.

Die Vertreter der Kommissionen haben über die Stellungnahme des Aktionsauschusses zu ihren Resortfragen ihren Kommissionsmitgliedern zu berichten.

§ 11.

Die Mitglieder des Verbandsvorstandes und speziell die der Unterkommissionen haben ihren Kreisorganisationen Bericht zu erstatten sowie Anregungen derselben in ihren Körperschaften zu vertreten.

Wichtige Angelegenheiten sind möglichst vorher den Kreisen zur Beratung zu unterbreiten.

§ 12.

Halbjährlich findet mindestens eine Generalversammlung statt, zu welcher jeder Kreiswahlverein proportional seiner Mitgliederzahl Delegierte zu entsenden hat. Maßgebend für die Delegation ist die Mitgliederzahl, welche sich aus den im vorhergehenden Jahre eingegangenen Mitgliederbeiträgen ergibt. Die Gesamtzahl der Delegierten beträgt 500.

Die Zahl der Delegierten jeden Kreises muß mindestens 10 betragen.

Sitz und Stimme haben in der Generalversammlung außer den Delegierten: die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Abgeordneten resp. Kandidaten der acht Kreise, eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“, 5 Vertreter der Berliner Stadtverordneten, 3 Gemeindevorsteher resp. Stadtverordnete von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und 2 Gemeindevorsteher resp. Stadtverordnete von Nieder-Barnim.

Außerordentliche Generalversammlungen müssen einberufen werden durch Beschluss des Verbandsvorstandes oder auf Antrag von drei Kreiswahlvereinen. In diesem Falle können die im Statut vorgesehenen Zeitbestimmungen für die Einberufung oder Veröffentlichung außer Kraft treten. Die Tagesordnung der Generalversammlungen und die Anträge zu denselben müssen mindesten drei Wochen vorher im „Mitteilungsblatt“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.

§ 13.

Zu den Aufgaben der Generalversammlung gehören:

- a) Entgegennahme der Berichte des Verbandsvorstandes und der Revisoren.
b) Beschlussfassung über die der Generalversammlung überwiesenen Verwaltungsangelegenheiten.
c) Beschlussfassung über Parteifragen und gemeinsame Agitation.
d) Wahl des 1. Vorsitzenden, des 1. Kassierers, des 1. Schriftführers und der 5 Revisoren.
e) Bestätigung der von den Kreiswahlvereinen vorgeschlagenen Verbandsvorstandsmitglieder. (§ 3 Absatz 2.)
f) Anstellung und Festsetzung der Anstellungsverhältnisse von Verbandsvorstandsmitgliedern.

Die gefassten Beschlüsse der Generalversammlung sind bindend für die acht Kreiswahlvereine.

§ 14.

Die Parteigeschäfte in den einzelnen Kreisen werden von den Kreiswahlvereinen selbstständig geregelt.

Jeder Kreiswahlverein ist in Bezirke einzuteilen. Die Art der Bezirksabteilung ist den Wahlvereinen überlassen.

Das in den Kreiswahlvereinen zu erhebende Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag 30 Pf.

Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Kreises anzuschließen; dauernde Tätigkeit in einem anderen Kreise, einzeln

oder gruppenteilweise, ist auf Antrag des betreffenden Kreiswahlvereins nur mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gestattet.

§ 15.

Mitgliedsbücher, Eintritts- und Beitragsmarken sind für alle Kreiswahlvereine einheitlich. Für jede vom Verbandskassierer entnommene Beitrags- und Eintrittsmarke sind von den Kreiswahlvereinen 10 Pf. zu entrichten.

Alle in den Kreisen vereinnahmten Gelder, die nicht zur Deckung eigener Ausgaben Verwendung finden, sind an den Verbandsvorstand abzuliefern.

§ 16.

Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar und endet mit dem 31. Dezember.

Nach Schluß eines jeden Geschäftsjahres ist vom Verbandsvorstand ein gedruckter Jahresbericht herauszugeben und muß derselbe mindestens 14 Tage vor der stattfindenden Generalversammlung den einzelnen Kreiswahlvereinen zugestellt sein.

§ 17.

In dem vom Verbandsvorstand herausgegebenen „Mitteilungsblatt“ hat derselbe alle wichtigen Vorgänge im Verband, Vorstand, in den Kommissionen und Kreiswahlvereinen zu berichten. Die Kreise sind verpflichtet, rechtzeitig zu jeder Nummer einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Wahlvereine an den 1. Schriftführer des Verbandes einzufenden, ebenso die Kommissionen.

Das „Mitteilungsblatt“ ist sämtlichen Verbandsvorstandsmitgliedern, ebenso den Vorstandsmitgliedern, Abteilungs- und Bezirksführern der Kreiswahlvereine unentgeltlich zuzustellen.

§ 18.

Anträge auf Änderung dieses Statuts sind mindestens drei Wochen vor der Generalversammlung dem Verbandsvorstand einzureichen und bedürfen zu ihrer Annahme der Zustimmung von zwei Dritteln der auf der Generalversammlung Anwesenden, ebenso Anträge auf Auflösung des Verbandes. Diese letzteren können aber nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung behandelt werden.

Alle anderen Anträge werden durch einfache Majorität entschieden.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 15. September, findet ein Familienausflug nach Johannisthal (Restaurant Senfelsen) statt. Treffpunkt daselbst von 2 Uhr ab. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Achtung, fünfter Wahlkreis. Die Broschüre über die soziale Gliederung der Wählerschaft des fünften Kreises gelangt am nächsten Zahlabend, Mittwoch, den 11. September, zur Gratisverteilung an alle Mitglieder des Wahlvereins. Wir ersuchen daher um pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Stralau. Der Zahlabend des zweiten Bezirks findet bis auf weiteres im Lokal des Herrn Roefe (früher Mittwoch), Alt-Stralau 5 statt, der des ersten Bezirks im Lokal von Schöps, Alt-Stralau 17. In beiden Zahlabenden wird die Abrechnung vom Volksfest gegeben. Die Genossen, welche am 1. Oktober aus Stralau verziehen, werden gebeten, ihre Adresse umgehend den Bezirksführern mitzuteilen, sodas die Ueberweisung pünktlich erfolgen kann. Der Vorstand.

Karlshorst! Parteigenossen! Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von A. Sabrowsky, Treßkowsallee, Ecke Krausenstraße, statt. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, in Verleses Bürgerkassette, Rundteil: Volksversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über: „Die Bedeutung des internationalen Arbeiterkongresses“ und „Was hat uns der neue Reichstag gebracht und was haben wir von ihm zu erwarten?“ Diskussion. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. — Der Zahlabend findet nächsten Freitag statt.

Weißensee. Die auf den heutigen Dienstag angesetzte Frauenversammlung des Kreises Niederbarnim fällt wegen Erkrankung der Berichterstatterin aus. Die Kreisvertreterinnen.

Bezirk Waldmannslust. Den Genossen zur Nachricht, das sämtliche noch ausstehende Billets vom Sommerfest am Mittwoch zum Zahlabend abgerechnet werden müssen, da sonst die Genossen in der Versammlung am Sonnabend in Wittenau bekunntgegeben werden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die soziale Gliederung der Wählerschaft im fünften Berliner Reichstagswahlkreise.

Der sozialdemokratische Verein für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis hat eine sehr beachtenswerte statistische Arbeit geleistet, deren Ergebnisse den Mitgliedern des Vereins in Form einer 20 Seiten starken Broschüre am nächsten Zahlabend übergeben werden. Durch diese Statistik ist festgestellt, welchen sozialen Schichten die in den Listen für die Reichstagswahl 1907 verzeichneten Wähler angehören. Durch diese Feststellung, die sowohl für den ganzen Kreis als auch für jede der sieben Abteilungen des Vereins getroffen ist, sollen den tätigen Genossen Anhaltspunkte und Fingerzeige für die Agitation im Kreise gegeben werden. Die Ergebnisse der Statistik sind aber auch insofern von allgemeinem Interesse, als sie durch Feststellung der sozialen Gliederung der Wählerschaft sowohl den Ausfall der Wahl als auch die Erfolge der Agitation — der ungenügend wie der gegnerischen — erklären.

Die Statistik des Vereins hat 34 542 eingeschriebene Wähler und 26 656 abgegebene Stimmen festgestellt. Das ist eine ganz geringe Abweichung von den amtlichen Feststellungen. Die Wahlbeteiligung betrug 77,17 Proz. der eingeschriebenen Wähler. Nur der sechste Wahlkreis wies eine geringere Beteiligung, nämlich 71,50 Proz. auf. In den übrigen vier Berliner Kreisen war die Beteiligung stärker, nämlich 81,14 Proz. im ersten, 81,57 Proz. im zweiten, 84,76 Proz. im dritten, 81,41 Proz. im vierten Kreise. Daß die Beteiligung im fünften Wahlkreise trotz des äußerst lebhaften Wahlkampfes hinter der Beteiligung in den übrigen vier Kreisen zurückstand, wird aus der Struktur des fünften Kreises erklärt. Er umfaßt zum größten Teil Gebiete der inneren Stadt, darunter das Charitviertel, wo viele Studenten wohnen, Leute, die wenig schäftig sind und für Politik wenig interessiert sind. Nur ein Teil des Kreises, der sich zwischen der Greifswalderstraße und der Prenzlauer Allee

bis zur Reichsgrenze hinzieht und die 1. Abteilung des Vereins bildet, trägt vorwiegend proletarischen Charakter. Hier hat die Sozialdemokratie denn auch 67,27 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhalten, während der Durchschnitt für den ganzen Kreis 55,92 Proz. beträgt.

Um ein Bild von der sozialen Gruppierung der Wähler zu geben, unterscheidet die Statistik vier soziale Gruppen: 1. bürgerliche Wähler (Kaufleute, Agenten, Geschäftsleute, Handwerksmeister, Lehrer, Studierende — das sind Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte usw. — Schankwirte, Fabrikanten und Rentiers). 2. Beamten-Wähler (Staats- und städtische Beamte). 3. „Neue Mittelstands“-Wähler (kaufmännische Angestellte, Bureaubeamte, Techniker und Ingenieure). 4. Proletarische Wähler (Gandarbeiter, Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Portiers, Wächter, Kellner und Musiker). Nach dieser Gruppierung wurde festgestellt, daß im ganzen Wahlkreise vorhanden waren:

Bürgerliche Wähler . . . . .	9769 = 28,23 Proz.
Beamten-Wähler . . . . .	2884 = 8,83 „
„Neue Mittelstands“-Wähler . . . . .	3951 = 11,44 „
Proletarische Wähler . . . . .	17938 = 51,93 „

Von diesen vier Gruppen ist der „neue Mittelstand“ diejenige, welche sich im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl am wenigsten an der Wahl beteiligt hat. 73,02 Proz. der Wähler dieser Gruppe übten ihr Wahlrecht aus. Dann folgt die Gruppe der bürgerlichen Wähler, welche sich mit 77,47 Proz. ihrer Angehörigen an der Wahl beteiligte. Von den proletarischen Wählern gingen 77,74 Proz. zur Urne. Unter den Beamten aber stieg die Wahlbeteiligung auf 78,29 Proz.

Eine Sonderung der bürgerlichen Wähler in drei Einzelgruppen ergibt, daß von 100 bürgerlichen Wählern 36,95 Kaufleute, Agenten, Fabrikanten, Rentiers, 13,88 Studierende, 49,17 Kleinhandlender und Handwerker sind. Fast die Hälfte aller bürgerlichen Wähler gehören also zu den Kleinbürgern. — Ueber die Wahlbeteiligung dieser Einzelgruppen der bürgerlichen Wähler hat die Statistik ergeben, daß sich die wahlberechtigten Studenten sehr wenig an der Wahl beteiligen. Sie sind das am meisten fluktuierende Element und waren bei der Visitenkontrolle ebenso wenig aufzufinden, wie unter den proletarischen Wählern die Kellner. Dagegen war die Wahlbeteiligung der seßhaften Studierenden (Ärzte, Rechtsanwälte und so weiter) eine gute. Die Wahlbeteiligung der Kaufleute und so weiter bleibt um 2,13 Proz. hinter der Beteiligung im ganzen Kreise zurück, während die Kleinhandlender und Handwerksmeister die Gesamtbeteiligung um 4,03 Proz. übertreffen. Die starke Beteiligung der Kleinbürger zeigt, was wir bei der Wahl im ganzen Kreise gesehen haben, nämlich das Aufgebot der indifferenten Massen gegen die Sozialdemokratie.

Die Gruppe der proletarischen Wähler ist ebenfalls in drei Sondergruppen geteilt. Die kleinste ist die der Kellner und Musiker, welche 5,13 Proz. der proletarischen Wähler umfaßt. Sie ist am wenigsten seßhaft und bildet hinsichtlich der Wahlbeteiligung die unzuverlässigste Gruppe. — Die zweite Gruppe bilden die Kutscher, Hausdiener, Portiers, Wächter, Wächter; proletarische Elemente, deren Mehrheit leider noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht ist. Diese Gruppe umfaßt 16,15 Prozent aller proletarischen Wähler. Unter den Angehörigen dieser Gruppe haben die bürgerlichen Parteien ganz besonders scharf agitiert und sie durch persönliche Beeinflussung seitens des Arbeitgebers an die Urne gebracht. Daraus erklärt sich, daß in dieser Gruppe eine Wahlbeteiligung von 78,76 Prozent zu verzeichnen ist.

Die dritte Gruppe der proletarischen Wähler bilden die Gandarbeiter, die in der Wählerliste nach ihren Professionen oder unter dem Sammelnamen Arbeiter aufgeführt sind. Diese Gruppe stellt 75,72 Proz. aller proletarischen Wähler, 39,32 Proz. aller eingetragenen Wähler und hat 40,35 Proz. aller Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung der Gruppe „Gandarbeiter“ beträgt 79,18 Proz., steht also um 2,01 Proz. über dem Durchschnitt der Beteiligung im ganzen Kreise. Sie weist von allen Einzelgruppen sowohl der proletarischen wie der bürgerlichen Wähler die stärkste Wahlbeteiligung auf. Nur von der Einzelgruppe der Kleinhandlender und Handwerksmeister wird sie übertroffen, die mit 81,20 Proz., also 4,03 Proz. über dem Durchschnitt des Kreises steht.

Diese Angabe zeigt, wie schon bemerkt, daß es der strupelosen Agitation unserer Gegner gelungen ist, das Kleinbürgertum mit Angst vor der Sozialdemokratie zu erfüllen und für eine der bürgerlichen Parteien an die Urne zu bringen. Möge der statistische Nachweis für die tätigen Genossen des fünften Wahlkreises ein Ansporn sein, Aufklärung unter den Wählern zu verbreiten, damit es gelingt, die Proletarier, welche ja schon die zwar noch kleine Mehrheit der Wähler bilden, zu 100 Proz. an die Urne zu bringen. Dann gehört auch der fünfte Berliner Reichstagswahlkreis zu unserem sicheren Besitz.

Der Hochbahnhof Warschauer Brücke, welcher seit einiger Zeit wegen Umbaus gesperrt ist, wird, wie wir hören, im Oktober d. J. wieder in Betrieb genommen werden. Die fortgesetzte Steigerung des Verkehrs auf der Hochbahn machte eine Verlängerung und Verbreiterung der Bahnsteige notwendig. Zu gleicher Zeit wird auch der an die Endhaltestelle der Hochbahn stößende anschließende neue Wagenstrecke dem Betriebe übergeben werden. Es ist dies eine stattliche Halle von 105 Meter Länge und 32 Meter Breite, die, mit acht Weichen belegt, etwa den Größenverhältnissen des Bahnhofs „Friedrichstraße“ entspricht. Der Neubau wird zur Aufnahme der Betriebsmittel der Erweiterungslinie der Hochbahn Potsdamer Platz—Spittelmarkt dienen; die lange Halle kann 100 Wagen aufnehmen, welche hier auch montiert werden sollen.

Die städtische höhere Weberschule, so schreibt uns der Verband deutscher Textilarbeiter, veröffentlicht halbjährlich an den öffentlichen Anschlagtafeln einen Lehrplan zur Erlernung der Kurbschneidererei; so auch wieder in diesen Tagen. Es sei deshalb auch diesmal darauf hingewiesen, daß die einst blühende Kurbschneidererei in den letzten Jahren so zurückgegangen ist, daß es nur wenigen alten Stüdern oder Stüderrinnen möglich ist, den zum notwendigen Lebensunterhalt nötigen Verdienst zu erwerben. In der jetzigen Saison ist wieder so wenig zu tun, daß in den meisten Betrieben nur halbe oder drei Viertel Tage gearbeitet wird. Dazu kommt, daß derjenige, welcher einen halbjährigen Kursus in der städtischen höheren Weberschule durchmachen will, ein halbes Jahr von seinen Ersparrnissen leben muß, da der Kursus keine anderweitige Beschäftigung zuläßt. Aus diesen Gründen kann nicht genug darauf gewarnt werden, solchen Kursus mitzumachen. Ueber die Lage in der Kurbschneidererei wird vom Branchenleiter Otto Köpfer, Friedenstraße 33, in den Abendstunden oder im Bureau des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Andreasstraße 61, II, von 9—5 Uhr gern Auskunft erteilt.

Gegen den Verkauf von Schulbüchern durch Lehrer wendet sich eine besondere Verfügung des Unterrichtsministers an die königlichen Regierungen. Es ist verboten, daß Lehrervereine, Binnensachen usw. aus dem Verkauf von Schulbüchern, Festen und sonstigen Lehr- und Lernmitteln Gewinnanteile beziehen. Obgleich dieses Verbot wiederholt erneuert worden ist, kommen immer wieder dergleichen Fälle zur amtlichen Kenntnis. Der Minister erklärt sich zwar für sehr geneigt anzuerkennen, daß die Aewende der Bierdurch-

geförderter Stiftungen im allgemeinen eine Weisheit wünschenswert erscheinen lassen, doch müsse er diesen Weg als unzulässig bezeichnen. In keinem Falle wäre es zu rechtfertigen, daß den Kindern oder deren Eltern für dergleichen Zwecke indirekte Steuern auferlegt werden. Die Regierungen sind deshalb veranlaßt worden, für die Abstellung des Verfahrens, wo es noch bestehen sollte, Sorge zu tragen. Selbstverständlich wäre es auch unflätig, daß Lehrer, Lehrer und Lehrerinnen aus dem Verkauf von Büchern, Festen usw. irgendwelchen Gewinnanteil erhalten.

„Schule und Familie.“ Ueber die Lehrerin Fräulein T. L., die an der 106. Mädchen-Gemeinschaftsschule in der Brüderstraße amtiert, hatten wir in Nr. 202 vom 30. August eine Notiz veröffentlicht, die an den eigenartigen Erziehungsgrundsätzen dieser Dame Kritik übte. Fräulein T. L. schreibt uns, in dem sie unsere Mitteilungen bestätigt. Sie gibt zu, daß sie die Schülerin D. angewiesen hat, den Satz „Wegen meines verstorbenen Charakters mußte ich nachbleiben“ abzusprechen und ihn ihrem Pflegevater zur Unterschrift vorzulegen. Auch das bestritt sie nicht, daß sie den Brief, mit dem die Pflegemutter diesen Satz beantwortete, vor versammelter Klasse vorgelesen hat. Als einzige Korrektur ist nachzutragen, daß Fräulein T. L. wie sie in ihrem Brief sagt, dem Kind ausgegeben hat, den Satz ein mal abzusprechen. Im „Vorwärts“ war gesagt worden: „zwei mal“; doch ist das ja sehr nebensächlich. Wir hatten nur den Satz selber als unmäßig scharf gerügt, aber keinerlei Gewicht auf die Zahl gelegt. Im übrigen bemerkt sich Fräulein T. L. ihr Verfahren zu rechtfertigen. Jenen Satz begründet sie damit, daß zwischen ihr und den Pflögeln vereinbart worden sei, sie solle ihnen über vorkommende Ungehörigkeiten schriftlich berichten. Die Verlesung des Briefes, die von der Pflegemutter als Verhöhnung empfunden wurde, wird von Fräulein T. L. in der folgenden wunderlichen Weise erklärt: „Am nächsten Tage erhielt ich von Frau D. einen Brief, dessen Schluß lautete: „Es scheint, daß Sie einen Haß gegen mein Kind haben, da es für andere büßen muß.“ Auf Grund dieses letzten Satzes las ich den Kindern den Brief vor, um von der Emma D. sogleich feststellen zu lassen, für welche Kinder sie büßen müsse.“ Unseres Erachtens hätte Fräulein T. L. besser getan, nicht eine nochmalige Erörterung ihres wohllich nicht einwandfreien Verhaltens zu veranstalten, sondern stille zu sein. Wir wollen die Diskussion schließen mit der Mitteilung, daß infolge dieses Streites zwischen Schule und Familie, den ein zweifacher Mißgriff der Lehrerin herbeiführt und unmäßig verschärft hat, die ohnedies leidende Frau D. von einer schweren Herzerkrankung befallen worden ist.

Aus Dallwitz entwichen sind wieder einmal zwei gemeingefährliche Geistesranke.

Zwei schwere Automobilunfälle werden dem Sonntag gemeldet. Am Potsdamer Platz wurde der Arbeiter Albert Diefing, Oasenheide 55 wohnhaft, von einem Droschkenautomobil überfahren. Er hatte einem Strohdachwagen ausweichen wollen und war dabei gegen den Kraftwagen geraten. Er fiel unter die Räder, die ihm unglücklicherweise über die Brust hinweggingen. In bedenklichem Zustande fand der Verunglückte im Krankenhaus Verhütung Aufnahme. — Ein zweiter schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich in der Chausseestraße. In der Nähe der Invalidenstraße wurde die Ehefrau Henriette Schulze, Ravenstraße 4 wohnhaft, von einem Privatautomobil umgerissen und über beide Beine hinweggefahren. Schwer verletzt wurde sie dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Auf der Suche nach dem Rindermörder sowohl wie nach dem Mörder der Wirtschaftlerin Plath scheint die Polizei auf dem toten Punkt angekommen zu sein; wenigstens hört man nichts mehr von dem Stand der Sache. Daß die Polizei die Täter noch nicht ermittelt hat, dürfte ohne weiteres anzunehmen sein, da sonst die Polizei selbst durch eine diesbezügliche Mitteilung das Publikum beruhigt hätte. Von der schieferhaften Tätigkeit der Kriminalpolizei und den Ermittlungen im Anschluß an ein Kapitalverbrechen wird das Publikum sofort unterrichtet, wenn auch nicht durch die Polizei selbst, sondern durch eine von der Polizei unterrichtete, ein Monopol besitzende Korrespondenz, die die Zeitungen obendrein noch teuer genug bezahlen müssen und die nicht einmal alle Zeitungen für Geld erhalten.

### Zum Strausberger Eisenbahnunglück.

Die amtliche Berichterstattung über das Eisenbahnunglück bei Strausberg hat sich nicht nur sehr lüdenhaft und unvollständig, sondern sogar als direkt falsch erwiesen. Die Eisenbahnverwaltung wußte amtlich zu melden, daß nur acht Personen leichte Verletzungen davongetragen hätten, während das „Berliner Tageblatt“ dieser Tage in der Lage war, die Namen von zwanzig Verletzten mitzuteilen, darunter mehrere Bahnbeamte. Darunter befinden sich Personen, die sehr erheblichen Schaden erlitten haben. Wie unglücklich oberflächlich der amtliche Apparat arbeitete, dafür folgende Probe. In der amtlichen Liste der bei der Entgleisung Verwundeten war unter anderem lakonisch bemerkt:

„Ferner meldete sich auf dem Schlesienschen Bahnhof eine Frau Anna Arnim als verletzt; sie konnte aber nicht angeben, welcher Art ihre Verletzungen waren.“

Der gutgläubige Leser muß nach dieser amtlichen Fassung annehmen, daß die Frau Arnim so wenig verletzt war, daß sie nicht einmal selber wußte, was ihr eigentlich geschah. In Wirklichkeit war aber die Frau fast ununterbrochen besinnungslos, und deshalb konnte sie nicht angeben, welcher Art ihre Verletzungen waren. Ihr Gatte, der Kaufmann S. Arnim aus der Frankfurter Allee 102, teilt dem „Tageblatt“ mit:

„Meine Frau befand sich in dem Unglückszuge. Ich stand auf dem Schlesienschen Bahnhof und erwartete sie mit Ungeduld. Der Zug sollte 10.40 Uhr eintreffen, aber erst gegen 1/2 Uhr hielten es die Beamten auf dem Bahnhof für angezeigt, mich und noch andere Wartende darüber aufzuklären, daß der Schienenzug entgleist sei. Als dann später der Hülfsgang eintraf, fand ich unter den Verletzten meine Frau besinnungslos und mit verbrannten Kleidern vor. Zur Feststellung des Tatbestandes wandte ich mich an einen Bahnbeamten, der mir aber zunächst keine Hilfe verschaffen konnte. Ich bot daher, das amtliche Telephon zur Benachrichtigung eines Arztes benutzen zu dürfen. Dies wurde mir jedoch verweigert mit dem Hinweis, daß außerhalb des Bahnhofes private Telefone zur Verfügung ständen. Meine Frau befindet sich jetzt noch in ärztlicher Behandlung.“

Inzwischen sind einige andere Personen als der Tat verdächtig verhaftet worden, die Verhaftungen konnten aber nicht aufrechterhalten werden. Nach nicht erledigt ist ein Fingerzeig, den ein anonymes Brief geben will. Dieser ist an den Schmiedemeister Haube gelangt und rührt wahrscheinlich von einer Frauengand her. Dem ausführlichen Schreiben lag ein kleines Bildchen bei, das einen jungen Mann in einem grauen Sonntagsgang mit einer blauen Seglermütze darstellt. Die Abendzeitung glaubt, daß dieser Mann den Schlüssel besitzt, und wollte näheres mitteilen, wenn die Redaktionsgenossen ihre Meinung teilten und ihr das durch eine Zeitungsanzeige zu erkennen gäben. Man hat diese Anzeige erlassen, von der Briefschreiberin aber trotzdem nichts mehr gehört. Der Brief ist auf dem Postamt 40 am Lehrter Bahnhof aufgegeben worden.

Inzwischen mehren sich die Stimmen, die starke Zweifel gegen, ob überhaupt ein Attentat vorliege und die Vermutung zum Ausdruck bringen, daß vielleicht doch eine „Betriebsbummel“ vorliege.

### Gedruckte Gemeindevählerlisten.

Die Gemeindevählerliste von Charlottenburg hat in diesem Jahre zum erstenmal in den Steuerzahlstellen, den Revierbüros der Gasanstalten, der Volksbibliothek und deren Nebenstelle zur Einsichtnahme ausgelegt. Infolgedessen ist die Beteiligung eine sehr große gewesen, so daß nicht weniger als 186 Einsprüche erhoben wurden. Nach einem Gemeindev-

beschluss ist in diesem Jahre zum erstenmal die Liste der Wähler, die Einsprüche erhoben haben, gedruckt worden.

Der Druck der Gemeindevählerliste und deren Auslegung in verschiedenen Stadtbezirken würde für die Stadt Berlin sehr nachahmenswert sein.

Bei einer Bootsfahrt auf dem Wannsee ertranken gestern früh zwei Menschen. Der in dem Restaurant „Schloß Wannsee“ seit Anfang der Saison tätig gewesene 23jährige Küchenchef Willi Otto hatte Sonntagabend mit dem 31 Jahre alten Bootsdienere Paul Bremer aus Wannsee eine Ruderpartie zu Montag früh verabredet. Beide Männer trafen sich gestern morgen gegen 1/2 Uhr auf dem Gelände vor dem Bootshaus des Klubs. Otto war dem Bootsdienere noch dabei behilflich, einen Dreißiger aus dem Schuppen zu tragen und zur Tour klar zu machen. Das kleine Gefährt wurde bestiegen, und die Fahrt begann; der Küchenchef Otto saß am Steuer, während Bremer die Ruder führte. Das Wetter war sehr neblig und teilweise recht stürmisch, so daß in der Mitte des Wannsees verhältnismäßig große Wellen mit kleinen weißen Schaumköpfchen sichtbar wurden. Die beiden Männer, die als geübte Schwimmer bekannt waren, ließen sich durch die Ungunst der Witterung nicht beirren, sondern fuhren mitten in den See hinein. — Kurze Zeit nach sechs Uhr sahen nun Passanten ein Boot, das umgekippt war, dem Lande in nördlicher Richtung zutreiben. Die näheren Ermittlungen ergaben die traurige Tatsache, daß die beiden Ausflügler mit dem Boot gekentert und in den Fluten umgelommen waren. Die Versuche, die Leichen der beiden Verunglückten zu bergen, sind sofort aufgenommen worden. Erst in der vierten Nachmittagsstunde gelang es aber, Otto aus dem Wasser zu landen. Nach der Leiche seines Begleiters, des Bootsdieners Bremer, wurde bis zum späten Nachmittag ohne Erfolg gesucht. Otto war unverheiratet; der Bootsdienere Bremer, der in Wannsee mit seiner Familie wohnt, hinterläßt neben der Witwe zwei kleine Kinder.

Unfall in einer Druckerei. Gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr geriet die Angestellte Walhilde Jänike mit einem Arme in die Maschine der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“, Dessauerstr. 6. Sie wurde mittels Droschke nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sie sich sofort einer Operation unterziehen mußte.

Bermittelt. Die wiederholt wochen- und monatelang verschwunden gewesene Geistesranke und Frida Kubbe, am 25. April 1876 in Berlin geboren, Hirschstr. 78 bei Mutter wohnhaft gewesen, wird seit dem 5. August d. J. wiederum berrnigt. Sie ist mittelgroß, hat dunkles Haar, blaue Augen, blaße Gesichtsfarbe und im Genick eine fünfmarkstückgroße Narbe. Bei ihrem Fortgange war sie bekleidet mit schwarz und weiß kariertem Mantel, blauem Chediotrock, blau und weiß kariertem Hemd, gelben Handschuhen und dunkelblauem Gummimantel. Die Bermittlung ist sehr musikalisch und fongesungend. Es wird daher angenommen, daß sie, wie in früheren Fällen, unter falschem Namen in einem Variété-Theater oder Restaurant als Klavierspielerin oder Sänglerin auftritt. Nachrichten über den Verbleib der Bermittelten werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, 2 Tr. 3. 331, schriftlich oder mündlich zu 6634 IV. 23. 07 entgegengenommen.

### Wem gehört der Knabe?

Am 5. d. M. hat sich im 25. Polizeirevier ein Knabe angefunden. Da die Angehörigen des Knaben bisher nicht ermittelt werden konnten, so ist derselbe im städtischen Waisenhaus untergebracht worden. Der Knabe ist augenscheinlich von außerhalb. Er gibt an, daß er Paul Klein heißt, 6 Jahre alt ist und am Seebad wohnt. Derselbe ist derselbe mit rot und weiß gestreiftem Wulstanzuge, mit Pumphose, schwarzen Strümpfen, neuen sogenannten halben braunen Riemenstiefeln und blauer Mütze. Personen, welche über die Herkunft des Knaben irgendwelche Auskunft geben können, wollen sich im nächsten Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 322, zu Tagebuchnummer 6523 IV 20, 07 melden.

Der wegen Hochstapelleien internierte Josef Czopel, der im Januar d. J. auf dem Transport von der Irrenanstalt Herzberge nach einem Sanatorium bei Prag unter Verhülfe seines Bruders entflo, später aber in Wien wieder ergriffen wurde, ist neuerdings aus der Landesirrenanstalt in Prag entwichen.

Beim Witzsuchen vom Tode überrascht wurde die 60 Jahre alte Ehefrau des Restaurateurs Ringelmann aus der Ratibochstraße 23. Sie hatte gemeinsam mit ihrem Manne einen Dampferausflug nach der Obersee unternommen und in dem Forti aus Liebhäberei Witz gesucht. Vergeblich wartete der Mann auf die Rückkehr seiner Frau, die tief in den Wald hineingegangen war. Bei einer Abfindung des Terrains fand man Frau J. als Leiche auf. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein jähes Ende bereitet.

Sonntagseute. Drei große Einbruchsdiebstähle sind in der vorgezogenen Nacht ausgeführt worden. Dem Schlichtermeister Köpping in der Alkensteinerstraße 18 wurden durch Einbrecher für nicht weniger als 2000 M. Schinken gestohlen. Eine aus mehreren Mitgliedern bestehende Bande verschaffte sich durch gewaltsames Einbrechen der Türschlösser Zutritt zu den Lagerräumen, in denen die Schinken- und Würstvorrate aufgespeichert sind. Die Bande schleppten 100 Schinken in weißen Weuteln und etwa 4 Jentner Kollschinken davon. Auch unter den vorhandenen Würstvorräten räumten sie tüchtig auf. Auf einem Fuhrwerk schleppten sie die schwere Beute unbedeckt davon. — Für mehrere tausend Mark Herrengarderobe erbeutete eine andere Einbrecherbande, die in der gleichen Nacht tätig war. Die dreisten Vurschen waren mit einem Gefährt vor dem Herrengarderobengeschäft von Schachmann in der Brunnenstraße 51 vorgefahren. Vom Hofe aus stiegen sie durch die Fenster in die Geschäfte, wo sie aus den Regalen die Garderobestücke herausrißen. Die wertvollsten Kleidungsstücke trugen sie nach dem Wagen und fuhren damit los. — Ein dritter schwerer Einbruchdiebstahl ist in dem Damenkonfektionsgeschäft von Rosenberg am Kottbuser Damm 98 verübt worden. Dort hatten Einbrecher 600 Rode sowie Anstranzüge im Gesamtwerte von mehr als tausend Mark. Auch in diesem Falle mußten sich die Täter zur Fortschaffung der schweren Beute eines Fuhrwerks bedienen haben.

Das Besinden der am Donnerstagabend während der Abwesenheit der Mutter in der Panstraße aus dem Fenster gestürzten Tochter des Meisters Rechenberg ist glücklicherweise ein gutes. Wie uns der Vater mitteilt, ist der Unfall ohne erheblichen Schaden für das Kind abgegangen und befindet sich die Kleine augenblicklich wohl und munter in der elterlichen Wohnung. Die zweite Tochter habe sich gar nicht an das Fenster gewagt.

Beim Volksfest des zweiten Kreises in der Brauerei sind gefunden worden: 1 Armband, 2 Röhme, 1 Paket Ansichtskarten; verloren wurde ein Trauring, gezeichnet F. K. Abzugeben resp. abzuholen beim Kassierer Gustav Schmidt, Bülowstraße 52.

Berregnete Madonnen. Der „Große Preis von Europa“, der am Sonntag in Steglitz mit der Bezeichnung von Robl, Demke, Dientmann, Sulzard und Verbst aufgeführt werden sollte, fiel der Ungunst der Witterung zum Opfer. Trotz des heftigen Regens hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden, die unversichteter Sache umkehren mußten. Die Rennen sollen auf einen der nächsten Sonntage verschoben werden. — Auch in Treptow wurde die Abhaltung der olympischen Spiele zu Wasser, da im Innerraum sich große Lämpel gebildet hatten. Die Veranstaltung ist auf später verlegt worden.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 11. September, 7 1/2 Uhr abends, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Fräulein Emma Reiners (Alt), Herrn königlichen Kammermusiker Paul Treff (Cello). Die Orgel spielen Herr Heinrich Scholz und der Konzertgeber. Der Eintritt ist frei.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurden gleichzeitig zwei Küchenbrände am Belle Allianceplatz 7-8 und in der Hornborferstraße 9 gelöscht werden. Dort waren Küchenschrank, Fußboden, Balken usw. in Brand geraten. Ein Papierlager stand in der Kommandantenstraße 46 in Flammen. Der 17. Zug mußte mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben, um die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Der 7. Zug mußte nach der Vorhogenerstraße 20 ausrücken, wo ein Schuhwarenladen brannte. Der 6. Zug wurde nach der Schleifengasse 28 alarmiert. Dort war in der Pianofortfabrik von Schiemann u. Radfen Feuer ausgebrochen. Es gelang, den Brand durch sofortiges Wassergeben auf einen Fabrikraum zu beschränken. Ein Kellerbrand beschäftigte den 8. Zug in der Grünauerstraße 15. Holz und anderes brannte dort. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Müggenerstraße 7 zugrunde. Ferner hatte die Wehr in der Potsdamerstraße 67, Dunderstraße 16, am Schöneberger Ufer 10, Verlingengasse 1, Gubenerstraße 21a, Schönhauser Allee 150 und an anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Ein Laden- und Wohnungsbrand, wobei eine Person durch Rauchvergiftung lebensgefährlich erkrankt ist, beschäftigte gestern die Rixdorfer Feuerwehr. In der sechsten Stunde beobachteten Postanten, daß aus dem Hause Briny Handjersstraße 14 belegenden Vorderwohnung des Kolonialwarenhandlers Julius Roswig Rauchwolken heraufdrangen. Man alarmierte die Feuerwehr und als diese den vor der Wohnung befindlichen Laden betreten wollte, schlugen ihre mächtige Rauchwolken entgegen. Es blieb den Löschmannschaften schließlich nichts anderes übrig, als durch Ein schlagen der Fenster der Wohnung sich Eingang zu verschaffen. Aber auch die Zimmer waren bereits dicht verqualmt. Als einige Feuerwehrleute in das Schlafzimmer des R. vordrangen, vernahmten sie ein leises Stöhnen. Demselben nachgehend, fanden sie den Inhaber des Geschäfts, einen Junggesellen, bewußtlos im Bette liegend vor. Sie brachten ihn sofort ins Freie und stellten mit Hilfe des Sauerstoffapparates Wiederbelebungsbemühungen mit ihm an. Die Rauchvergiftung war jedoch bereits so weit vorgeschritten, daß R. das Bewußtsein nicht wiedererlangte. In höchst bedenklichem Zustande mußte der Erkrankte in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Das entstandene Feuer wurde von der Wehr bald gelöscht.

### Schöneberg.

Von einem Straßenbahnwagen der Linie 74 überfahren wurde vorgestern gegen Mittag ein fähriger Knabe in dem Augenblick, als er an der Ecke der Mühlens- und Hauptstraße den von Steglitz kommenden E-Wagen Nummer 69 verließ und von dem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Wagen der Linie 74 umgerollt wurde. Er geriet unter das Schubblech und hat neben äußeren Wunden im Gesicht aufsehend schwere innere Verletzungen erlitten. In lebensgefährlichem Zustande wurde er mit dem Wagen nach der Unfallstation gebracht.

### Steglitz.

Eine alarmierende Nachricht brachte am Sonnabend die „Steglitzer Zeitung“. Auf dem von der Mühlens-, Berg- und Heerstraße gelegenen Terrain werden zurzeit die Ausbesserungsarbeiten für das neue Reichspostgebäude vorgenommen, dessen Nachbargebäude das Gymnasium ist. Da das Baugelände nach der Bergstraße ziemlich schräg abfällt, ist eine tiefe Ausbesserung erforderlich, die am Gymnasium fast 6 Meter unter Straßenniveau erreicht. Hierdurch soll nach der obigen Nachricht der erst im vorigen Jahr neu angebaute Flügel des Gymnasiums so schwer gefährdet sein, daß die betreffenden Klassenräume von den Schülern verlassen werden müßten. Schuld an diesem bedauerlichen Vorkommnis, heißt es in der Notiz weiter, soll die völlig ungenügende Fundamentierung sowie die überhaupt zu leichte und ungenügende Bauweise dieses Flügels sein. Wie weit diese Nachricht auf Wahrheit beruht, müssen wir dem Lokalblatt überlassen. Wir konnten nur konstatieren, daß das Gebäude abgestürzt ist. Im übrigen wollen wir aber daran erinnern, daß vor einigen Jahren auch bei dem Neubau der Oberrealschule der Einsturz des Direktorenwohnhauses infolge Bodensenkung drohte. Es scheint also doch, als ob bei unseren Kommunalbauten nicht immer mit besonderer Sorgfalt gearbeitet würde. Auch jetzt geht uns wieder eine Nachricht zu, die geeignet ist, diese Vermutung zu bestätigen. In der Ringstraße wird zurzeit die Turnhalle für die neue Gemeindegasse IV gebaut. Ein hierbei beschäftigter Arbeiter erzählte in einem Restaurant, daß die Fundamentierungsarbeiten zur Turnhalle derzeit unzufrieden ausgeführt würden, daß es geradezu ein Skandal sei. Er äußerte die Absicht, die Sache dem Gemeindebauamt melden zu wollen. Ob dies geschehen ist, wissen wir nicht. Am gestrigen Montag ist mit den Maurerarbeiten begonnen worden. Wir möchten deshalb das Gemeindebauamt auf den in aller Öffentlichkeit von einem Arbeiter erhobenen schweren Vorwurf aufmerksam machen, um ebenf. die Gemeinde noch rechtzeitig vor späterem Schaden zu bewahren. Wie das Rathaus mit dem Direktorenwohnhaus gezeigt hat, ist gerade auf diesem Baugrund eine erstklassige Fundamentierung die Hauptsache. Ob hierzu mit einigen Sachkenntnis vermischter Ried (wie der Arbeiter behauptet, ist nur solches Material benutzt worden) genügt, mögen Sachverständige entscheiden.

### Ober-Schönebeide.

Unter dem schweren Verdacht, mit seiner 18jährigen Tochter Mißhandlungen getrieben zu haben, ist gestern der frühere Gastwirt Ernst Hauptvogel aus der Kalespatrie 8 verhaftet worden. Derselbe soll seine Tochter, die verlobt ist, schon längere Zeit gezwungen haben, ihm zu Willen zu sein. Die Unglückliche entzog sich den Nachstellungen des Vaters durch die Flucht. Sie wandte sich nach Köln. Der Vater folgte ihr jedoch dorthin und brachte sie wieder zurück. Nun erfährt der Väterling des jungen Mädchens von dem sträflichen Umgang zwischen seiner Braut und deren Vater. Er erstattete Anzeige, worauf gestern die Verhaftung des Wüstlings erfolgte. S. ist in das Untersuchungsgefängnis in Köpenick eingeliefert worden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenwahlrecht.

Die Broschüre „Zur Frage des Frauenwahlrechts“ von Clara Zetkin ist in einer größeren Auflage von den Genossinnen in eigenen Vertrieb übernommen worden: Alle im Frauenbildungsbereich, oder gewerkschaftlich organisierte Genossinnen, sowie solche, die im Besitz einer Karte für freiwillige Parteibeträge sind, erhalten die Broschüre für 25 Pf.; durch die Buchhandlung bezogen kostet sie 50 Pf.

Zu haben ist die Broschüre im Bureau der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Lindenstr. 3, 1. Hof, Eingang II 4 Treppen; bei den Vertrauenspersonen: Frau Wengels, Warschauerstr. 20; Frau Reipert, Marienburgerstr. 22 II; Frau Wulff, Richterstr. 6; Frau Zangerman, Doppelallee 76 I; Frau Raifche, Wolgasterstraße 8 I; Frau Poppe, Wandelstr. 40 II. Für Niederbarnim: Frau Neumann, Weihenau, Königshausen 40. Für Teltow: Weeslow; Frau Thiel, Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 17 sowie bei den Kassierinnen des Berliner Frauenvereins und den Kassiererinnen der freiwilligen Wehr.

Den Genossinnen kann diese Broschüre, in ihrer reichen, tiefdurchdachten Inhalts wegen, dringend empfohlen werden. Das Studium dieser Schrift führt tief hinein in die sozialistische Weltanschauung, sie ist mehr als eine gelegentliche Agitationschrift, sie ist ein theoretischer Abriss, der in klaren, von schneidender Logik getragenen Darlegungen aus dem ideologischen Nebel hineinführt in den Lichtkreis des Sozialismus.

## Sozialismus und Frauen in Japan.

### Man schreibt uns:

Die sozialistischen Klassiker des Westens erscheinen, einer nach dem anderen, in japanischer Sprache. „Der Generalkrieg“ von Arnold Röllke ist gerade veröffentlicht; „Das Kapital“ von Marx und Kropatkin „Eroberung des Brotes“ werden demnächst erscheinen. Der Redakteur des sozialistischen Wochenblattes „Chafai Shimbun“, Erich der sozialistischen Tageszeitung „Heimin Shimbun“, welche von der Regierung unterdrückt wurde, fängt ebenfalls an, soziale Probleme zu veröffentlichen. Ganz besonders ist es die Frau, sagt Mr. Sakai, welche auf allen Gebieten der Industrie und Wissenschaft erstaunlichen Fortschritt macht. Seit Beginn der industriellen Entwicklung werden Tausende junger Mädchen, die früher ausschließlich Robearbeit Japans fabrizierten, in den Fabriken beschäftigt und haben sich dadurch wirtschaftlich unabhängig gemacht. Früher gab es keine Mädchenschulen, heute jedoch eine große Zahl Frauen werden Lehrerinnen, Schriftsteller und Ärzte. In allen größeren Städten gibt es Frauenklubs. „Die Frau des 20. Jahrhunderts“ ist ein treffliches Organ, das Ita Imai, eine hervorragende Schriftstellerin, redigiert. Deren Artikel werden häufig in der japanischen und amerikanischen Presse reproduziert. Ita Imai spricht und schreibt fließend englisch; sie ist eine eifrige Sozialistin und macht tiefste Propaganda unter den Frauen des Volkes.

In Neuseeland wurde den Frauen neuerdings das Recht eingeräumt, als Parlamentsmitglieder gewählt zu werden. Männer ins Parlament zu wählen, dies Recht besaßen die Frauen schon seit dem Jahre 1893. Mit 37 gegen 26 Stimmen wurde das Wahlgesetz zugunsten der Frauen geändert. Ein früheres Mitglied des Parlaments von Neuseeland, Herr Hugh S. Russell, der sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten befindet, hielt unlängst vor einem Frauenrechtverein eine Ansprache über das Frauenstimmrecht in seiner Heimat. Er war dabei ein begeisterter Verehrer der Frauen und hat viel dazu beigetragen, ihnen das Stimmrecht zu erringen. Herr Russell sagte unter anderem: „Frauen sind jetzt bei uns in allen politischen Versammlungen zugegen, und ihr Einfluß hat das ganze politische Leben gehoben. Anfangs schien es merkwürdig, bei einer Wahlversammlung die Hälfte der Wähler von Frauen eingenommen zu sehen. Aber die Männer haben sich bald daran gewöhnt und möchten jetzt nicht mehr allein Politik treiben. Als sie sahen, daß sie ihre Frauen und Töchter mit zu Vorträgen und politischen Versammlungen nehmen konnten, da begann ein neues Familienleben, ein Leben gemeinsamer Interessen und Bestrebungen. Hier, in den Vereinigten Staaten, wäre die Einführung des Frauenstimmrechts noch viel notwendiger als sie bei uns war, denn die hiesige Politik bedarf noch weit mehr der Reform. In dieser Beziehung mag das kleine Neuseeland diesem großen Lande mit seinen 70 Millionen Einwohnern als leuchtendes Vorbild vorangehen.“

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg, Mittwoch, den 18. September, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, Vortrag: „Die Lebensgewohnheiten und Lebensbedürfnisse des Weibes.“  
Schlesdorf, Mittwoch, den 11. September, 8 1/2 Uhr, bei Friedr. Karlstraße, Vortrag: „Frauenwahlrecht.“  
Steglitz, Donnerstag, den 12. September, 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wahrenstraße, Schloßstr. 117, Vortrag: Frau Wulff: „Kinderarbeit und Kinderschutz.“  
Wilmerdorf, Donnerstag, den 12. September, 8 1/2 Uhr, Luisenpark 112, Vortrag: Herr Kiesel: „Verbrechen und Prostitution.“  
Wilhelmsruh, Donnerstag, den 12. September, 8 1/2 Uhr, bei Parth.

## Vermischtes.

Der Mörder im Frauenkleidern. In Sachen des Nordes an der Doro-Rose in der Marktstraße zu Hannover wird jetzt neue Anhaltspunkte entdeckt worden, die vielleicht zur Ermittlung des Mörders führen könnten. Am Abend des Nordtages kam zum Wirt einer Fischhohle, die kaum 2 Minuten von der Nordstraße entfernt liegt, ein unbekannter, etwa 60 Jahre alter Mann und fragte den Wirt, ob er ein Paket vorübergehend niederlegen könne, was auch bewilligt wurde. Der Wirt war ziemlich aufgeregt, ohne etwas erklärt zu haben. Das zusammengeknüpfte Paket ist bisher nicht abgeholt worden. Gelegentlich einer Aufräumung am Sonntagnachmittag fand man es wieder und öffnete es. Es enthielt blutbespritzte Frauenkleider. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Kleidungsstücke von einem Mann getragen worden sind. Man vermutet, daß der Mörder dieselben bei der Tat angehabt hatte, da angeblich ein Mann in Frauenkleidern zur Zeit der Mordtat in der Marktstraße gesehen worden war.

Ein Sittlichkeitsverbrechen ist am Sonntag nachmittag in Rathenow an einem vierjährigen Mädchen, der Tochter des Kuchens Otto Lorenz verübt worden. Der Täter, der 22jährige Schlosser Bruno Lohde, ein Onkel des Kindes, lockte dasselbe an sich und nahm es mit auf sein Fahrrad. Er fuhr damit nach einer entlegenen Stelle und verging sich dort an dem Kinde in brutalster Weise. Der Missetäter wurde noch am demselben Tage verhaftet.

Bestverdrähtige Ratten sind an Bord des aus Santos in Hamburg eingetrossenen Dampfers Cordoba gefunden worden. Das Schiff ist einer Ausgussung mit dem Rattenstötungsapparat unterzogen und die Weiterleitung unter den üblichen Vorsichtsmaßnahmen gestattet worden. Menschen sind nicht erkrankt.

### Bahnunfälle.

Amlich wird aus Altona gemeldet, daß der Kleinbahnzug 27 heute zwischen Heiligenhafen und Lütjenbrode (Kreis Oldenburg-Wahn) entgleist ist. Personen oder nicht verletzt sind. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Strecke ist inzwischen wieder frei. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Nach einer Meldung aus Rußka (Ungarn). Hier stieß der Personenzug 14 mit einem Lastzuge zusammen. Da der Lokomotivführer des Personenzuges die Gefahr rechtzeitig erkannte, wurde ein großes Unglück verhütet. Trotzdem sind ein Reisender schwer und vier leicht verletzt. Drei Wagen des Lastzuges und vier Wagen des Personenzuges sind demoliert. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten, eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahnzug. Der Münchener Privatier Krüger stieß Salzburger Weidung zufolge bei einem Eisenbahnübergang im Automobil mit einem Eisenbahnzuge zusammen. Krüger wurde schwer verletzt und ist anderthalb Stunden nach dem Unfall seinen Verletzungen erlegen. Der Chauffeur blieb unverletzt, das Automobil ist vollständig zerschmettert.

Feuer im „Kientopp“. Nach einer Meldung aus London gerieten gestern im Rathaus zu Newmarket bei kinematographischen Vorstellungen Bretterbeschläge, die sich am Ausgang befanden, in Brand. Es trat eine schreckliche Panik ein. Etwas dreihundert Personen wurden verletzt; mehrere wurden im Gedränge gegen die brennenden Bretterwände gepreßt und erlitten schwere Brandwunden; eine Frau ist umgekommen.

Geheimnisvoller Leichenfund. In einem Gebüsch bei Cognac, 10 Kilometer von Nizza, wurden die Leichen eines Mannes, einer Frau und eines Mädchens, alle drei mit Schusswunden aufgefunden. Ihre Identität ist noch nicht festgestellt. Der Augenschein zeigt, daß der Tod vor vier Tagen erfolgt sein muß.

Wieder ein Aktus. Nach einer Meldung aus Benediktbeuren ist gestern mittag von der Benediktinwand der Techniker Hugo Raber abgestürzt und tot liegen geblieben.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 49. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Zum 100. Geburtstag. — Die Reichsregierung gegen den Bolschewismus in der Schweiz. Von Ernst Oberholzer (Aarau). — Detailhandel und Mittelstands-Krisis. Von Paul Lange (Hamburg). (Schluß). — Landflucht und Landarbeitermangel. Von G. Vinde (Königsberg i. Pr.). — Der Kampf um die Rechte vor dem Reichsverwaltungsamt. Von Otto. — Der heutige Stand der Genossenschaftsbewegung in Rußland. Von Dr. Kolomanz (St. Petersburg). — Literarische Rundschau: Karl Vorländer, Kant, Schiller, Goethe. Götter Jacobus, Herbes und Knut Westphal. Von F. M. Böhmler (Wein). — Der 2. Band: Deutsches Bürgerium und deutscher Adel im sechzehnten Jahrhundert. Von Ph. Dr. Jur. J. Berthauer, Roßlithum. Von Dr. Steglitz.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

„Süddeutscher Postillon.“ Nr. 19 befaßt sich mit dem großen Kindes-Verbrechensstrom. Aus dem Bilde sehen wir nur den lieblichen Raumman (Gedicht). — Was in der Welt geschieht — Vom Katholikentag. (Gedicht). — Wilhelm Schmidt (mit Vortrag und Gedicht). — Die letzten Stagen des Königs. (Gedicht). — Fontaine, Willaria. — Kleine Opfer. (Gedicht). — Preußen und Sachsen. (Gedicht). — Schmidt's Kugelgedicht. — Jede Nummer des „Süddeutschen Postillon“ kostet 10 Pf.

„Süddeutscher Postillon.“ Nr. 19 befaßt sich mit dem großen Kindes-Verbrechensstrom. Aus dem Bilde sehen wir nur den lieblichen Raumman (Gedicht). — Was in der Welt geschieht — Vom Katholikentag. (Gedicht). — Wilhelm Schmidt (mit Vortrag und Gedicht). — Die letzten Stagen des Königs. (Gedicht). — Fontaine, Willaria. — Kleine Opfer. (Gedicht). — Preußen und Sachsen. (Gedicht). — Schmidt's Kugelgedicht. — Jede Nummer des „Süddeutschen Postillon“ kostet 10 Pf.

„Süddeutscher Postillon.“ Nr. 19 befaßt sich mit dem großen Kindes-Verbrechensstrom. Aus dem Bilde sehen wir nur den lieblichen Raumman (Gedicht). — Was in der Welt geschieht — Vom Katholikentag. (Gedicht). — Wilhelm Schmidt (mit Vortrag und Gedicht). — Die letzten Stagen des Königs. (Gedicht). — Fontaine, Willaria. — Kleine Opfer. (Gedicht). — Preußen und Sachsen. (Gedicht). — Schmidt's Kugelgedicht. — Jede Nummer des „Süddeutschen Postillon“ kostet 10 Pf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.)

Ware	Preis
Wollschaf 70-72 pr. 100 Pfd.	114 00
Wollschaf 72-74 pr. 100 Pfd.	114 50
Wollschaf 74-76 pr. 100 Pfd.	115 00
Wollschaf 76-78 pr. 100 Pfd.	115 50
Wollschaf 78-80 pr. 100 Pfd.	116 00
Wollschaf 80-82 pr. 100 Pfd.	116 50
Wollschaf 82-84 pr. 100 Pfd.	117 00
Wollschaf 84-86 pr. 100 Pfd.	117 50
Wollschaf 86-88 pr. 100 Pfd.	118 00
Wollschaf 88-90 pr. 100 Pfd.	118 50
Wollschaf 90-92 pr. 100 Pfd.	119 00
Wollschaf 92-94 pr. 100 Pfd.	119 50
Wollschaf 94-96 pr. 100 Pfd.	120 00
Wollschaf 96-98 pr. 100 Pfd.	120 50
Wollschaf 98-100 pr. 100 Pfd.	121 00
Wollschaf 100-102 pr. 100 Pfd.	121 50
Wollschaf 102-104 pr. 100 Pfd.	122 00
Wollschaf 104-106 pr. 100 Pfd.	122 50
Wollschaf 106-108 pr. 100 Pfd.	123 00
Wollschaf 108-110 pr. 100 Pfd.	123 50
Wollschaf 110-112 pr. 100 Pfd.	124 00
Wollschaf 112-114 pr. 100 Pfd.	124 50
Wollschaf 114-116 pr. 100 Pfd.	125 00
Wollschaf 116-118 pr. 100 Pfd.	125 50
Wollschaf 118-120 pr. 100 Pfd.	126 00
Wollschaf 120-122 pr. 100 Pfd.	126 50
Wollschaf 122-124 pr. 100 Pfd.	127 00
Wollschaf 124-126 pr. 100 Pfd.	127 50
Wollschaf 126-128 pr. 100 Pfd.	128 00
Wollschaf 128-130 pr. 100 Pfd.	128 50
Wollschaf 130-132 pr. 100 Pfd.	129 00
Wollschaf 132-134 pr. 100 Pfd.	129 50
Wollschaf 134-136 pr. 100 Pfd.	130 00
Wollschaf 136-138 pr. 100 Pfd.	130 50
Wollschaf 138-140 pr. 100 Pfd.	131 00
Wollschaf 140-142 pr. 100 Pfd.	131 50
Wollschaf 142-144 pr. 100 Pfd.	132 00
Wollschaf 144-146 pr. 100 Pfd.	132 50
Wollschaf 146-148 pr. 100 Pfd.	133 00
Wollschaf 148-150 pr. 100 Pfd.	133 50
Wollschaf 150-152 pr. 100 Pfd.	134 00
Wollschaf 152-154 pr. 100 Pfd.	134 50
Wollschaf 154-156 pr. 100 Pfd.	135 00
Wollschaf 156-158 pr. 100 Pfd.	135 50
Wollschaf 158-160 pr. 100 Pfd.	136 00
Wollschaf 160-162 pr. 100 Pfd.	136 50
Wollschaf 162-164 pr. 100 Pfd.	137 00
Wollschaf 164-166 pr. 100 Pfd.	137 50
Wollschaf 166-168 pr. 100 Pfd.	138 00
Wollschaf 168-170 pr. 100 Pfd.	138 50
Wollschaf 170-172 pr. 100 Pfd.	139 00
Wollschaf 172-174 pr. 100 Pfd.	139 50
Wollschaf 174-176 pr. 100 Pfd.	140 00
Wollschaf 176-178 pr. 100 Pfd.	140 50
Wollschaf 178-180 pr. 100 Pfd.	141 00
Wollschaf 180-182 pr. 100 Pfd.	141 50
Wollschaf 182-184 pr. 100 Pfd.	142 00
Wollschaf 184-186 pr. 100 Pfd.	142 50
Wollschaf 186-188 pr. 100 Pfd.	143 00
Wollschaf 188-190 pr. 100 Pfd.	143 50
Wollschaf 190-192 pr. 100 Pfd.	144 00
Wollschaf 192-194 pr. 100 Pfd.	144 50
Wollschaf 194-196 pr. 100 Pfd.	145 00
Wollschaf 196-198 pr. 100 Pfd.	145 50
Wollschaf 198-200 pr. 100 Pfd.	146 00
Wollschaf 200-202 pr. 100 Pfd.	146 50
Wollschaf 202-204 pr. 100 Pfd.	147 00
Wollschaf 204-206 pr. 100 Pfd.	147 50
Wollschaf 206-208 pr. 100 Pfd.	148 00
Wollschaf 208-210 pr. 100 Pfd.	148 50
Wollschaf 210-212 pr. 100 Pfd.	149 00
Wollschaf 212-214 pr. 100 Pfd.	149 50
Wollschaf 214-216 pr. 100 Pfd.	150 00
Wollschaf 216-218 pr. 100 Pfd.	150 50
Wollschaf 218-220 pr. 100 Pfd.	151 00
Wollschaf 220-222 pr. 100 Pfd.	151 50
Wollschaf 222-224 pr. 100 Pfd.	152 00
Wollschaf 224-226 pr. 100 Pfd.	152 50
Wollschaf 226-228 pr. 100 Pfd.	153 00
Wollschaf 228-230 pr. 100 Pfd.	153 50
Wollschaf 230-232 pr. 100 Pfd.	154 00
Wollschaf 232-234 pr. 100 Pfd.	154 50
Wollschaf 234-236 pr. 100 Pfd.	155 00
Wollschaf 236-238 pr. 100 Pfd.	155 50
Wollschaf 238-240 pr. 100 Pfd.	156 00
Wollschaf 240-242 pr. 100 Pfd.	156 50
Wollschaf 242-244 pr. 100 Pfd.	157 00
Wollschaf 244-246 pr. 100 Pfd.	157 50
Wollschaf 246-248 pr. 100 Pfd.	158 00
Wollschaf 248-250 pr. 100 Pfd.	158 50
Wollschaf 250-252 pr. 100 Pfd.	159 00
Wollschaf 252-254 pr. 100 Pfd.	159 50
Wollschaf 254-256 pr. 100 Pfd.	160 00
Wollschaf 256-258 pr. 100 Pfd.	160 50
Wollschaf 258-260 pr. 100 Pfd.	161 00
Wollschaf 260-262 pr. 100 Pfd.	161 50
Wollschaf 262-264 pr. 100 Pfd.	162 00
Wollschaf 264-266 pr. 100 Pfd.	162 50
Wollschaf 266-268 pr. 100 Pfd.	163 00
Wollschaf 268-270 pr. 100 Pfd.	163 50
Wollschaf 270-272 pr. 100 Pfd.	164 00
Wollschaf 272-274 pr. 100 Pfd.	164 50
Wollschaf 274-276 pr. 100 Pfd.	165 00
Wollschaf 276-278 pr. 100 Pfd.	165 50
Wollschaf 278-280 pr. 100 Pfd.	166 00
Wollschaf 280-282 pr. 100 Pfd.	166 50
Wollschaf 282-284 pr. 100 Pfd.	167 00
Wollschaf 284-286 pr. 100 Pfd.	167 50
Wollschaf 286-288 pr. 100 Pfd.	168 00
Wollschaf 288-290 pr. 100 Pfd.	168 50
Wollschaf 290-292 pr. 100 Pfd.	169 00
Wollschaf 292-294 pr. 100 Pfd.	169 50
Wollschaf 294-296 pr. 100 Pfd.	170 00
Wollschaf 296-298 pr. 100 Pfd.	170 50
Wollschaf 298-300 pr. 100 Pfd.	171 00
Wollschaf 300-302 pr. 100 Pfd.	171 50
Wollschaf 302-304 pr. 100 Pfd.	172 00
Wollschaf 304-306 pr. 100 Pfd.	172 50
Wollschaf 306-308 pr. 100 Pfd.	173 00
Wollschaf 308-310 pr. 100 Pfd.	173 50
Wollschaf 310-312 pr. 100 Pfd.	174 00
Wollschaf 312-314 pr. 100 Pfd.	174 50
Wollschaf 314-316 pr. 100 Pfd.	175 00
Wollschaf 316-318 pr. 100 Pfd.	175 50
Wollschaf 318-320 pr. 100 Pfd.	176 00
Wollschaf 320-322 pr. 100 Pfd.	176 50
Wollschaf 322-324 pr. 100 Pfd.	177 00
Wollschaf 324-326 pr. 100 Pfd.	177 50
Wollschaf 326-328 pr. 100 Pfd.	178 00
Wollschaf 328-330 pr. 100 Pfd.	178 50
Wollschaf 330-332 pr. 100 Pfd.	179 00
Wollschaf 332-334 pr. 100 Pfd.	179 50
Wollschaf 334-336 pr. 100 Pfd.	180 00
Wollschaf 336-338 pr. 100 Pfd.	180 50
Wollschaf 338-340 pr. 100 Pfd.	181 00
Wollschaf 340-342 pr. 100 Pfd.	181 50
Wollschaf 342-344 pr. 100 Pfd.	182 00
Wollschaf 344-346 pr. 100 Pfd.	182 50
Wollschaf 346-348 pr. 100 Pfd.	183 00
Wollschaf 348-350 pr. 100 Pfd.	183 50
Wollschaf 350-352 pr. 100 Pfd.	184 00
Wollschaf 352-354 pr. 100 Pfd.	184 50
Wollschaf 354-356 pr. 100 Pfd.	185 00
Wollschaf 356-358 pr. 100 Pfd.	185 50
Wollschaf 358-360 pr. 100 Pfd.	186 00
Wollschaf 360-362 pr. 100 Pfd.	186 50
Wollschaf 362-364 pr. 100 Pfd.	187 00
Wollschaf 364-366 pr. 100 Pfd.	187 50
Wollschaf 366-368 pr. 100 Pfd.	188 00
Wollschaf 368-370 pr. 100 Pfd.	188 50
Wollschaf 370-372 pr. 100 Pfd.	189 00
Wollschaf 372-374 pr. 100 Pfd.	189 50
Wollschaf 374-376 pr. 100 Pfd.	190 00
Wollschaf 376-378 pr. 100 Pfd.	190 50
Wollschaf 378-380 pr. 100 Pfd.	191 00
Wollschaf 380-382 pr. 100 Pfd.	191 50
Wollschaf 382-384 pr. 100 Pfd.	192 00
Wollschaf 384-386 pr. 100 Pfd.	192 50
Wollschaf 386-388 pr. 100 Pfd.	193 00
Wollschaf 388-390 pr. 100 Pfd.	193 50
Wollschaf 390-392 pr. 100 Pfd.	194 00
Wollschaf 392-394 pr. 100 Pfd.	194 50
Wollschaf 394-396 pr. 100 Pfd.	195 00
Wollschaf 396-398 pr. 100 Pfd.	195 50
Wollschaf 398-400 pr. 100 Pfd.	196 00
Wollschaf 400-402 pr. 100 Pfd.	196 50
Wollschaf 402-404 pr. 100 Pfd.	197 00
Wollschaf 404-406 pr. 100 Pfd.	

